

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 70



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 70 Corona-Plandemie vom 05.03.2022-02.11.2022

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Corona-Plandemie vom 05.03.2022-02.11.2022	95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Corona-Plandemie vom 05.03.2022-02.11.2022

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21840" berichtete am 5. März 2022 (x1.073/...): >>**Die Impfstoffhersteller müssen für impftote und -geschädigte Kinder haften** - ein Artikel von *Vasko Kohlmayer*

Seit der ausgerufenen Corona-Pandemie gab es noch zu keiner Zeit einen einzigen Grund, der die genbasierte Covid-Spritze für gesunde Kinder rechtfertigen könnte. Beweise von Experten hierfür sind genug vorhanden, werden jedoch unterschlagen und ignoriert. Was für ein Verbrechen an den Kindern läuft hier gerade ab?!

Während das Impfstoff-Narrativ in sich zusammenfällt, gibt es alle möglichen Eingeständnisse von verschiedenen Seiten des industriellen Impfstoff-Komplexes.

Eines der erstaunlichsten kommt von der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es stammt von Dr. Soumya Swaminathan, der Chefwissenschaftlerin dieser korrupten Institution.

Dies ist, was Dr. Swaminathan vergangene Woche zu sagen hatte:

"Es gibt derzeit keine Beweise dafür, daß gesunde Kinder oder Jugendliche eine Booster-Impfung brauchen ... überhaupt keine Beweise."

Haben wir sie richtig verstanden? Es gibt überhaupt keine Beweise!

Was Dr. Swaminathan meint, ist, daß es keine medizinische oder wissenschaftliche Rechtfertigung gibt, Kinder zu boostern (Auffrischungsimpfungen zu verabreichen).

Keine ... null ... null!

Auch wenn Dr. Swaminathan es nicht gesagt hat, gilt genau das Gleiche für die ersten Grundimpfungen, die Kinder erhalten haben.

Mit anderen Worten, es gab niemals irgendeine Rechtfertigung für die Massenimpfungen von gesunden Kindern und Jugendlichen mit den Covid-19-Impfstoffen.

Die Gründe dafür waren offensichtlich:

- Gesunde Kinder haben nahezu kein Risiko für eine schwere Covid-Erkrankung.
- Die Impfstoffe verhindern weder eine Infektion noch eine Übertragung (oder gar schwer an Covid zu erkranken).
- Die Impfstoffe bergen ein erhebliches Risiko für schwere Nebenwirkungen.

Eine Vorstellung davon, wie gefährlich diese Impfstoffe für Kinder (und auch für alle Anderen) sind, erhalten Sie auf dieser Webseite (<https://www.saveusnow.org.uk/covid-vaccine->

scientific-proof-lethal), worin über tausend wissenschaftliche Studien aufgelistet sind, von Peer-Reviewed Fachzeitschriften (die Artikel wurden von wissenschaftlichen Experten begutachtet). Darin wurden die schweren Nebenwirkungen der Impfstoffe erörtert.

Und trotzdem haben Millionen von Kindern auf der ganzen Welt diese gefährlichen Nebenwirkungen erlitten. Viele dieser Kinder sind gestorben oder erlitten schwere Nebenwirkungen. Sehen Sie hier, was einige ihrer Eltern dazu gesagt haben:

"Der Tod und die Verletzungen dieser bedauernswerten gesunden Kinder waren völlig unnötig. Die Verletzungen und der Tod, die ihnen zugefügt wurden, stellen ein schweres Verbrechen dar.

Die Hauptverantwortlichen für dieses Verbrechen sind die Impfstoffhersteller, die Politiker und die Gesundheitsbehörden, die diese unsicheren experimentellen "Impfstoffe" für die Anwendung bei Kindern und Jugendlichen zugelassen haben. Und vergessen wir nicht die Medien."

Kürzlich forderte der kanadische Premierminister Justin Trudeau kanadische Kinder dazu auf, sich impfen zu lassen. Trudeau sprach zu den kanadischen Kindern:

"Ihr könnt euch impfen lassen, sobald ihr fünf Jahre alt seid. Ich weiß, daß ihr aufgeregt seid und daß ihr es kaum erwarten könnt. In einigen Orten des Landes könnt ihr sogar schon jetzt einen Termin für kurz nach eurem (fünften) Geburtstag vereinbaren ..."

Wie kann Trudeau wissen, daß Fünfjährige auf die Injektionen erpicht sind? Hat Trudeau keine eigenen Kinder? Hat schon einmal jemand ein Kind gesehen, das sich gerne eine Nadel in den Körper stechen läßt?

Es lohnt sich, den 15-Sekunden-Videoclip von Trudeau anzuschauen, um zu sehen, wie heimtückisch diese Impftreiber fünfjährige Kinder lächelnd dazu drängen, gefährliche und unwirksame Substanzen zu erhalten, die sie absolut nicht brauchen.

Justin Trudeaus Demagogie (ideologische Aufstachelung) wurde von US-Präsident Joe Biden getoppt, der in seiner Rede im Weißen Haus am 3. November des vergangenen Jahres folgendes sagte:

"Heute ist ein großer Tag für amerikanische Eltern, amerikanische Familien und amerikanische Kinder. Wir haben einen großen Schritt nach vorn gemacht, um unseren Weg aus dieser Pandemie weiter zu beschleunigen.

Nach monatelanger strenger und unabhängiger wissenschaftlicher Prüfung haben die Food and Drug Administration (US-Behörde für Lebens- und Arzneimittelüberwachung), - die FDA - und die Centers for Disease Control and Prevention (U.S. Seuchenschutzbehörden) - die CDC - den Impfstoff COVID-19 für Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren empfohlen ... Also, Eltern von Kindern ab fünf Jahren, bitte lassen Sie sie impfen ... Dieser Impfstoff ist sicher und wirksam. Also lassen Sie Ihre Kinder impfen, um sich selbst und andere zu schützen, um die Ausbreitung zu stoppen und um uns zu helfen, diese Pandemie zu besiegen."

Im Gegensatz zu den Behauptungen Bidens wissen wir heute, daß diese Impfstoffe weder eine Infektion verhindern noch die Ausbreitung stoppen. Diese Impfstoffe wurden in einem überstürzten und undurchsichtigen Verfahren von korrupten Beamten der so genannten öffentlichen Gesundheitsbehörden "genehmigt", die von Pharmaunternehmen kontrolliert werden, und zwar durch die so genannte "Regulatory Capture". (Vereinnahmung einer Regulierungsbehörde)

Paradoxaerweise forderte Joe Biden in derselben Rede Amerikas Senioren auf, sich nach mehreren Impfungen noch eine Auffrischungsimpfung geben zu lassen, zusätzlich zu den Impfungen, die er zuvor den amerikanischen Kindern aufgenötigt hat. Mit anderen Worten: Die ursprünglichen Impfstoffe - von denen anfangs behauptet wurde, sie seien zu 95 Prozent wirksam - hatten bei den Erwachsenen versagt, und dennoch waren die Impfbefürworter erpicht darauf, 5-Jährige mit denselben Impfstoffen zu versorgen.

Die Verursacher dieser Travestie (absurden Kampagne) gegen unsere Kinder müssen zur Verantwortung gezogen werden, damit so etwas nie wieder geschieht.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 7. März 2022 (x1.125/...):

>>**Die Verleugnung der gewaltigen Impfnebenwirkungen - Ist das Paul-Ehrlich-Institut ehrlich oder kriminell?**

Das dem Bundesgesundheitsministerium unterstehende Paul-Ehrlich-Institut (PEI), zuständig für die Zulassung von Impfstoffen und deren Sicherheit, hat auch in seinem 17. Sicherheitsbericht zur Corona-Lage wieder alles getan, um die Nebenwirkungen nach Impfung zu verharmlosen und - bis auf geringe Ausnahmen - einen kausalen Zusammenhang abzuleugnen. Dabei ist dieser von erfahrenen Pathologen exemplarisch nachgewiesen worden.

Und das immer mehr zutage tretende Ausmaß typischer und zu erheblichen Teilen schwerer und tödlicher Erkrankungen, die in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung auftreten, läßt gar keinen anderen Schluß mehr zu, als daß diese anschwellenden Krankheiten mit dem Impfstoff zusammenhängen.

Nach dem neuen Sicherheitsbericht vom 7.2.2022 wurden im Jahr 2021 insgesamt 244.576 Verdachtsfälle von Impfnebenwirkungen gemeldet, davon waren 29.786 schwerwiegend. 2.255 Personen starben im zeitlichen Zusammenhang zur Corona-Impfung - eine enorme Steigerung von 1.919 Todesfällen vom 30.11.2021 um 336 = 17,5 % innerhalb eines Monats, in dem die Impffzahlen nicht entsprechend gestiegen sind - abgesehen davon, daß doch das Impfen zuverlässig vor dem Tod schützen soll.

Es gibt auch einen starken Anstieg von 20 % der Entzündungen am Herzen und Herzbeutel - insgesamt 2.020 Fälle, 18 davon endeten tödlich. Die Anzahl der Fälle des Thrombose-mit-Thrombozytopenie-Syndroms stieg auf 278 an - 53 davon endeten tödlich. Mittlerweile gibt es 730 Fälle einer Thrombozytopenie oder Immunthrombozytopenie, 24 davon endeten tödlich. Auch die Fallzahlen beim Guillain-Barré-Syndrom stiegen auf 354 Fälle an, davon endeten 9 tödlich.

"Bei Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 12-17 Jahren traten 3.227 Nebenwirkungen auf. 8 Kinder in dieser Altersgruppe sind im Zusammenhang mit der Impfung verstorben. Damit haben wir in dieser Gruppe nun offiziell mehr "Impftote" als "Corona-Tote". Außerdem erlitten 10 Kinder bleibende Schäden durch die Impfung und es traten 147 Entzündungen am Herzen im Zusammenhang mit der Impfung auf. Auch vom Guillain-Barré-Syndrom werden die Kleinen nicht verschont - 6 Fälle sprechen hier für sich."

Bei Kindern unter 12 Jahren traten 505 Nebenwirkungen auf, in 103 Fällen traten Impfnebenwirkungen sogar bei Kindern unter 5 Jahren auf, obwohl es für diese Gruppe noch gar keinen Impfstoff gibt. "Das PEI gibt an, daß davon in 20 Fällen der Impfstoff über die Muttermilch transportiert wurde. Die anderen 83 Fälle werden nicht näher erläutert. Das läßt nur einen Schluß zu" - so *corona-blog*: "Es handelt sich um noch nicht geborene Babys, die im Mutterleib einen Schaden durch die Impfung (der Mutter) genommen haben."

Wann muß man eingreifen?

Das PEI setzt die Zahl der Nebenwirkungen ins Verhältnis zu der hohen Zahl der Impfungen und behauptet:

"Die weltweiten Daten zeigen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Nebenwirkungen der in Deutschland zugelassenen und bisher eingesetzten Impfstoffe vorübergehende lokale und systemische Reaktionen betreffen, wie sie auch schon in den klinischen Prüfungen vor der Zulassung beobachtet wurden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind schwerwiegende Nebenwirkungen, die im Folgenden zusammengefaßt dargestellt werden, sehr selten und ändern nicht das positive Nutzen-Risiko-Verhältnis der Impfstoffe."

Abgesehen davon, daß der "positive Nutzen" der Impfstoffe in der Realität längst widerlegt

ist, rechnet diese statistische Relation eiskalt rein quantitativ Menschenleben wie Hühner gegeneinander auf. - Es ist gleichgültig, in welcher hohen Zahl Impfungen erfolgt sind, allein knapp 250.000 im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung plötzlich auftretende Nebenwirkungen, 30.000 schwerwiegend, und 2.255 Todesfälle betreffen viele reale Menschen mit ihrem individuellen Schicksal an Leib und Leben. Das ist keine mathematisch-statistische, sondern eine zutiefst menschlich-moralische Frage. Es müßte sofort das Impfen gestoppt, und es müßten gründliche Untersuchungen der Fälle in ihrem möglichen kausalen Verhältnis zu den Impfstoffen durchgeführt werden.

Dies wäre um so mehr geboten, als sämtliche eingesetzten Impfstoffe erst eine vorläufige, bedingte "Not-Zulassung" erhalten haben, weil essentielle Studien fehlen, vor allem zu Sicherheit und Wirksamkeit. Die Welt schreibt dazu:

"Bis Juli 2021, so hatte die EMA frühzeitig klar gemacht, seien die Studien nachzureichen. Aber die Frist verstrich still und ereignislos. Statt dessen verlängerte die EMA im Oktober 2021 die 'bedingte Zulassung' in aller Diskretion um ein Jahr. Zunächst für Spikevax von Moderna und Anfang November für Comirnaty von Biontech. Das brachte in der wissenschaftlichen Fachwelt erste Irritationen auf, es gab Fragezeichen, auch den Verdacht der Geheimniskrämerei, inzwischen erweitert um offenes Befremden."

Offene Fragen gibt es demnach auch bei den Eigenschaften der mRNA-Präparate, was gerade mit Blick auf das nun bekannt gewordene Ausmaß an Nebenwirkungen beunruhigend erscheint:

"Es sind essentielle Fragen wie: Lagert sich der Wirkstoff im Gehirn ab? Gibt es Anreicherungen in der Niere? In den Lymphknoten? Im Herzen? Wird es bei trächtigen Tieren auf den Embryo übertragen?"

Fragen, "die die Hersteller bisher nicht beantwortet haben", so eine Expertin gegenüber der WELT, "was daran liegen könnte, daß die mRNA-Vakzine als klassische Impfstoffe zugelassen wurden", bei denen solche Fragen im Zulassungsverfahren keine Rolle spielten. "Tatsächlich", so die WELT, sind Präparate wie das von Biontech "jedoch gentherapeutische Produkte".

Für ein Zulassungsverfahren müßten daher auch andere Regeln angewandt werden.

Gerade wegen der fehlenden Studien zu Sicherheit und Wirksamkeit der "Impfstoffe" hätte mit Beginn der Impfung ein unabhängiges Gremium eingerichtet werden müssen, welches das gesamte Impfprogramm sicherheitstechnisch überwacht, alle relevanten Daten transparent macht und ein Eingriffsrecht hat, einen vorläufigen Impfstopp zu verfügen, wenn die Nebenwirkungen und Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung ein Maß überschreiten, das einen kausalen Zusammenhang mit der Impfung besorgen läßt.

In den USA hat es solche Sicherheits-Gremien bei Impfungen immer gegeben, interessanterweise wurden sie beim Corona-Impfprogramm auch nicht eingerichtet. Dr. Peter McCullough, Kardiologe, stellvertretender Chefarzt am Baylor University Medical Center in Dallas, Texas, und wissenschaftlicher Berater, der zu den fünf meist publizierenden medizinischen Forschern in den USA gehört, wies in einem Vortrag im Oktober 2021 empört darauf hin. Er hatte selbst bei mehr als zwei Dutzend therapeutischen Produkten den Vorsitz von Gremien zur Überwachung der Datensicherheit geführt.

"Als Vorsitzender eines Gremiums zur Überwachung der Datensicherheit habe ich einige kritische Entscheidungen getroffen, um ein Programm zu beenden, wenn es nicht sicher war", erklärte er. "Und ich kann Ihnen sagen, daß die Schwelle bei einigen wenigen Fällen liegt, die wir uns nicht erklären können. Bei fünf ungeklärten Fällen fangen wir an, uns sehr, sehr unwohl zu fühlen. Wenn wir 50 ungeklärte Todesfälle bei einer Produktfreigabe erreichen, ist es vorbei. Es ist weg. Wir schalten es ab und finden heraus, was falsch gelaufen ist. Bei neuen biologischen Produkten verlangen wir Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit".

Er erwähnte die Impfkampagne gegen die Schweinegrippe im Jahr 1976, in der nach nur 10 Wochen bereits 25 % der 220 Millionen Menschen in den USA geimpft worden waren, als plötzlich 25 Todesfälle auftraten und von 550 Fällen mit dem Guillain-Barré-Syndrom berichtet wurde. Da habe die Regierung das Impfen sofort einstellen lassen. "Die Sorge um die Sicherheit war zu groß. Die Zahl der Todesfälle stieg nach dem Abbruch des Programms auf 53. Das war der Standard und sollte auch heute noch der Standard sein", erklärte McCullough.

Im Gegensatz dazu sei man mit der aktuellen COVID-19-Genstransfer-Impfkampagne weit darüber hinaus. Tatsächlich sei die Zahl der Todesfälle heute 652 Mal höher als 1976, als die Regierung das Impfprogramm gegen die Schweinegrippe eingestellt habe.

Bereits am 22. Januar (2021) "hatten wir ein großes Problem. Wir hatten 182 Todesfälle", fuhr McCullough fort, "die erwartete Zahl der Todesfälle, (durch) alle Impfstoffe zusammen, (ist) 158 (von ungefähr) 287 Millionen Impfungen pro Jahr in den Vereinigten Staaten. 182 (Todesfälle bei Verwendung der COVID-Impfstoffe) lagen über der Grenze. Und wenn wir ein Gremium zur Überwachung der Datensicherheit hätten, wäre dieses Programm im Februar wegen übermäßiger Sterblichkeit eingestellt und überprüft worden.

Wir hatten (damals) nur 27 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten geimpft. Und was ist passiert? Nichts! Keine Sicherheitsüberprüfung! Das ist Amtsmissbrauch. Ein Fehlverhalten ist ein Fehlverhalten derjenigen, die eine Autoritätsposition innehaben. Und genau das ist passiert", sagte er.

182 Todesfälle in den USA bei 27 Millionen Impfungen bedeuten einen Prozentsatz von 0,0007 %. In Deutschland wurden bis zum 24.01.2021 insgesamt 1.783.118 Menschen geimpft. 769 Todesfälle in Deutschland nach 1,8 Millionen Impfungen bedeuten einen Prozentsatz von 0,004 %. Damit war in Deutschland diese Grenze längst weit höher überschritten und hätte auch hier erst recht zu einem sofortigen Stopp der Impfungen führen müssen.

Dr. McCullough beschuldigte die CDC, die FDA, die NIH, das Weiße Haus, den Senat und das Repräsentantenhaus, "alle in diese Sache verwickelt zu sein. Keiner von ihnen verlangte im Februar einen wirksamen Sicherheitsbericht und einen Stopp. Sie sind alle schuldig."

Auf Deutschland übertragen bedeutet dies: Das PEI, das RKI, die Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag sind alle in diesem Sinne am Leid und Tod Tausender Menschen schuldig, die bis heute nach der Impfung schwer erkrankt oder gestorben sind.

Um es noch einmal hervorzuheben: Bei diesem vorläufigen Stopp der Impfungen kommt es nicht darauf an, ob bereits ein kausaler Zusammenhang der Nebenwirkungen und Todesfälle mit dem Impfstoff nachgewiesen ist. Er wäre eine vorsorgliche Maßnahme allein wegen der Anzahl der Todesfälle, um sie in aller Ruhe und Gründlichkeit daraufhin zu untersuchen und danach über Fortsetzung oder endgültigen Abbruch der Impfkampagne zu entscheiden.

Dunkelziffer

Dieser sofortige Impfstopp wäre um so dringender notwendig gewesen, als es erfahrungsgemäß und auch nach wissenschaftlichen Studien eine große Dunkelziffer nicht gemeldeter Nebenwirkungen und Todesfälle gibt. Das wissen auch die staatlichen Gesundheitsinstitute und das Bundesgesundheitsministerium. In einer neuen internationalen Untersuchung, veröffentlicht auf der Website der "United States National Library of Medicine", wurden zur Untererfassung "insgesamt 37 Studien mit einer Vielzahl von Überwachungsmethoden aus 12 Ländern ermittelt.

Daraus ergaben sich 43 numerische Schätzungen der Untererfassungsrate. Der Median der Untererfassungsrate in den 37 Studien lag bei 94 %." 8 Nur ca. 6 % der Nebenwirkungen werden also gemeldet.

Rechnet man die dem PEI bis 31.12.2021 gemeldeten ca. 240.000 Nebenwirkungen, ca. 30.000 davon schwer und 2.300 Todesfälle auf jeweils 100 % hoch, so ergeben sich ca. 4 Millionen Nebenwirkungen, ca. 500.000 schwere und ca. 38.000 Todesfälle in Deutschland. -

Man muß sich diese ungeheuren Zahlen vor Augen halten: Und es gibt keinen Aufschrei und keinen sofortigen Impfstopp! Man impft und impft und nimmt Hunderttausende schwere Krankheiten und Zigtausende Tote in Kauf.

Von Beginn der Impfungen an wurde die Parole ausgegeben: Das habe, außer in seltenen Ausnahmefällen, mit der Impfung - vielfach schrieb das PEI in seinen Sicherheitsberichten "vermutlich" - nichts zu tun. - Wie kriminell ist das?

Diese Daten werden durch einen jüngsten Brandbrief des Vorstandes der BKK-Krankenkasse ProVita an das PEI und andere bestätigt, der auf Daten von 11 Millionen Versicherten zurückgreifen kann. Der Vorsitzende Andreas Schöfbeck schreibt:

"Uns liegen bisher die Abrechnungsdaten der Ärzte für das erste Halbjahr 2021 und circa zur Hälfte für das dritte Quartal 2021 vor. Unsere Abfrage beinhaltet die gültigen ICD-Codes für Impfnebenwirkungen.

Diese Auswertung hat ergeben, obwohl uns noch nicht die kompletten Daten für 2021 vorliegen, daß wir anhand der vorliegenden Zahlen jetzt schon von 216.695 behandelten Fällen von Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung aus dieser Stichprobe ausgehen. Wenn diese Zahlen auf das Gesamtjahr und auf die Bevölkerung in Deutschland hochgerechnet werden, sind vermutlich 2,5-3 Millionen Menschen in Deutschland wegen Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung in ärztlicher Behandlung gewesen. Das sehen wir als erhebliches Alarmsignal an, das unbedingt beim weiteren Einsatz der Impfstoffe berücksichtigt werden muß."

Hochgerechnet auf ganz Deutschland waren demnach "circa 4-5 % der geimpften Menschen wegen Impfnebenwirkungen in ärztlicher Behandlung".

Der österreichische Blogger Dr. Peter F. Mayer schreibt dazu: "Die Todesfälle stimmen übrigens mit den Auswertungen der Übersterblichkeit in Deutschland überein. Verschiedene Quellen und Auswertungen bestätigen eine Übersterblichkeit von 35.000 bis 40.000 Todesfällen gegenüber dem erwarteten Wert nach den Vorjahren."

Die Täuschungen des PEI

Wie dagegen das PEI die Impfnebenwirkungen und Todesfälle klein zaubert, hat der Coronablog aufgedeckt. Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring stellte, darauf Bezug nehmend, dieses ungeheure Täuschungsmanöver am verständlichsten wie folgt dar:

Das PEI gebe vor, die wissenschaftliche Observed-versus-Expected-Analyse anzuwenden. Diese bedeute einen Vergleich der Anzahl der Todesfälle nach Impfung mit der Anzahl der Todesfälle, die im jeweiligen Intervall statistisch zu erwarten gewesen wären, einfach weil eben jeden Tag in etwa eine bestimmte Anzahl Menschen in Deutschland stirbt. Wenn an einem Tag oder in einer Woche nach Impfung regelmäßig mehr Menschen stürben, als pro Tag oder pro Woche normal ist, wäre das ein Signal, daß da ein Problem sein könnte.

"Aber das ist nicht der Vergleich, den das PEI anstellt. Es tut nur so. Vielmehr vergleicht die Behörde die Anzahl der gemeldeten Verdachtsfälle von Nebenwirkungen mit tödlichem Ausgang im Abstand von einem Tag bis sechs Wochen nach einer COVID-19-Impfung mit der im gleichen Zeitraum statistisch zufällig zu erwartenden Anzahl der Todesfälle (Daten des Statistischen Bundesamtes).

Wie nicht anders zu erwarten, ergibt dieser Vergleich "kein Risikosignal", weil die erste Anzahl (Verdachtsfälle) viel kleiner ist als die zweite (typische Anzahl aller Todesfälle). Wie könnte es auch, bei so einem absurden Vergleich, anders sein. Das Statistische Bundesamt erfaßt alle oder so gut wie alle Todesfälle.

Dem PEI wird sicherlich nur ein Bruchteil der Todesfälle im Zeitraum von bis zu sechs Wochen nach einer Impfung als Verdachtsfall gemeldet. Wer würde denn Unfalltote als Impf-Verdachtsfälle melden? Und viele Fälle, die durch die Impfung verursacht worden sein könnten, aber dem Anschein nach nicht sind, werden nicht als Verdachtsfälle gemeldet, weil das Aufwand bedeutet und nicht vergütet wird.

Stellen Sie sich vor, man wollte erfahren, ob Autounfälle die Todesrate erhöhen und vergleicht deshalb nach PEI-Art die Anzahl der gemeldeten Verdachtsfälle von Unfalltoten von einem Tag bis sechs Woche nach Autounfällen mit der im gleichen Zeitraum statistisch zufällig zu erwartenden Anzahl der Todesfälle. Man käme wie das PEI bei den Impfungen zu dem Ergebnis, daß die erste Anzahl (erfaßte mögliche Unfalltote) sehr viel niedriger ist als die zweite (alle durchschnittlichen Todesfälle) und schlosse daraus, daß Autounfälle die Todesrate nicht erhöhen.

Zugegeben, das Beispiel ist noch etwas absurder als das, was das PEI macht, aber nicht viel. Das PEI schreibt ganz ungeniert, daß sein Vergleich eine Standardized Morbidity Ratio, (Standardisierte Sterberate; SMR) deutlich unter 1 ergibt, nämlich je nach Impfstoff zwischen 0,006-0,033, also sehr nahe bei Null.

Wollte das PEI diese Werte ernsthaft als Ergebnis einer korrekten Observed-versus-Expected-Analyse interpretieren, dann müßte es behaupten, daß eine Impfung gegen Covid-19 das Risiko, an einer beliebigen Ursache zu sterben, für mindestens sechs Wochen auf nahe Null senkt. Die SMR wäre nämlich bei einem korrekten Vergleich nahe bei 1, wenn die Impfung keinen nennenswerten Einfluß auf die Todesrate hätte. Sie wäre bei 2, wenn die Impfung die Todesrate verdoppeln würde und sie wäre bei Null, wenn die Impfungen dafür sorgen würden, daß überhaupt niemand mehr (an irgendeiner Ursache) stirbt.

Ich kann mir keinen Grund vorstellen, aus dem so ein grob irreführender Unsinn versehentlich produziert und veröffentlicht werden kann."

Wie kriminell ist diese "Roßtäuscherei", wie N. Häring es nennt?

Nachbemerkung

Wie sehr der Brandbrief des Vorstandes der BKK-Versicherung ProVita, Andreas Schöpfbeck, ins Schwarze trifft und die verlogenen Verlautbarungen der staatlichen Organe aufs Höchste gefährdet, zeigte sich am 1. März 2022, einen Tag bevor ein Gespräch mit dem PEI stattfinden sollte: Der Verwaltungsrat der gesetzlichen Versicherung kündigte ihm fristlos, nach 21 Jahren erfolgreicher Tätigkeit.

Dr. Peter F. Mayer meldet: Im Pressebereich wurde die Begründung und Erklärung Schöpfbecks, warum man den Brief vom 21.2.2021 an das Paul Ehrlich Institut geschickt habe, mittlerweile gelöscht. Statt dessen findet sich folgender Text:

"Auf seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat der BKK ProVita beschlossen, sich mit sofortiger Wirkung vom bisherigen Vorstand Andreas Schöpfbeck zu trennen. Die Führung der BKK ProVita geht nahtlos in die Hände von Walter Redl über, dem langjährigen Stellvertreter des bisherigen Vorstandes."

Dies gehorcht dem Muster des neuen Totalitarismus, der sich auf allen Ebenen etabliert hat: Rigorose Gedanken- und Meinungszensur mit allen existentiellen Folgen gegen jeden, der den staatlichen Vorgaben nicht dient und es wagt, der Wahrheit und seinem eigenen Gewissen zu folgen.

Wo bleiben eigentlich die Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft gegen die Verantwortlichen des PEI, des Bundesgesundheitsministeriums etc.? - Ach ja, die Staatsanwaltschaften sind in der deutschen Parteien-Oligarchie ja den Weisungen der Regierung unterstellt. Und wer läßt schon gegen sich selbst und seine untergeordneten Behörden ermitteln!?

Es gibt nicht nur die Verschwörungstheorie, sondern auch die Verschwörungs-Praxis. Hier zeichnet sich etwas Gigantisches ab.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21879"](http://www.klagemauer.tv/21879) berichtete am 8. März 2022 (x1.085/...): >>**Österreichs Impfpflicht-Kommission - Wer sind die "Experten" wirklich?**

Bis zum 8. März 2022 soll die Einschätzung der österreichischen Impfpflicht-Kommission bezüglich der Aufrechterhaltung der COVID-Impfpflicht vorliegen. Aufgrund dieser

Ausarbeitung will das Gesundheitsministerium über die weitere Vorgangsweise entscheiden. Kla.TV nahm die vier Experten genauer unter die Lupe, wie weit sie wirklich "unabhängig" sind. Sehen Sie nun, was dabei zutage kam.

Die österreichische Impfpflicht-Kommission übernahm den Regierungsauftrag, die Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und Rechtsgültigkeit der COVID-Impfpflicht genauestens zu prüfen. Aufgrund dieser Ausarbeitung will das Gesundheitsministerium über die weitere Vorgangsweise bzgl. der am 5. Februar 2022 in Kraft getretenen Impfpflicht für alle über 18 Jahre entscheiden.

Die Einschätzung der Impfpflicht-Kommission über die Aufrechterhaltung der COVID-Impfpflicht soll bis heute, den 8. März vorliegen. Soweit der Plan.

Die österreichische Bevölkerung kann mit Recht nun auch annehmen, daß die Impfpflicht aufgrund der zweifelhaften Wirksamkeit der Impfstoffe gegen das Corona-Virus mit seinen Mutationen auch wieder zurückgenommen werden könnte. Doch hat das die Regierung jemals ernsthaft in Betracht gezogen? Wie wahrscheinlich ist die Möglichkeit einer Rücknahme des Impfpflicht-Gesetzes wirklich? Das Durchleuchten der vier Experten bringt dahingehend Aufschluß.

Die "unabhängige" Experten-Kommission zur Prüfung der Aufrechterhaltung der Impfpflicht besteht aus folgenden Personen: Herwig Kollaritsch - Eva Schernhammer - Karl Stöger und Christiane Wendehorst

Nahezu alle haben eine universitäre Berufslaufbahn genommen und sind in der Pharmabranche gut vernetzt. Dies läßt schon jetzt an der "Unabhängigkeit" Zweifel aufkommen, daher schauen wir nun noch etwas tiefer:

1. Univ.-Prof. Dr. Herwig Kollaritsch

Dr. Kollaritsch fungiert unter anderem als Autor etlicher Impfratgeber.

Der Tenor darin ist: Schutzimpfungen sind die wichtigste und nachhaltigste medizinische Maßnahme zur Verbesserung der Lebensumstände und Erhöhung der Lebenserwartung.

Dr. Kollaritsch weist als ‚Impfexperte‘ finanzielle Verbindungen zu Impfstoff-Herstellern auf. Wie öffentlich einsehbare Spendenlisten von Pfizer zeigen, durfte sich die Firma medEXC!TE in den Jahren 2018 bis 2020 über tausende Euro an Zuwendungen erfreuen. Kollaritsch fungierte in dieser Firma von 2015 bis Dezember 2021 als Geschäftsführer.

Dr. Kollaritsch hat sich öffentlich mehrmals für eine Impfpflicht ausgesprochen. Im Jänner 2022 meint er in Die Presse, daß bis spätestens Herbst eine Impfpflicht gelten muß.

2. Univ.-Prof. Dr. Mag. Eva Schernhammer

Dr. Schernhammer hat eine rein universitäre, berufliche Laufbahn an der Medizinischen Universität Wien und Harvard-Universität. "Universitäre, berufliche Laufbahn" heißt genau genommen, wenn Personen vom Studium weg an der Universität bleiben und sich nach oben arbeiten. Der Nachteil dieser "Sicherheit" ist eine gewisse existentielle und finanzielle Abhängigkeit vom Staat.

Bei Schernhammer bestehen auch - wie bei Herwig Kollaritsch - Querverbindungen zu Pfizer. In zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, an denen Schernhammer in den vergangenen Jahren beteiligt war, schrieben Co-Autoren mit, die von Pfizer bezahlt wurden oder sogar Beratertätigkeiten für das Pharmaunternehmen ausübten. Näheres dazu finden Sie unterhalb in den Quellen.

Mag. Schernhammer ist überdies Mitglied im "Complexity Science Hub Vienna" der Medizinischen Universität Wien. Der CSH ist ein Verein zur wissenschaftlichen Erforschung komplexer Systeme mit Sitz in Wien. Die MedUni Wien und ihre Abteilungen erhalten nicht nur jährlich Spenden von Pfizer, auch der CSH weist eine undurchsichtige Finanzierung - größtenteils über die öffentliche Hand - auf.

3. Univ.-Prof. Dr. Karl Stöger

Der Jurist Stöger zeigt sich schon seit Jahren als glühender Impfpflichtverfechter. Im Juni 2019 hielt er einen Vortrag über Impfpflicht, in dem es um die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer solchen geht.

Das FAZIT des Vortrages ist: Bei entsprechend "gefährlicher" Krankheit ist eine Impfpflicht, auch als Präventivmaßnahme, rechtlich argumentierbar.

Laut Stöger gilt bei einer Impfpflicht: "Die öffentliche Gesundheit rechtfertigt den Eingriff in Art. 8 der Menschenrechtskommission (dabei geht es um das Recht auf Privatleben)" und stützt sich dabei auch auf Entscheidungen der Europäischen Menschenrechtskommission.

Dr. Stöger ist der Meinung, daß die Öffentlichkeit genug über den positiven Nutzen der Impfung seitens der Regierung aufgeklärt wurde. Darum gibt es für ihn auch keine Grenzen für die Anzahl an Impfungen, um Lockdowns zu verhindern.

4. Univ.-Prof. Dr. Christiane Wendehorst

Dr. Wendehorst ist Zivilrechtlerin, Professorin an der juristischen Fakultät der Uni Wien und die juristische Fachexpertin der Impfpflicht-Kommission.

Außerdem ist sie in der Bioethik-Kommission tätig. Ihre Themen sind: Künstliche Intelligenz, biometrische Daten und Datenökonomie.

Dr. Wendehorst weist - wie Kollaritsch und Schernhammer - bedenkliche Verbindungen zur Pharmaindustrie auf. Wendehorst hat auch an Veranstaltungen mit dem Pfizer-Kulturbeirat teilgenommen.

Dr. Wendehorst's eigene Aussage: "Die Impfpflicht ist eine langfristig angelegte Maßnahme", entlarvt sie als Befürworterin der Impfpflicht. Auch hält sie den Gesetzesentwurf für "sehr gelungen" und lobt die Arbeit der Regierung mit: "Der Entwurf ist definitiv ein guter Kompromiß."

Das Fazit der Betrachtungen:

1. Alle dieser sogenannten "Experten" sind schon von Haus aus in ihrer Grundeinstellung für die Impfpflicht. Sie sind bekennende Impfbefürworter!
2. Diverse Verbindungen zur Pharmaindustrie sind gegeben, es besteht eine gewisse Affinität zu den Impfstoffherstellern.
3. Von der Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit der Impfpflicht-Kommission kann keine Rede sein.

Verehrte Zuseher, schon die Mitgliederauswahl in die Impfpflicht-Kommission zeigt, daß die Regierung von vornherein gar nicht an einer objektiven Beurteilung bezüglich Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und Rechtsgültigkeit der COVID-Impfpflicht interessiert ist.

Daher muß die eventuelle Aussetzung der COVID-Impfpflicht einer Abschaffung weichen.

Die Juristin Dr. Madeleine Petrovic brachte dies in einer Pressekonferenz klar zum Ausdruck: "... Ich kann nur betonen, die Zeit des Impfens ist vorbei; die Zeit der Zwangsmaßnahmen ist vorbei. Und zwar, das betone ich jetzt auch als Juristin: Es geht auch nicht, daß die ganze Zeit so ein Damoklesschwert über uns schweben bleibt. ... Wenn es ein gültiges Bundesgesetz ist, ist es umzusetzen. Und wenn man der Meinung ist, es ist NICHT umzusetzen, weil die Realität eine andere ist, dann ist das abzuschaffen, dann gilt es nicht mehr. ..."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 11/22" berichtete am 11. März 2022 (x1.387/...): >>>Am deutschen Genesenenwesen genesen

Corona-Maßnahmen: Immer mehr Verwaltungsgerichte kippen die Status-Verkürzung, doch der Gesundheitsminister beharrt auf seiner Regelung

Jörg Kürschner

Immer mehr Verwaltungsgerichte halten die zunächst vom Robert-Koch-Institut (RKI) nach überstandener Covid-19-Erkrankung verfügte und später von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) bestätigte Verkürzung des Genesenenstatus von 180 auf 90 Tage für

rechtswidrig. Dieser ist ebenso wie der Impfstatus maßgeblich für Quarantäne- und Einreisevorschriften. Mit dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof hat erstmals ein Gericht zweiter Instanz im Eilverfahren entschieden, daß es bei sechs Monaten bleibt.

Der Beschluß ist noch nicht rechtskräftig und gilt nur für die Antragsteller. Verwaltungsgerichte haben nicht die Kompetenz, Normen als verfassungswidrig zu verwerfen. Mitte Januar hatte das RKI den Status überraschend von sechs auf drei Monate reduziert. Mit dem Omikron-Virus sei das Risiko größer, nach dieser Zeit zu erkranken oder Überträger zu sein, hieß es zur Begründung. Die Festlegung des RKI sei aus wissenschaftlicher Sicht erfolgt, gab Lauterbach der ihm nachgeordneten Behörde Rückendeckung.

Damit fielen von einem Tag auf den anderen Millionen genesene Personen aus der 2G-Regel heraus, konnten etwa Restaurants nicht mehr besuchen. Die zunächst unbemerkt gebliebene Änderung führte zu einer Vertrauenskrise zwischen der FDP und RKI-Präsident Lothar Wierler. Für zusätzlichen Ärger sorgte die vorübergehende Weitergeltung der alten Frist im Bundestag bei Betreten des Plenarsaals und der Ausschußräume.

Als das Dickicht der Corona-Verordnungen kaum noch zu durchschauen war, entzog Lauterbach dem RKI die gerade erst erteilte Regelungsbefugnis. "Über tiefgreifende Entscheidungen wie etwa den Genesenenstatus möchte ich selbst und direkt entscheiden." Die Kriterien werden also wieder per Regierungsverordnung geregelt. An der vom RKI verkürzten Dauer hat der SPD-Politiker aber festgehalten. Daß diese in der EU sechs Monate gilt, in der Schweiz gar zwölf Monate, ließ den Minister unbeeindruckt.

Aber die richterliche Gewalt setzte der Exekutive - vorläufige? - Stoppschilder, etwa die Verwaltungsgerichte in Ansbach, Hamburg und Gießen. Als erstes befand das in Osnabrück Anfang Februar, die Dauer des Genesenenstatus habe eine hohe Bedeutung für die Freiheit der Bürger, ein pauschaler Verweis auf RKI-Internetseiten reiche nicht aus. Bedenken hatte auch das Bundesverfassungsgericht in einem weiteren Corona-Verfahren geäußert. "Es bestehen aber jedenfalls Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der gewählten gesetzlichen Regelungstechnik."

Diesem Mangel hat der Ressortchef durch den Kompetenzentzug des RKI inzwischen Rechnung getragen. Mißlich könnte aber die Ansicht der Richter sein, für eine Verkürzung des Status mangle es dem RKI an einer wissenschaftlich fundierten Grundlage.

Entsprechende Zweifel finden sich auch in dem Anfang März ergangenen Beschluß des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. "Indem der Ordnungsgeber das RKI jedoch pauschal zu einer Entscheidung lediglich 'unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der medizinischen Wissenschaft' ermächtigt, dürfte er dieser Grundrechtsrelevanz nicht hinreichend gerecht geworden sein."

Letzter Akt im Corona-Wirrwarr: Der verkürzte Genesenenstatus von drei Monaten betrifft laut RKI nur noch "Personen, die ungeimpft sind, das heißt weder vor noch nach ihrer durchgemachten Infektion eine Impfung erhalten haben".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 11/22" berichtete am 11. März 2022 (x1.387/...): >>>Die ewigen Sünden der Riesen

Pharmaindustrie: Ausgerechnet einige große Covid-Vakzin-Hersteller mit einer skandalträchtigen Geschichte sollen uns von der Pandemie befreien?

Julian Marius Plutz

In Zeiten der Corona-Pandemie veränderten sich in Deutschland die argumentativen Parameter. Das Land, einst kapitalismuskritisch, wenn es um große Konzerne geht, sucht nicht zuletzt dank der Versprechen der Politik den Ausweg aus der Covid-Krise ausgerechnet in großen Konzernen, die über Jahrzehnte immer wieder für Skandale gesorgt haben. Ob krebserregende Babypuder, Bestechung von Ärzten und Apotheker oder das Vertuschen von kritischen Studien zu Medikamenten. Kaum ein Pandemie-Profiteur kam in seiner Geschichte ohne Skandale

aus. Ein Unternehmen geriet hierbei immer wieder in die Schlagzeilen: der Covid-19-Vakzin Hersteller Pfizer.

Pfizer testete Trovan in Entwicklungsländern

1997 wurde die Schlankheitspille Phen-Fen vom Markt zurückgezogen, weil sie im Verdacht stand, tödliche Herzklappenschäden zu verursachen. Hersteller war die Firma Wyeth, die zu Pfizer gehört. Seit 1998 werden mehr als 20 Milliarden US-Dollar Entschädigung an die Opfer gezahlt - bis heute ein Rekordwert. Das hält Biontech-Pfizer jedoch nicht davon ab, sich mit seinem Impfstoff gegen Covid-19 Rekordgewinne einzustreichen. Doch das ist längst nicht alles.

Seit mehreren Jahrzehnten führen die Pharmariesen Medikamententests in Entwicklungsländern durch, zum Beispiel mit dem Antibiotikum Trovan. Genehmigt wurde dies von der damaligen Militärregierung in Nigeria, die sonst vor allem mit Greuelthaten Schlagzeilen machte. So ergab sich, daß in einer Kinderklinik von den 100 Probanden - allesamt waren kleine Kinder und Säuglinge - fünf starben. Sechs weitere Kinder verloren in einer Vergleichsstudie, in der ihnen ein anderes Mittel verabreicht wurde, ihr Leben. Zudem erlitten einige Kinder während des Tests Hirnschäden. Seit 1999 ist Trovan in Europa verboten.

Ein weiterer Skandal war, daß Pfizer kritische Studien bewußt verschleierte. Ganze zwölf Jahre lang vertrieb der Konzern das Medikament Edronax zur Behandlung von Depressionen, das de facto keine Wirkung entfaltete. Sieben von 17 durchgeführten Studien kamen zuvor zum Schluß, daß der Wirkungsgrad des Pharmazeutikums nicht über die Gabe eines Placebos hinausging. Mehr als ein Jahrzehnt setzten kranke Menschen ihre Hoffnung in eine Tablette, die ihren Zustand nicht verbessert hatte. Doch damit ist Pfizer noch lange nicht das einzige Pharmaunternehmen mit einer problematischen Vergangenheit.

Im Jahr 2000, als das Medikament Avandia zugelassen wurde, hinterfragte das Fachblatt British Medical Journal das Nutzen-Risiko-Verhältnis des Blutzuckersenkens. Der Verdacht war ungeheuerlich: Es sollte bei Diabetikern Herzinfarkte hervorrufen. Die europäische Arzneimittelbehörde legte dem britischen Hersteller GlaxoSmithKline (GSK) 2010 nahe, Avandia vom Markt zu nehmen. Zwar durfte in den USA das Medikament auf dem Markt bleiben, der Zugang für Patienten wurde aber erschwert, sprich, die Voraussetzung für eine Verschreibung massiv verschärft.

Trotz Enthüllungen der New York Times bestreitet das der Hersteller hartnäckig. Dennoch einigte sich GSK mit US-Klägern auf eine Vergleichszahlung von 460 Millionen US-Dollar. Den Einstieg in das Milliardengeschäft der Corona Impfstoffe hat GSK verpaßt. Der zweite Anlauf ist jedoch im vollen Gange. Ein eigenes Vakzin soll als Konkurrent zum mRNA-Impfstoff von Biontech-Pfizer auf den Markt kommen.

GSK, Bayer, Merck: Alle mußten Milliarden aufbieten

Sehr schnell entwickelte sich Lipobay vom deutschen Pharmariesen Bayer zur "Cash Cow" - zumindest zu Beginn. 1997 zugelassen, wurde das Medikament schnell einer der meistverordneten Blutfettsenker, weil es als preiswert und effektiv galt. Doch bald stellte sich heraus, daß die Nebenwirkungen nicht im Verhältnis zum Nutzen standen: Mehr als andere Blutfettsenker zerstörte es Muskelzellen - was die Nieren überlasten und zum Tod führen konnte. 31 Todesfälle in den USA wurden in Verbindung mit Lipobay gebracht.

Vier Jahre später nahm die Firma aus Leverkusen schließlich das Medikament vom Markt und zahlte wiederum vier Jahre später, 2005, rund 1,2 Milliarden Euro Schadenersatz. Ab 2011 folgten weitere Sammelklagen. Bayer war an CureVac beteiligt, ein Impfstoff, der sich allerdings nicht durchsetzen konnte. Dennoch haben die Pillendreher aus Nordrhein-Westfalen ihr Engagement nicht aufgegeben, am Pandemiegeschehen Geld zu verdienen.

Das hat auch der US-Hersteller Merck & Co. vor. Das Unternehmen war zwar nicht am Impfstoff-Geschäft beteiligt, wird aber wohl in naher Zukunft mit dem "Anti-Corona-Medikament"

Molnupiravir aufwarten. Doch auch dieser Pharmariese ist nicht vor Skandalen gefeit, was spätestens 2001 klar war: Das Schmerzmittel Vioxx erhöht das Risiko für Herzinfarkte und Schlaganfälle.

Erst 2010 nahm Merck das Medikament vom Markt. Die US-Justiz kam beim Strafprozeß zu der Überzeugung, Merck habe das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen unterschlagen, um die Verkaufszahlen nicht zu gefährden. Bis zu 139.000 Patienten sollen in unmittelbarer Verbindung mit dem Mittel einen Infarkt erlitten haben, 55.000 Menschen aufgrund der direkten Behandlung.

Ebenso der Impfstoffhersteller Johnson & Johnson (J&J) ist nicht frei von Skandalen. Ganz ohne Rezept erhielt man ab 1965 den Appetitzügler Menocil. Problem: Das Medikament verursachte im hohen Maße Herzkreislaufschäden und Lungenhochdruck. Übrigens: Menocil wurde in den USA schon in den 1950er Jahren von dem Pharmaunternehmen McNeil Laboratories unter dem Namen Aminorex entwickelt, dort aber nicht zugelassen. In Deutschland stellte die Firma Cilag-Chemie in Alsbach das Arzneimittel her. Mindestens 20 Menocil-Verbraucher starben. 850 erkrankten zum Teil schwer.

Johnson & Johnson geht mit Milliardenumsatz in Insolvenz

Ein weiterer großer Skandal von J&J hört auf die Namen Risperdal und Natrecor. Der Konzern bestach über Jahre systematisch Apotheker, um diese beiden Medikamente auch Personen zu empfehlen, für die das Schizophreniemittel und das Herzmedikament gar nicht geeignet waren. Unter den Betroffenen waren unter anderem verhaltensgestörte Kinder und behinderte Menschen. Im Zuge des Prozesses einigten sich beide Parteien auf einen Vergleich von 2,2 Milliarden Dollar.

Beim aktuellsten und wohl bekanntesten Skandal aus dem Hause J&J handelt es sich um das eigene Babypuder. Der Vorwurf: Das Hygieneprodukt sei mit Asbest kontaminiert und verursache Eierstockkrebs. Das Puder wurde auch von erwachsenen Frauen zur täglichen Hygiene genutzt, von denen viele erkrankten und an den Folgen starben. Schon 2015 urteilte das Gericht in St. Louis, es sei erwiesen, daß Frauen aufgrund des Produktes häufiger an Krebs leiden würden.

Besonders pikant: Trotz Rekordumsatz von acht Milliarden Dollar aufgrund des Impfstoffgeschäftes meldete der Pharmakonzern Anfang November 2021 im US-Bundesstaat North Carolina Insolvenz an. Hintergrund sind die 38.000 Klagen gegen J&J - eben aufgrund des umstrittenen Babypuders. Mit dem Konkurs will der Konzern die Schadensersatzzahlungen umgehen, ein juristischer Kniff, der als "Texas Two-Step" bekannt ist.

Die Deutschen jedoch scheint wenig zu stören, daß viele Pharmariesen, die am Geschäft mit der Pandemie beteiligt sind, seit Jahrzehnten in Skandale verwickelt sind, bei denen nicht selten sogar Menschen gestorben sind. Zu tief sitzt die Angst vor dem Coronavirus und zu vielversprechend sind die Verheißungen der Hersteller und der Politik.

Doch die Skandale sind real. Auch in der großen Biontech-Pfizer-Studie des Covid-Impfstoffes wurde bekannt, daß es Unregelmäßigkeiten gegeben hat. Das Unternehmen betonte, daß diese keine Auswirkungen auf die Wirksamkeit und Gefährlichkeit des Vakzines haben sollen. Doch inwieweit man dieser Aussage angesichts der vielen Skandale trauen kann, darüber kann nur spekuliert werden.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 15. März 2022 (x1.123/...):
>>**Impfpflicht - die totalitäre Überwältigung des Menschen**

Die am 17. März 2022 im deutschen Bundestag stattfindende erste Lesung eines Gesetzentwurfes über eine allgemeine Impfpflicht hat bereits eine ganze Reihe offene und direkte Briefe an die Bundestags-Abgeordneten hervorgerufen, in denen vielfältig treffende rechtliche und medizinische Argumente gegen die Berechtigung einer Impfpflicht vorgebracht werden. Die wesentliche Bedeutung der Impfpflicht liegt jedoch - und das darf bei allen Argumentationen

im Details nicht aus dem Auge verloren werden - im Einbruch eines neuen totalitären Denkens in eine als Demokratie firmierte Staatsform, die auf unveräußerlichen individuellen Menschenrechten beruhen soll.

Besonders fundiert haben 81 namentlich aufgeführte Wissenschaftler verschiedener Disziplinen in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten nach geltendem Recht die Verfassungswidrigkeit einer COVID-19-Impfpflicht nachgewiesen (<https://7argumente.de/>).

Und doch ist ihnen ein entscheidender verfassungsrechtlicher Aspekt entgangen, der ihrer Argumentation erst das nötige Gewicht verleihen würde.

So schreiben sie eingangs, das grundrechtlich geschützte Selbstbestimmungsrecht verbiete es, den Einzelnen zu seinem eigenen Schutz zur Impfung zu verpflichten. -

Soweit so gut.

Verfassungsrechtlich komme nur das Ziel des Fremdschutzes in Frage, der aber mit den verfügbaren COVID-19-Impfstoffen nicht erreicht werde. -

Doch das ist verfassungsrechtlich falsch.

Keine Schutzpflicht des Staates gegen Krankheiten

Auch um Andere zu schützen, darf der Staat die Menschen nicht zur Impfung verpflichten. Denn damit wird ihm grundsätzlich eine Befugnis zugestanden, die seit Beginn der Corona-Krise bis in die höchsten staatlichen Gerichte als ganz selbstverständlich behauptet wird: Der Staat habe für die Bevölkerung eine Schutzpflicht, die sich aus dem Recht des Einzelnen auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes ergebe.

Eine solche Schutzpflicht ergibt sich nicht aus dem Wortlaut: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit." Ganz im Gegenteil. Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist in seiner historischen Entstehung, wie alle anderen Grundrechte auch, primär ein Abwehrrecht des Menschen gegen entwürdigende Übergriffe von Vertretern totalitärer Staaten in seine Freiheit und seine körperliche wie seelisch-geistige Integrität.

Den Menschen davor zu schützen und natürlich vor jedem Eingriff eines anderen Menschen und vor äußeren Feinden - also Schutz vor Übergriffen von Menschen und nicht vor Infektionen - das ist die Aufgabe des freiheitlich-demokratischen Staates. Siehe dazu im Einzelnen hier.

Der Gedanke einer "Schutzpflicht vor Krankheiten" steigt aus der Gesinnung eines obrigkeitlichen Fürsorgestaates auf, der sich anmaßt, für das Wohl seiner unmündigen Untertanen verantwortlich zu sein. Da ist das Gefühl für den freien, sich selbst bestimmenden Menschen und seine Würde überhaupt noch nicht vorhanden.

Diese angemessene Schutzpflicht hat weitreichende Folgen: Wenn der Staat aus dem Grundrecht des Menschen auf Leben und Unversehrtheit eine solche umfassende Schutzpflicht ableitet, bringt er dieses Grundrecht als Konkurrenz gegen die anderen freiheitlichen Grundrechte in Stellung, die dagegen kaum noch eine Chance haben.

Denn "Gesundheit geht vor", wie der Volksmund schon sagt, und erst recht das Leben, wenn dazu noch durch Angst- und Panikmache das Denken der Menschen vernebelt wird. Das bedeutet, der Staat hebt die große Zahl der anderen freiheitlichen Grundrechte durch die Unterordnung der Menschen unter den Zwang staatlicher Notverordnungen weitgehend auf und verkehrt den Sinn des staatlichen Schutzes, die Freiheit der sich selbst bestimmenden Individualität vor Eingriffen zu bewahren, in ihr Gegenteil.

Der Staat greift unter der Parole, das Grundrecht der Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit schützen zu müssen, in eben dieses Grundrecht selbst und tief in alle anderen freiheitlichen Grundrechte ein, entzieht sie dem freien Menschen.

Alle Grundrechte sind primär Abwehrrechte des freien Menschen gegen totalitäre Übergriffe des Staates. Wenn dieser aus dem Grundrecht auf Leben und Unversehrtheit eine allgemeine Schutzpflicht vor einer Infektionskrankheit behauptet, benutzt er dieses Abwehrrecht des

Menschen gegen den Staat zu totalitären Übergriffen auf die Menschen, zur weitgehenden Aufhebung der meisten anderen freiheitlichen Abwehrrechte. Das Abwehrrecht des Menschen wird perfide zum Angriffsrecht des Staates auf den Menschen gewendet.

Das heißt, die Abwehrrechte des Menschen gegen einen totalitären Staat werden verdreht und mißbraucht, um - einen totalitären Staat zu errichten.

Dabei sind die freiheitlichen Grundrechte des Grundgesetzes - was vollkommen ignoriert wird - als vorstaatliche Naturrechte konzipiert, die jedem Menschen kraft seines Menschseins, als Ausdruck seiner Menschenwürde vom Beginn seines Lebens an eigen sind.

Der Staat hat sie nur zu formulieren und als unmittelbar geltende Rechte an den Anfang der Verfassung zu stellen, nach denen sich der gesamte Staats- und Gesellschaftsaufbau zu richten hat - was noch längst nicht konsequent durchgeführt ist. Keine Staatsmacht, die ja immer von Menschen ausgeübt wird, hat die Befugnis, sie den Menschen nach Belieben zu entziehen und gegen Bedingungen wieder zurückzugeben. Sie hat sie ihnen nicht gewährt!

Selbstbestimmung schließt prinzipiell Fremdbestimmung durch andere aus. Für den Schutz vor Krankheiten sind die Menschen und ihre Ärzte selbst und ein von ihnen organisiertes Gesundheitssystem zuständig. Das kann und darf niemals Sache des fachlich unkundigen, mit einigen Wissenschafts-Knechten angereicherten Staates sein.

Die alten obrigkeitsstaatlichen Gesinnungen

Wir sehen, wie zahlreiche Vertreter von politischem Staat und Justiz in ihrem Inneren den alten Gesinnungen des Obrigkeitsstaates noch tief verhaftet sind. Es erreicht sie nicht, wenn man sie auf die Verletzung des "grundrechtlich geschützten Selbstbestimmungsrechts" durch die Impfpflicht hinweist, ebenso wenig wie auf die Verletzung weiterer freiheitlicher Grundrechte.

Sie fühlen sich ja in obrigkeitsstaatlich eingebildeter Fürsorge zum Schutz der Bevölkerung vor einem hochgepuschten "Killer-Virus" verpflichtet, wozu es eben (leider) unumgänglich sei, Grundrechte einzuschränken oder zu suspendieren, damit der Schutz auch wirklich durchgeführt werden kann.

Für diese vertikale Staatsgesinnung von Obrigkeit und Untertanen stehen auch die aus dem Kaiserreich überkommenen wissenschaftlichen Institute des Staates, wie das Robert-Koch- und das Paul-Ehrlich-Institut, wie selbstverständlich an erster Stelle. Da haben kritische Stimmen irgendwelcher wildgewordener Wissenschaftler, selbst wenn sie an staatlichen Hochschulen angestellt sind oder waren, kaum eine Chance gehört zu werden.

Für Verwaltungsgerichte und Bundesverfassungsgericht sind in Prozessen, in denen sie über die Handlungen der Regierung zu urteilen haben, die Feststellungen und Einschätzungen von RKI und PEI maßgebend, obwohl diese selbst den Weisungen eben dieser Regierung unterstehen! - Das ist grotesk und absurd.

So stehen die offenen Briefe und Appelle zahlreicher Medizin-Wissenschaftler an den Bundestag, die nachweisen, daß auch keine sachlichen Gründe für eine Impfpflicht bestehen, von vorneherein auf einem Außenseiter-Posten, auch wenn sie zu Recht darauf hinweisen, daß:

- die bisherige Impf- und Booster-Kampagne nahezu wirkungslos war,
- die Infektionen von Geimpften und Geboosterten drastisch gestiegen sind,
- die Geimpften Corona genauso verbreiten wie die Ungeimpften,
- es nie eine Überlastung der Krankenhäuser gegeben hat und
- im Gegenteil die bisherigen Impfkampagnen zu schweren und schwersten gesundheitlichen Schäden bei vielen Geimpften geführt haben.

Viele Abgeordnete werden der gewohnten Autorität der staatlichen wissenschaftlichen Institute folgen und ihr Gewissen an deren allgemeiner Anerkennung selbst durch höchste Gerichte beruhigen. Es besteht wenig Bewußtsein, daß Wissenschaft in politisch-staatlicher "Obhut" nicht frei sein kann, sondern in seiner personellen, finanziellen und politischen Abhängigkeit

immer instrumentalisierbar ist.

Die amtlichen Täuschungen

Es käme darauf an, die Glaubwürdigkeit der staatlichen Institute zu erschüttern, indem man ihre statistischen Täuschungen und Lügen aufdeckt, die sie von Beginn der Corona-Krise Arm in Arm mit den herrschenden Politikern und anderweitigen regierungsnahen Wissenschaftsknechten betrieben haben. Es sollten so offensichtlich Angst und Panik geschürt werden, um die staatlichen Zwangsmaßnahmen, einschließlich einer Impfpflicht, zu rechtfertigen. Dazu ist auf diesem Blog in vielen Artikeln Aufklärung versucht worden. (Z.B. Wahrheit und Täuschung)

Dem steht die noch immer weit verbreitete Einstellung der Untertanen im Wege, die sich einfach nicht vorstellen können, daß Politiker und staatliche Behörden anderer Interessen wegen bewußt auch Schädliches gegen die eigene Bevölkerung beabsichtigen könnten.

Zuletzt wurde hier aufgedeckt, daß das Paul-Ehrlich-Institut seiner Pflicht zur Überwachung der Impfkampagne und zu ihrem vorläufigen Stop, wenn unverhältnismäßig viele Todesfälle in ihrem zeitlichen Zusammenhang auftreten, vorsätzlich nicht nachkommt. Zur Täuschung verwendet es einen statistischen Trick, bei dem im Vergleich zu den aktuellen allgemeinen Todeszahlen sich nie "ein Risikosignal" ergibt. (Siehe: Die Verleugnung ...)

Auch Andreas Zimmermann hat kürzlich auf achgut.com ein ganzes Füllhorn an Falschinformationen, unglaublichen Unwahrheiten und Täuschungen des Paul-Ehrlich-Instituts zutage gefördert, welche die dunklen Machenschaften dieses staatlichen "wissenschaftlichen" Instituts sichtbar machen.

Aussichten

Die Überwindung des Obrigkeitsstaates, der noch immer hinter formal-demokratischer Fassade wirkt und in "väterlicher Fürsorge" alle Lebensbereiche der Menschen für diese regeln zu müssen meint, ist das dringendste Problem einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Daß die Bürger aus eigener Erkenntnis und Fachkunde das Erziehungs-, Schul-, Wissenschafts-, Gesundheits- und auch das Wirtschaftsleben selber inhaltlich gestalten und organisieren können, diese Erkenntnis ist noch nicht weit verbreitet. Sie wird aber in Grundrechten der freien, individuellen Selbstbestimmung, die aller gesellschaftlichen Ordnung vorausgehen, vorausgesetzt.

Politiker und Richter, die dies ignorieren, und eine breite Fremdbestimmung und Außenlenkung der Menschen durch die wenigen praktizieren, die den Staat beherrschen, greifen tief in die Würde des Menschen ein, die gerade in seiner Veranlagung und Fähigkeit zur eigenen Erkenntnis der Wahrheit und Bestimmung seines Lebens besteht.

Durch alle staatlichen Corona-Maßnahmen wird der Mensch in einem totalen Ausmaß vom freien, selbstbestimmten Subjekt zum fremdbestimmten Objekt staatlichen Handelns, zum Untertanen erniedrigt. Diese Entwürdigung erreicht in der geplanten Impfpflicht ihren absoluten Tiefpunkt, indem der Mensch sogar in seiner Bestimmung über seine eigene Leiblichkeit, in seinem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, überwältigt und sein elementarer menschlicher Wille mit psychischer oder gar körperlicher Gewalt gebrochen werden soll.

Dabei handelt es sich zudem noch um einen Impfstoff, der nur von Politik- und Pharmedien Wissenschaftlern befürwortet wird, dessen Unwirksamkeit von zahllosen anderen Wissenschaftlern aber nachgewiesen und inzwischen auch offensichtlich ist. Dagegen hat die Impfung in noch nie dagewesener Weise schwere Nebenwirkungen und Todesfälle zur Folge, wie trotz Unterdrückung der Fakten ebenfalls vielfach aufgezeigt wurde. Wer die Impfung daher mit guten Gründen aus Erkenntnis in die Wahrheit schon aus Selbstschutz ablehnt, soll trotzdem mit Gewalt dazu gezwungen werden. Hier entscheidet also nicht Wahrheitserkenntnis, sondern unbedingte brutale Gewalt und Macht.

Das ist eine neue Dimension totalitärer Herrschaft: die gezielte Zerstörung des Menschen an

sich, seiner Bestimmung als eines geistigen freien Wesens.

Es ist der erneute Einbruch des radikal Anti-Menschlichen, des absoluten Bösen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 12/22" berichtete am 18. März 2022 (x1.387/...): >>>Corona-Maßnahmen laufen weiter

Freiheit rückt in weite Ferne

Mathias Pellack

Seit Monaten schon machen Epidemiologen und Statistiker darauf aufmerksam, daß die bloße Inzidenz in Zeiten von Omikron keinerlei Aussagekraft mehr besitzt. Und trotzdem begründen die ewigen Mahner und Warner nun die Verlängerung der Corona-Maßnahmen erneut mit genau dieser die Öffentlichkeit inzwischen irreführenden Zahl. Der sogenannte "Freedom Day", der in Wirklichkeit nie einer war, rückt in weite Ferne. Stattdessen wollen einzelne Bundesländer nachschärfen. Ganz im Sinne von Gesundheitsminister Karl Lauterbach, der mit schwammigen "Hotspotregelungen" sogar das Justizministerium verwirrt.

Von den harten Fakten nimmt die Politik unterdessen keine Kenntnis mehr. Die Intensivstationen in Deutschland waren niemals überlastet und sind derzeit nicht ausgelastet. Von den kürzlich "mit oder an" Corona Verstorbenen - hier kann mehrheitlich aufgrund des Datenmangels noch immer nicht sauber differenziert werden - hatten laut aktuellem RKI-Wochenbericht fast ein Drittel bereits ihre dritte Impfung hinter sich. Die Wirksamkeit läßt also sehr zu wünschen übrig.

Daten aus England deuten nun sogar darauf hin, daß doppelt Geimpfte sich häufiger mit Omikron anstecken als Menschen, die überhaupt nicht geimpft sind. Nach der dritten Impfung sei das Risiko demnach sogar noch höher. Was ist die Antwort der deutschen Politik auf solche Tatsachen? Die Impfpflicht, na logisch! Während in den europäischen Nachbarländern das früher einmal gekannte Alltagsleben zurückkehrt, segelt Deutschland weiter blindlings in den dauerhaften Ausnahmezustand.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/22" berichtete am 25. März 2022 (x1.387/...): >>>Selbst entscheiden lassen

Corona: Die Politik sollte endlich auf individuelle Handlungsfreiheit setzen

Ulrich van Suntum

Zugegeben, die aktuelle Corona-Situation ist unübersichtlich: Einerseits erreichte die 7-Tage-Inzidenz immer neue Höchstwerte. Bundesweit lag sie zuletzt bei 1.733, das heißt, rund 1,7 Prozent der Einwohner haben sich allein in den letzten sieben Tagen neu infiziert. Zum Vergleich: Noch vor einem guten halben Jahr galt bereits ein regionaler Inzidenzwert von lediglich 50 als Schwellenwert für zusätzliche Corona-Einschränkungen.

Insoweit haben wir es tatsächlich mit einem dramatischen Anstieg der Infektionszahlen zu tun. Dies ist hauptsächlich der neuen, wesentlich ansteckenderen Omikron-Variante des Virus geschuldet. Laut Robert-Koch-Institut (RKI) macht sie inzwischen mehr als 99 Prozent aller Infektionen aus. Dabei scheint die neueste Subvariante BA.2 nochmals deutlich ansteckender zu sein - praktisch jeder kennt derzeit jemanden aus seinem persönlichen Umfeld, der in Covid-Quarantäne ist.

Andererseits - und zum Glück - verursachen die neuen Varianten in aller Regel nur noch leichte Symptome, wenn überhaupt. Die Hausärzte können inzwischen ohne Test kaum noch sagen, ob der Patient an Covid-19 erkrankt oder einfach nur erkältet ist. Das Coronavirus hat damit viel von seinem anfänglichen Schrecken verloren.

Das zeigt sich auch in der Hospitalisierungsrate, also der Zahl ins Krankenhaus eingewiesener Covid-Patienten pro 100.000 Einwohner. Sie liegt derzeit trotz der rasant gestiegenen Infektionszahlen mit 7,1 nur halb so hoch wie zur Weihnachtszeit 2020, als sie ihren bisherigen Höchstwert erreichte. Ein ähnliches Bild zeigen die vom RKI ausgewiesenen Covid-19-Sterbezahlen: Waren es auf dem Höhepunkt der Pandemie um die Jahreswende 2020/21 noch

fast 6.000 Fälle pro Woche, so liegen sie mit zuletzt 1.225 inzwischen nur noch bei rund einem Fünftel.

In dieser Situation sollte man von der Politik klare Entscheidungen erwarten. Kann und will man Corona künftig wie eine normale Grippewelle behandeln? Oder hält man das Virus weiterhin für so gefährlich, daß seine Bekämpfung möglicherweise dauerhafte Eingriffe in die Grundrechte der Bürger rechtfertigt? Beide Ansichten kann man vertreten, aber man kann sie nicht beide gleichzeitig verfolgen.

Die Ampelregierung gibt darauf jedenfalls keine klare Antwort. Einerseits beschwört ihr Gesundheitsminister weiterhin apokalyptische Gefahren. Andererseits schafft er mit dem neuen Infektionsschutzgesetz aber viele Instrumente ab, mit denen diesen Gefahren bisher begegnet wurde. Dazu gehört neben den Kontaktbeschränkungen und "XG+-Regeln" auch die Maskenpflicht in Innenräumen. Dabei war dies neben der Impfung die wirksamste und zugleich einfachste Schutzmaßnahme.

Die Opposition lehnt das neue Infektionsschutzgesetz zwar einhellig ab, jedoch aus ganz unterschiedlichen Gründen. So wollen CDU und Linke lieber weiter im "Team Vorsicht" spielen. Der AfD sind dagegen auch die verbleibenden Eingriffsmöglichkeiten noch zu weitgehend. Dahinter stehen ganz grundsätzliche Weltanschauungen. Denn allein auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse lassen sich solche Entscheidungen nicht treffen.

Es geht ja nicht nur um nackte Zahlen und Fakten, sondern notwendigerweise auch um Wertungen: Wie weit darf - beziehungsweise muß ich vielleicht sogar - dem Bürger erlauben, sich durch sein Verhalten selbst zu schaden? Kann ich überhaupt beurteilen, was für andere Menschen gut oder schlecht ist? Ist wirklich jeder Corona- (oder auch Verkehrs-)Tote einer zuviel? Oder sind die verbleibenden Risiken in Kauf zu nehmen? Sind sie nicht sogar der Preis dafür, in einer unvollkommenen Welt überhaupt noch individuelle Freiheit und Selbstverantwortung aufrechtzuerhalten?

Diese Fragen gehen weit über Corona hinaus. Was aber die aktuelle Pandemie-Situation betrifft, so spricht derzeit vieles für Team Freiheit.

Lauterbachs polemischer Ausruf, man könne nicht ein ganzes Land zum Schutz der unverünftigen Impfverweigerer in Geiselnahme nehmen, stellt die Dinge auf den Kopf. Denn die Gegner der Corona-Impfung wollen ja gerade nicht gegen ihren Willen von jemandem geschützt werden. Und alle anderen wiederum sind bereits bestmöglich geschützt oder könnten es zumindest sein.

Zudem ist inzwischen hinlänglich bekannt, daß auch Geimpfte an Covid erkranken und zudem das Virus auf andere übertragen können. Die Realität ist also komplexer, als es Lauterbachs Schwarzweißaussage suggeriert. Komplexität aber spricht im Zweifel immer für individuelle Entscheidungsspielräume statt für schematische Verordnungen, die sich am Ende sogar oft als kontraproduktiv herausstellen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die "einrichtungsbezogene Impfpflicht", die seit dem 16. März für Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen gilt. Ob sie die vulnerablen Gruppen tatsächlich schützt, steht angesichts der nur eingeschränkten Schutzwirkung der Impfung in den Sternen. Ganz sicher führt sie aber in vielen Fällen zu Personalmangel gerade dort, wo es derzeit am dringendsten gebraucht wird. Warum also nicht der jeweiligen Praxis oder Klinik selbst überlassen, was ihren Patienten am besten dient? Möglicherweise sind dafür regelmäßige Tests und gute Hygienemaßnahmen in manchen Fällen ja besser geeignet als ein vollständig ausgefüllter Impfpaß.

Auch in Gastronomie und Einzelhandel muß nicht alles nach Schema F ablaufen. Niemand ist ja gehindert, dort eine Maske zu tragen und Abstand zu Leuten zu halten, die es nicht tun. Es spricht auch nichts dagegen, entsprechende Vorgaben dem Geschäftsinhaber selbst zu überlassen. Im Wettbewerb wird sich dann schnell herausstellen, wo die Leute gern hingehen und

wohin eben nicht. Jede Art von Fremdgefährdung kann man ohnehin nicht ausschließen, ebensowenig wie im Straßenverkehr oder beim Rauchen. Zero-Covid kann es darum nur um den Preis von Zero-Freiheit geben. Ob wir das wollen, müssen letztlich die Wähler entscheiden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum ist Volkswirt und lehrte von 1995 bis 2020 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 6. April 2022 (x1.124/...):

>>Kritische Richter und Staatsanwälte: Mit Impfpflicht tötet der Staat vorsätzlich Menschen

Das "Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte" (KRiStA) wendet sich kurz vor der Abstimmung im Bundestag erneut vehement gegen die drohende allgemeine Impfpflicht. In einem offenen Brief appellieren die Juristen eindringlich an die Bundestagsabgeordneten, einen solchen Erlaß nicht zu beschließen. Da es mit Sicherheit zu Todesfällen durch die Impfpflicht komme, töte der Staat vorsätzlich Menschen, um angeblich andere zu retten.

Das verstoße fundamental gegen das Grundgesetz. Die vergangenen beiden Jahre seien schon durch steinbruchartige Verletzungen der Verfassung geprägt. Es falle schwer, die Rechtsrealität noch unter den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fassen. Hier der Offene Brief im Wortlaut (hl):

"Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,

mit den Gesetzentwürfen und dem Antrag für eine Impfpflicht gegen COVID-19 liegt vor Ihnen eine historische Abstimmung. Diese will wohlüberlegt sein.

Ihnen werden sich viele Fragen stellen. Weiß ich genug, um fundiert entscheiden zu können? Bringt eine Impfpflicht noch etwas? Ist sie rechtlich zulässig? Folge ich meinem Gewissen oder - vielleicht mit Blick auf die namentliche Abstimmung - der Fraktionslinie?

In rechtlicher Hinsicht sei zusammengefaßt: Die Einführung einer wie auch immer gearteten Impfpflicht mit den neuen COVID-19-Impfstoffen - sei sie auch auf bestimmte Gruppen beschränkt oder auf "Vorrat" - ist mit dem Grundgesetz und bindenden Normen des Völkerrechts nicht vereinbar.

Eine vertiefte Darstellung nicht nur der in diesem offenen Brief angeführten Umstände finden Sie in unserer Stellungnahme an den Gesundheitsausschuß vom 17. März 2022, die den Fraktionen bereits vorliegt und auch auf unserer Website abrufbar ist.

Halten Sie sich bitte die gegenwärtige absurde Situation vor Augen, die noch vor zwei Jahren völlig indiskutabel gewesen wäre: Der Staat will Millionen von Menschen dazu zwingen, sich ein Medikament injizieren zu lassen, welches im Einzelfall schwere Nebenwirkungen haben kann und das bis 2023/2024 noch immer in einer medizinischen Studienphase ist. Man hat noch keine volle Kenntnis über kurz- und mittelfristige und keinerlei Kenntnis über langfristige Nebenwirkungen. Die Entwicklung eines sicheren Impfstoffs braucht sonst mehr als zehn Jahre. Mit den mRNA-Impfstoffen haben wir gar ein völlig neues Wirkprinzip.

Fest steht: Die Impfung verursacht sogar Todesfälle. Die Zahlen sind alarmierend. Das Paul-Ehrlich-Institut verzeichnet in seinem aktuellen Sicherheitsbericht bislang 2.255 Verdachtsfallmeldungen über einen tödlichen Ausgang der Impfung. Kürzlich hat auch das Bundesverfassungsgericht mögliche Todesfolgen in seiner Entscheidung zur einrichtungsbezogenen Nachweispflicht gesehen. Aufgrund der Vielzahl der Betroffenen ist sicher, daß unter ihnen allein wegen dieses staatlichen Zwangs Todesfälle zu beklagen wären.

Rechtlich auf den Punkt gebracht: Mit dem Erlaß dieser Impfpflicht tötet der Staat vorsätzlich Menschen!

Die grundlegende Frage, ob Tötungen von unschuldigen Menschen gerechtfertigt sein könnten, um andere Rechtsgüter zu schützen, hat das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf das Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie

des Art. 1 Abs. 1 GG in seinem wegweisenden Urteil zum Luftsicherheitsgesetz klar verneint: "Eine solche Behandlung mißachtet die Betroffenen als Subjekte mit Würde und unveräußerlichen Rechten. Sie werden dadurch, daß ihre Tötung als Mittel zur Rettung anderer benutzt wird, verdinglicht und zugleich entrechtlicht; indem über ihr Leben von Staats wegen einseitig verfügt wird, wird den als Opfern selbst schutzbedürftigen Flugzeuginsassen der Wert abgesprochen, der dem Menschen um seiner selbst willen zukommt."

Nichts anderes gilt für eine Impfpflicht mit drohenden Todesfolgen. Die Betroffenen werden als Objekt behandelt. In ihnen wird lediglich eine Gefahr für andere gesehen, die es auszuschalten oder zu reduzieren gilt. Eine Impfpflicht mit den gegenwärtig zugelassenen COVID-19-Impfstoffen ist daher mit dem Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG unvereinbar. Die drohenden Todesfälle und der noch immer experimentelle Charakter der neuen Impfstoffe führt auch zur Verletzung von Art. 2, 3, 8 der EMRK und Art. 6, 7, 17 des UN-Zivilpaktes.

Zudem mangelt es grundlegend an der Verhältnismäßigkeit einer Impfpflicht. Unter anderem die Rechte auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG), die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG) wären daher auch verletzt. COVID-19 liegt in der Fallsterblichkeit jedenfalls nunmehr im Bereich der Influenza. Die Impfung verschafft keine Herdenimmunität und reduziert die Infektiosität - wenn überhaupt - nur unwesentlich, bietet also keinen rechtlich relevanten Fremdschutz.

Sie schützt weder vor Infektion noch sicher vor schweren Verläufen. Eine systemische Überlastung des Gesundheitssystems hat zu keinem Zeitpunkt der Pandemie vorgelegen und droht absehbar auch nicht in Zukunft. Ohnehin darf ein Gesetz "auf Vorrat" für einen solchen möglicherweise in der Zukunft eintretenden Fall nicht beschlossen werden.

Die vergangenen beiden Jahre sind geprägt durch steinbruchartige Verletzungen unserer Verfassung. Bei unbefangener Betrachtung fällt es schwer, die Rechtsrealität noch unter den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fassen.

Wir appellieren an Sie: Handeln Sie jedenfalls jetzt nicht ideologisch-aktionistisch, sondern rational und in den Grenzen des Rechts (Art. 20 Abs. 3 GG)! Unsere Nachbarn machen es uns vor.

Berlin, den 2. April 2022

Ihr Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/22" berichtete am 8. April 2022 (x1.387/...):

>>**Zeitschriftenkritik: Tumult**

Corona-Politik und Klima-Aktivisten

Werner Olles

In der Frühjahrsausgabe von Tumult, der "Vierteljahresschrift für Konsensstörung", zieht Norbert Müller "Drei Lehren aus der Corona-Politik":

1. Die Institutionen der Global Governance erlebten einen rasanten Machtzuwachs, der die Erosion der demokratischen Souveränität, insbesondere der EU-Staaten, beschleunigt habe. In der Corona-Pandemie vollziehe sich der Übergang zu einer autoritären Staatsform.

2. Die Einführung des globalen digitalen Impf-Identitätsausweises bedeute, daß die Global Governance-Elite den Nationalstaat entmachtet habe, so daß er nicht länger Herr über die Identitätsdokumente seiner Bürger sei.

3. Der globale Kapitalismus könne nicht mehr als liberale Dominanz der Finanzmärkte beschrieben werden. Zudem habe die Globalisierung an Bedeutung verloren, seitdem die Welt geopolitisch mit China geteilt werde, auch der Kollektivismus sei nicht mehr verpönt, wie man an der "Fridays for Future-Bewegung" sehe. Wie Klaus Schwab, der die "Prophetin" Greta nach Davos einlud und eine Zukunft ohne Eigentum versprach, agiere auch Black-Rock-

Führer Larry Fink als begeisterter Klimaschützer und befürworte staatlichen Dirigismus in der Klimapolitik.

Die Literaturwissenschaftlerin Bettina Gruber beschreibt die "Kleine Phänomenologie der Klimaaktivisten". Als einen der größten Fehler des "selbstzufriedenen Liberalkonservatismus" bezeichnet sie das Leugnen der realen Probleme des Klimawandels, die nicht mit den "Weltuntergangphantasien" der neuen Umweltbewegungen verwechselt werden dürften. Die handfesten Interessen im Hintergrund seien indes nicht verborgen geblieben.

So hätten die Grünen in Deutschland Gelder von großen US-Firmen erhalten, beispielsweise von der amerikanisch-niederländischen IT-Firma "Elastic", die mit der US-Armee zusammenarbeite, und der Vater der Klima-Ikone Greta mache mit seinen Firmen ein Riesengeschäft mit CO₂-Zertifikaten. Tatsächlich sei der Klimadiskurs längst ein kapitalismuskompatibler Herrschaftsdiskurs.

Daß etwa Klimaaktivisten wie "Bauchrednerpuppen" oder "Spieluhren" klingen, "die einen sehr bescheidenen Schatz an Melodien abspielen", scheine jedoch nicht weiter aufzufallen. Gruber vergleicht sie mit den Achtundsechzigern, die gegen ein System opponierten, das ihnen zwar wenig Widerstand entgegengesetzte, doch seien sie im Gegensatz zum "offenbar nützlichen Scheinrebellentum" der heutigen "Protestbewegung" in kein Zusammenspiel mit den Herrschenden verstrickt gewesen.

Weitere Beiträge befassen sich unter anderem mit dem "Deutschen Ethikrat" (Harald Seubert), dem "Maßnahmenstaat und seinen Freunden" (Henry Krause) sowie dem "Rassismus der Antirassisten" (Evelyn Lauterberg).<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/22" berichtete am 15. April 2022 (x1.387/...): >>**Sie wollen nicht aufgeben**

Corona: Der Bundestag lehnt die Impfpflicht ab / Eine Rückkehr der Debatte ist jedoch nicht ausgeschlossen

Michael Paulwitz

Die Vernunft hat einen Etappensieg im Deutschen Bundestag errungen. In einem denkwürdigen Abstimmungsmarathon hat keiner der Anträge, mit denen Gruppen von Abgeordneten willkürlich ausgewürfelte Teile der Bevölkerung einem erpresserischen Zwang zur Impfung gegen das Coronavirus Sars-CoV-2 unterwerfen wollten, eine Mehrheit erhalten.

Eine Sternstunde des Parlamentarismus war es indes nicht. Bei aller berechtigten Genugtuung der nach Hunderttausenden zählenden unbequemen "Spaziergänger", die durch ihren beharrlichen Protest und Widerstand fraglos den Ausschlag für die gefallene Entscheidung gegeben haben, bleibt der zurückgelassene ethische Flurschaden doch beträchtlich.

Ein substantieller Teil der Volksvertreter war bereit, sich über alle sittlichen, rechtlichen, medizinischen Bedenken hinwegzusetzen, um die rote Linie eines weitreichenden und pauschalen Grundrechtseingriffs zu überschreiten. Schon die Tatsache, daß überhaupt ein Gesetzentwurf formuliert und eingebracht werden konnte, der das zentrale Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit mit einem einfachgesetzlichen Federstrich dem Belieben der Exekutive ausliefern würde, läßt anhaltendes Unbehagen zurück.

Wie auf dem Basar hatten die Impfpflicht-Verfechter zuvor gefeilscht, ob alle Erwachsenen, nur die über 50jährigen, oder doch die über 60jährigen - und alle anderen irgendwann später - zu einem lediglich bedingt zugelassenen mRNA-Impfstoff genötigt werden sollten, der weder vor Ansteckung noch vollständig vor schweren Krankheitsverläufen schützt. Für die "Gesichtswahrung" von Politikern, die sich ideologisch verrannt haben, ist das ein hoher Preis. Zudem erhielten die beiden Anträge der AfD und einiger Abgeordneter um FDP-Vize Wolfgang Kubicki, die eine Impfpflicht grundsätzlich ablehnen, eine klare Abfuhr. Das Thema ist also noch nicht vom Tisch.

Von einer Rückkehr zur Normalität, wie sie die überwiegende Mehrzahl unserer Nachbarstaa-

ten anstrebt, ist die immer noch wichtigste Volkswirtschaft Europas daher weit entfernt. Auf dem aberwitzigen Sonderweg in der Corona-Politik, der eine breite Spur der finanziellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verwüstung durch das Land gezogen hat, bedeutet das von den Fraktionen freigegebene Votum der Bundestagsabgeordneten lediglich eine Verschnaufpause.

In der Erleichterung über das vorläufige Scheitern einer fraglos verfassungswidrigen allgemeinen Impfpflicht wird gern übersehen, daß die nicht minder problematische einrichtungsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegewesen nach wie vor in Kraft ist. Während jene wenigen europäischen Staaten, die damit experimentiert hatten, sich längst wieder eilig aus dieser Sackgasse zurückziehen, sind es hierzulande nur einzelne Stimmen, die dazu aufrufen.

Dabei ist es - neben anachronistischen "Quarantäne-Vorschriften", die auch gesunde, aber zufällig "positiv" getestete Menschen wochenlang von ihrem Arbeitsplatz fernhalten - gerade die bevormundende Impfpflicht, die Fachkräfte in Scharen vertreibt und dadurch für anhaltende Personalengpässe im medizinischen Sektor verantwortlich ist.

Insgesamt fast 82.000 Ungeimpfte aus medizinischen Berufen wurden bislang den Gesundheitsämtern in zehn Bundesländern gemeldet. Von einer außergewöhnlichen Belastung der Krankenhäuser durch schwer an Covid-19 Erkrankte kann dagegen keine Rede sein, wenn es eine solche Überlastung denn je gab. Die Rate der Atemwegsinfektionen bei Kindern und Erwachsenen liegt aktuell "im Bereich der Werte der vorpandemischen Jahre", muß selbst RKI-Chef Lothar Wieler öffentlich zugeben.

Das hindert den erratischen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und insbesondere die hartgesottenen Anhänger einer autoritären "Null-Covid-Politik" nach chinesischem Vorbild nicht daran, die zur Heilslehre hochstilisierte Impfpflicht trotz der soeben eingefahrenen deren Niederlage mit sektiererischem Eifer weiterzuverfolgen.

Die Tonlage erinnert an den Fanatismus von Glaubenskriegern. Jung-Grüne ergehen sich in Weltuntergangsklagen, ein SPD-Abgeordneter sieht im Beifall der von der präsidierten Genossin miesepetrig zurechtgewiesenen AfD-Kollegen für das Scheitern des Impfpflicht-Gruppenantrags das "Jubeln" von "Faschisten". Lauterbach und seine Gefolgschaft ergehen sich bereits in Rachephantasien für den Abstimmungs-Mißerfolg, drohen mit der Wiederkehr der Maskenpflicht und neuen "Lockdown-Strafen" im Herbst.

Daß Lauterbach sich an die Impfpflicht klammert, ist nachvollziehbar. Eine beispiellose Serie von Fehlleistungen, Unwahrheiten und grotesken Selbstwidersprüchen macht ihn kaum vier Monate im Amt nach Anne Spiegel (Grüne) zum nächsten Rücktritts- oder Entlassungskandidaten des an Fehlbesetzungen nicht armen Ampel-Kabinetts.

Zudem hat er eine absurde Überbestellung von zig Millionen Impfdosen zu verantworten, von denen ein beträchtlicher Teil schon bald mit Milliarden Schaden zu verfallen droht. Lauterbachs Stützungsprogramm für den Kurs der Aktie des Impfstoffherstellers Biontech, mit dem die Bundesregierung Liefervereinbarungen über Jahre hinaus geschlossen hat, wird den Steuerzahler noch teuer zu stehen kommen. Bis Ende Juni werden immerhin mehr als zehn Millionen Dosen ihr Verfallsdatum erreichen.

Auch nach zwei Jahren Pandemie-Politik fehlt weiter jede objektive Datengrundlage. Statt evidenz- und faktenfrei von neuen und noch gefährlicheren "Wellen" zu orakeln, wäre eine kritische Gesamtbewertung der weitgehend auf Stimmungen, Gefühltem und Spekulationen gebauten Maßnahmen-, Masken- und Impf-Politik überfällig.

Auch Bundeskanzler Scholz müßte nach den Regeln politischer Redlichkeit jetzt die Vertrauensfrage stellen, hat er doch die Impfpflicht selbst zu seinem Projekt erklärt und damit den dreistesten Bruch eines Wahlversprechens der neueren deutschen Parteiengeschichte zu verantworten. Seine Ansage, es werde keinen neuen Anlauf dafür geben, ist vor diesem Hinter-

grund wenig glaubwürdig.

Der Druck für einen solchen politischen Kassensturz ist noch immer nicht groß genug. Zugleich steuert Deutschland durch die Fehlsteuerungen der letzten Jahrzehnte angesichts von Ukraine-Krieg, Energiekrise und neuen Migrationsströmen in einen umfassenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergang, der eine Neuauflage der Impfpflicht-Debatte in der zweiten Jahreshälfte als Randproblem erscheinen lassen könnte. Eine ermutigende Aussicht ist das nicht.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 21. April 2022 (x1.132/...):
>>**Die staatlich gelenkte Gesellschaft als Maschine**

Wir erleben gegenwärtig in der Corona-Krise, wie der alles Leben der Menschen umfassende und reglementierende Staat diese immer mehr ihrer freiheitlichen Grundrechte beraubt und sie zu bloßen Funktionsträgern einer gesellschaftlichen Maschine erniedrigt, ohne relevanten eigenen Willen.

Da alles menschliche Handeln aus inneren Vorstellungen und Motiven hervorgeht, müssen die Ursachen für diese totalitäre Entwicklung auch im Inneren des Menschen gesucht werden. Dabei zeigt sich die überraschende Tatsache, daß gerade in den Vorstellungen der naturwissenschaftlichen Medizin über den Menschen, aus denen die Corona-Hype hervorgeht, die Ursachen der entmenschlichenden gesellschaftlichen Strukturen zu finden sind.

Kein Geringerer als der weithin bekannte Psychoneuroimmunologe Prof. Christian Schubert von der Medizinischen Universität Innsbruck machte in einem Interview mit dem Multipolar-Magazin am 6. März 2022 1 auf diesen Zusammenhang aufmerksam.

Selbst in der Schulmedizin gründlich ausgebildet, kritisierte er scharf ihre grundlegenden erkenntnistheoretischen Irrtümer. Durch eine willkürliche Erkenntnisverengung betrachte und behandle sie den menschlichen Körper praktisch wie eine Maschine, und der eigentliche seelisch-geistige Mensch, der mit dem materiellen Körper verbunden ist, bleibe außen vor, werde überhaupt nicht berücksichtigt. Die Behandlung des Menschen als eine rein stoffliche Maschine führe aber auch zu einer Gesellschaft, die wie eine Maschine funktioniere.

Bedingungen maschineller Lenkung

Mit der "Maschine Mensch" habe ich mich in einem vorigen Artikel bereits gründlich befaßt. Hier nun möchte ich die weiteren Ausführungen Prof. Schuberts betrachten, die sich auf die Folgen dieser "Maschinen-Medizin" für die Gestaltung der Gesellschaft beziehen, wie sie gerade in der gegenwärtigen Corona-Krise sichtbar geworden sind.

Prof. Schubert führte aus, daß es in der Psychiatrie als Problem neben dem sexuellen und dem körperlichen Mißbrauch die Form des "emotionalen Mißbrauchs" gebe. Dieser werde in der Corona-Krise von Medizin, Regierung und Medien, einem "Trio Infernale", angewendet, "indem Menschen offensichtlich bewußt in Angst und Panik versetzt werden und bei ihnen innerhalb der letzten zwei Jahre chronischer Streß verursacht wurde. Und das hört nicht auf.

Es ist von Beginn an immer wieder bis heute ein bestimmtes Narrativ bedient worden, das Narrativ: Es gibt ein Killervirus, Ihr müßt davor Angst haben und könnt die Gefahr nur beseitigen, wenn Ihr Euch impfen laßt. Diese drei Aspekte 'Killer-Virus, Angst und Impfung' hängen direkt miteinander zusammen und prägen das Narrativ der COVID-19-Krise."

Damit sei gezielt eine Massenpsychose bei den Menschen erzeugt, diese traumatisiert und mißbraucht, also von außen gesteuert worden. Man müsse sich aber auch fragen: "Wie kann es passieren, daß eine so große Masse von Menschen wie gleichgeschaltet in eine Richtung geht und selbst die schlimmsten Folgen für ihre Gesundheit - wo es auch um die Einschränkung der Lebenserwartung geht, um langfristige Kollateralschäden, auch durch die Impfung gegen Covid -, offensichtlich kritiklos annimmt?"

Dazu müsse man sehen, daß sich ein großer Teil unserer Gesellschaft schon seit Jahrzehnten in einem Prozeß der Entfremdung befinde, aufgrund von spätkapitalistischen und neoliberalen

Entwicklungen in der Gesellschaft, von Werten, die wenig mit Menschsein und Leben zu tun haben, sondern mit Leistung, Geld und Wirtschaftswachstum. Das alles seien Entwicklungen, die letzten Endes eine kranke Gesellschaft und damit auch kranke Menschen erzeugten.

Seit Jahrzehnten könne man die Zunahme von sozialer Isolation beobachten, die eine Grundbedingung sei für die nun bei Covid-19 auftretende Massenpsychose. Die Menschen hätten schon lange vielfach wenig Kontakt untereinander. Sie lebten häufig isoliert, hätten kaum Freunde, Familien zerbrächen immer öfter. Großfamilien gebe es weniger oder gar nicht mehr. Außerdem sei eine weitere Bedingung die Bedeutungslosigkeit, die Wertlosigkeit, Sinnlosigkeit in unserer Gesellschaft.

Viele schleppten sich nur in ihren Job, sähen in ihren beruflichen Tätigkeiten keinen Sinn mehr. Michel Foucault habe es klar formuliert: "Unsere Gesellschaft ist wie eine Maschine, ein Wachstumsmotor. Wir müssen diesen Wachstumsmotor am Laufen halten, sonst kommt es zur Katastrophe." Also es gehe um die Maschine Gesellschaft, die Maschine Mensch.

"Da sind wir wieder bei der Maschinen-Medizin oder Maschinen-Ideologie unserer Kultur. Da erzähle ich auch nichts Neues. Das heißt, Sinn und Bedeutungslosigkeit, Menschlichkeit fehlen. Beziehung fehlt. Es vermischen sich soziale Isolation und Bedeutungslosigkeit. Jeder, der ein liebender Elternteil ist, weiß um Beziehung und Bedeutung, daß das eins ist und einen sowohl gesund halten kann als auch krankmachen kann. Also Soziales als Lebenselixier, Bedeutungselixier."

Und aus sozialer Isolation und Bedeutungslosigkeit nun entwickelten sich diffuse Ängste. "Wir wissen aus vielen Studien, daß in den letzten Jahrzehnten Angst-Erkrankungen massiv gestiegen sind. Mit Angst ist sehr häufig auch die Depressivität vergesellschaftet. Also wir hatten es bereits vor Covid-19 mit einer gefährlichen Zunahme der psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft zu tun.

Jeder Fünfte hat mittlerweile eine Angst-Erkrankung. Da sind wir schon bei einem hohen Prozentsatz. Dann geht es nicht nur um die Angst, sondern wir haben als weitere Bedingung für die gegenwärtige Covid-19-Massenpsychose auch Frust und Aggression."

Maschine Mensch - Maschine Gesellschaft

Wir sehen, Prof. Schubert weist auf einen engen Zusammenhang hin zwischen der Vorstellung des Menschen als Maschine in der Medizin und der Gestaltung des gesellschaftlich-staatlichen Lebens als Maschine.

Der Mensch als eine subjektive Maschine findet sich auch in der Gesellschaft als jemand wieder, der seelenlos behandelt wird, insbesondere auch in der Wirtschaft, und dies führt zur Gestaltung des gesellschaftlich-staatlichen Lebens insgesamt als Maschine, in welcher der Mensch nur die Rolle eines funktionierenden Teiles zu spielen hat.

Das zentrale Steuerungselement der gesellschaftlichen Maschine ist der "emotionale Mißbrauch" von Angst und Panik durch Staat und Medien, die das geistige Ich des Menschen lähmen, per Massenpsychose in eine irrealen Welt versetzen und für die zentralen Anordnungen gefügig machen.

Die materialistische Schulmedizin hält das Seelisch-Geistige des Menschen von der Betrachtung und Behandlung des physischen Körpers - in völlig unwissenschaftlicher, dogmatischer Weise - völlig getrennt, als habe es mit ihm - sofern es überhaupt noch als eigene Realität anerkannt wird - nichts zu tun. Das Seelisch-Geistige ist aber der eigentliche Mensch, der sich in seinem physischen Leibe lediglich einen materiellen Ausdruck, ein Kleid schafft, in dem er auf Erden leben und wirken kann.

Der Körper, isoliert für sich betrachtet, kann aus materialistischer Ideologie heraus nur als Maschine aufgefaßt werden. Diesem Zellhaufen kommt aber keine personelle Identität, keine autonome Individualität zu, die ihr Leben aus eigener Erkenntnis selbstbestimmt gestalten kann.

Damit ist aber schon jeder demokratischen Gesellschaftsform, die auf dem freien, sich selbst bestimmenden Bürger aufbaut, die innere Grundlage entzogen. Die Demokratie hat sich in der europäischen Geistesgeschichte nicht als das Streben eines "maschinellen" Körpers, sondern des menschlichen Geistes nach Freiheit und Selbstbestimmung herausgebildet. Die freiheitlichen Grundrechte des Grundgesetzes sind Rechte des menschlichen Geistes, die er bereits in seiner embryonalen Lage im Gepäck hat.

Die Würde des Menschen, von der alle anderen Grundrechte letztlich abgeleitet sind, ist nicht die Würde der Materie, sondern die Würde des geistigen Wesens Mensch, der sich aus eigener Erkenntnis selbst bestimmen kann, eine Würde, an der auch der Körper als sein Instrument im Recht auf körperliche Unversehrtheit Teil hat.

In der Auffassung des menschlichen Körpers als Maschine hat das Seelisch-Geistige, der eigentliche Mensch und Träger einer freiheitlichen Lebensform, keinen Platz. Maschine ist der Inbegriff gesetzmäßiger, notwendiger Abläufe, die von außen gesetzt werden. Ein Zusammenwirken von menschlichen Maschinen kann folglich auch nur zu einer großen gesellschaftlichen Maschine führen, in die sie zusammengeführt und nach notwendigen Gesetzen von außen gesteuert werden. Die materialistische Auffassung des Menschen zerstört die Demokratie von innen. Materialismus mündet notwendig in den gesellschaftlichen Totalitarismus.

Und er führt den Menschen innerlich in die seelische Leere, in das Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens, da ja rein materielle Prozesse als solche nicht sinnvoll über sich hinausweisen. Sie können Sinn und Bedeutung nur aus dem Geiste erhalten, dem der Mensch wesenhaft angehört. Dieser aber wird negiert.

Und so kann es gar nicht anders sein, daß Menschlichkeit, sofern sie noch traditionell lebt, immer mehr auf dem Rückzug ist, menschliche Beziehungen verarmen und Isolation, Angst und Depression sich ausbreiten. Der Materialismus macht den Menschen von innen krank, er ist die zentral zerstörerische Psychopathologie seiner Existenz. Und er treibt gesellschaftlich die Soziopathologie des Totalitarismus hervor, der den Menschen von außen außer Kraft setzt und seine innere Zerstörung verstärkt.

Der Mechanismus der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat die Zusammenhänge exemplarisch an die Oberfläche gebracht. Von einer extrem materialistischen Wissenschaftsrichtung wird in Zusammenarbeit mit der Führung des Staates propagiert, ein quasi nicht wahrnehmbares Virus dringe von außen in die Menschen, also die menschlichen Maschinen, ein und löse gleichsam automatisch eine schwere Krankheit, einen großen Schaden aus. Von jedem Menschen könne ein Virus auf jeden anderen überspringen und ihn so anstecken. Unter Übertragung monokausalen Denkens aus der anorganischen Natur, wo es berechtigt ist, auf den menschlichen Organismus wird ein Ursache-Wirkungs-Mechanismus behauptet, der die ganze Gesellschaft erfaßt.

Da in jedem Menschen ein potentieller Virus-Träger gesehen wird, muß jeder vor jedem geschützt werden. Dies erfordert eine zentrale Außensteuerung aller Menschen, indem ihr Verhalten durch Maßnahmen geregelt werden muß: Verpflichtung zum Abstandhalten und Maskentragen, Einschränkungen bzw. Verbote von Versammlungen, Veranstaltungen und Schließungen von Lokalen und Geschäften, Isolation nicht nur von Erkrankten, sondern von "nachgewiesenen" Virus-Trägern, die bereits als "Infizierte", also Quasikranke bezeichnet werden.

Die einzige Rettung wird schließlich in der Impfung aller mit einem schnell entwickelten Medikament gesehen, welche mechanisch das Virus als Ursache ausschalten soll, wozu propagandistisch ein wachsender gesellschaftlicher Druck bis zur Impfpflicht aufgebaut und damit jede Bestimmung des Menschen über sich selbst beseitigt wird.

Jede individuelle Willensentscheidung des einzelnen Menschen wird systematisch ausgeschlossen, die menschliche Individualität als gesellschaftlich relevante Instanz aufgehoben. Sie ist nur noch Teil einer Masse, die gemeinsam von außen gesteuert wird. Die Mechanik der

Krankheitsentstehung und Ansteckung in einem als Maschine vorgestellten menschlichen Körper ergreift konsequent die gesamte Gesellschaft, die als große Maschine Verhalten und Handeln der Menschen unisono reglementiert und automatisiert.

Menschliche Beziehungen und Kontakte werden eingeschränkt, Isolation und Vereinsamung nehmen zu. Das Gefühl der Sinn- und Aussichtslosigkeit führt zu Depressionen, verschlimmert andere Krankheiten und läßt sogar Jugendliche zunehmend den letzten vermeintlichen Ausweg im Suizid suchen.

Die Ideologie des Materialismus wird hier in ihrer zersetzenden und zerstörerischen Wirkung in Medizin und Gesellschaft offenbar. Der Ausgang liegt in der materialistischen Schulmedizin, die sich, wie Prof. Schubert in dem Interview konstatierte, "in der Covid-Krise in ihrer menschenentfremdeten Form sehr offenbart und sich damit auch selbst an die Wand geknallt (hat)."

Es ist ja im Grunde erstaunlich, wie die freiheitlich demokratischen Grundrechte des aus den Erfahrungen des Totalitarismus geborenen Grundgesetzes von Politik und Justiz in kürzester Zeit über Bord geworfen und totalitäre Verhältnisse geschaffen und rechtlich sanktioniert wurden. Dies zeigt, daß die Vorstellung vom Menschen als eines sich selbst bestimmenden geistigen Wesens bei diesen "Eliten" nur eine äußerliche, oberflächliche Theorie gewesen ist, die von der tiefer und wirksamer im Gefühl verankerten materialistischen Auffassung vom Menschen als rein stoffliche Maschine rasch über Bord geworfen werden konnte.

Der Obrigkeitsstaat

Diese verheerende Entwicklung konnte nur durch die Macht des Staates durchgesetzt werden, der noch immer als Obrigkeitsstaat der freien selbstbestimmten Individualität übergeordnet ist und die Möglichkeit hat, sie in allen Lebensbereichen per Gesetz von außen zu steuern. Und dieser Staat wird von wirtschaftlich-politischen Interessengruppen beherrscht, die, als privilegierte Parteien organisiert, die Gewaltenteilung aufgehoben haben, indem die jeweils herrschende Partei alle drei Gewalten gleichzeitig personell bestimmt.

Das gesamte Gesundheitswesen ist der staatlichen Verwaltung eingegliedert und untergeordnet. Das bedeutet, daß dort tätige Mediziner nicht ausschließlich ihrer freien Erkenntnis der Wahrheit verpflichtet sind, sondern letztlich politisch-tangierten Anordnungen ihrer staatlichen Vorgesetzten folgen müssen, die ebenso für alle praktisch tätigen Ärzte gelten.

Aber schon die Ausbildung der Mediziner unterliegt der staatlichen Bevormundung. Sie müssen an staatlich organisierten und finanzierten Hochschulen bei vom Staat ausgewählten, eingestellten und finanziell abhängigen Professoren studieren. Auf diese Weise wird bereits eine ganz bestimmte medizinische Richtung, nämlich die materialistisch-naturwissenschaftliche favorisiert und für allein maßgebend erklärt, die deshalb anmaßend auch als "Schulmedizin" bezeichnet wird, womit alle anderen als minderwertige Randerscheinungen von zweifelhaften Minderheiten abgewertet werden.

Dabei spielen starke Interessen der Wirtschaft eine große Rolle, die vornehmlich über die Parteien in die staatlichen Organisationen einfließen. Denn die ungeheuren Profite der Pharmaindustrie beruhen überwiegend auf Produkten im Sinne der materialistischen Medizin. So besteht eine starke Verflechtung von Wirtschaft, Staat und Medizin, eine Verflechtung, die sich zu einem undurchdringlichen korrupten Gestrüpp ausgewachsen hat.

Real durchgesetzt können alle Interessen nur durch die staatliche Gesetzes- und Verordnungsmacht werden, weshalb sich zusätzlich um den Flaschenhals der Parlamente die Fliegenschwärme der Lobbyisten versammeln, um noch bis ins Detail Einfluß zu nehmen.

Was nottut

Es ist offensichtlich, daß dieses manipulative Geflecht von Staat, Medizin und Wirtschaft dringend aufgelöst werden muß. Dies kann nur dadurch geschehen, daß als erstes das Gesundheitswesen und die medizinische Wissenschaft, ja die gesamte Wissenschaft und Bildung aus

dem Staat herausgelöst und als eigenständige, vom Staat unabhängige Organisation der eigenen Selbstverwaltung übergeben werden. Wissenschaftler, praktisch tätige Ärzte und Lehrer aller Schulstufen dürfen nur ihren eigenen Wahrheitserkenntnissen und nicht direkt oder indirekt staatlichen Normen und wirtschaftlichen Interessen verpflichtet sein.

Dies ist nur in einer von Staat und Wirtschaft unabhängigen Organisation eines in sich selbst gegründeten, freien Geisteslebens möglich, in der alles auf die selbst erkennende, schöpferische Individualität gegründet ist, die ihre Tätigkeit mit anderen koordiniert.

In einem solchen freien Geistesleben stünden die verschiedensten Wissenschaftsansätze in einem freien Wettbewerb miteinander, in dem keine obrigkeitliche Instanz, sondern allein ihre wissenschaftliche Qualität und ihre praktische Fruchtbarkeit über ihre Gültigkeit entscheidet. Da würde sich schnell herausstellen, ob eine rein auf die Materie reduzierte Wissenschafts-Ideologie mit ihren entmenschlichenden, zerstörerischen Auswirkungen für Mensch und Gesellschaft ohne Schutz, Förderung und Absicherung durch die staatliche Macht weiter als maßgebende "Schulmedizin" gelten könnte.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22346" berichtete am 24. April 2022 (x1.138/...): >>**Droht nun eine Impfpflicht durch die WHO?**

Interview mit *Christof Plothe*

Die Impfpflicht in Deutschland ist nun vom Tisch. Viele Menschen sind erleichtert und voller Gewißheit, daß dieses Thema bei uns erledigt ist. Doch nun droht eine Impfpflicht durch überstaatliche Strukturen. Auf1.TV führt ein Interview mit Christof Plothe über den Pandemievertrag der WHO, der grade in Vorbereitung ist. Nachdem nun eine allgemeine Impfpflicht, wie in den meisten Ländern der Welt, auch im deutschen Parlament gescheitert ist, könnte man meinen, das Thema sei vom Tisch. Doch weit gefehlt, denn unbemerkt von der Öffentlichkeit, ist eine globale Impfpflicht in Vorbereitung.

Durch die WHO wird derzeit ein Pandemievertrag erarbeitet, der die Herrschaft auf medizinischem Gebiet allein in die Hände der WHO legen soll - deren undurchsichtige Strukturen und private Finanzierungen durch die GAVI (Die Impfallianz Gavi ist eine öffentlich-private Partnerschaft mit dem Ziel, Menschen in Entwicklungsländern durch Impfungen gegen vermeidbare Krankheiten zu schützen.) und Bill Gates schon in der Vergangenheit für viel Kritik sorgten.

Doch welche medizinischen Kompetenzen qualifizieren die WHO überhaupt für solch einen globalen Vertrag? Dieser Vertrag würde die Souveränität der Länder aushebeln und stattdessen die WHO über alle medizinischen Belange bestimmen lassen, über alle Gesetze und Verfassungen der Länder hinweg.

Diese Frage stellen sich Wissenschaftler, Ärzte, Juristen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus 50 Ländern, die sich zum Weltgesundheitsrat, dem World Council For Health (WCH) zusammengeschlossen haben. Sie beklagen das undemokratische Zustandekommen des Vertrages und die Machtkonzentration in privaten Händen.

Sie sind der Meinung, daß es der WHO nicht um Heilung geht - dies hat ihr Vorgehen bei der Schweinegrippe und in der Corona-Pandemie bereits eindeutig gezeigt. Der Fokus läge vielmehr auf dem Management von Krankheiten und ziele auf eine Abhängigkeit der Menschen von der Pharma-Industrie und damit letztendlich auf die globale Gesundheitsdiktatur und Totalüberwachung.

Es ist doch nur eine Maske! Es sind doch nur drei Wochen! Es ist doch nur wegen der Krankenhäuser! Es ist doch nur kurz, dann machen alle Läden wieder auf! Es ist doch nur ein Test! Es ist doch nur eine App! Es ist doch nur, daß wir wissen, mit wem Sie Kontakt hatten! Es ist doch nur eine vorübergehende Betriebsschließung! Es ist doch nur um nach zu verfolgen, wo Sie wann waren! Es ist doch nur, bis wir eine Impfung haben!

Es sind doch nur ein paar Reiseunterlagen mehr! Es ist doch nur eine digitale Akte mit medi-

zinischen Informationen! Es sind doch nur ein paar Monate mehr! Es ist doch nur, bis alle geimpft sind! Es sind doch nur ein paar Nebenwirkungen! Es ist doch nur ein grüner Ausweis! Es ist doch nur ein Armband! Es ist doch nur, fürs Reisen! Es ist doch nur für die Arbeit!

Es ist doch nur, weil wir uns sonst von Ihnen trennen müssen! Es ist doch nur ein Bluttest! Es ist doch nur ein Chip! Es ist doch nur ein Heim! Es ist doch nur das Beste für die Kinder! Es ist doch nur, weil sie bei Ihnen nicht sicher sind! Es ist doch nur, bis Sie zur Einsicht kommen! Es sind doch nur noch ein paar Jahre! Es ist doch nur, weil Sie uns aufgefallen sind! Es ist doch nur für eine Befragung! Es ist doch nur, weil uns Erkenntnisse vorliegen! Es ist doch nur, weil Sie so unkooperativ sind! Es ist doch nur, weil es das Gesetz jetzt so vorschreibt! Es ist doch nur, bis sich die Klappe unter Ihren Füßen öffnet! Es wird schon nicht weh tun!

Was dieser Pandemievertrag der WHO genau beinhaltet, worin die Gefahren für die freiheitlichen Bestrebungen der Menschen liegen und welchen Ausweg es gibt, darüber spricht Elsa Mittmannsgruber von Auf1.TV mit dem Vorstandsmitglied des WCH, Christof Plothe.

Interview: AUF1 Christof Plothe über WHO-Diktatur und Pandemievertrag

Elsa Mittmannsgruber: Das globale Pandemie-Abkommen der WHO sei unnötig und stelle eine Bedrohung der Souveränität und Grundrechte dar. Es erweitere die bereits jetzt schon erdrückende Macht der WHO, Pandemien auszurufen, unmenschliche Maßnahmen oder sehr umstrittene Behandlungen zu erzwingen - so die Ansicht der "World Council for Health", kurz WCH. Die WCH ist ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern, Ärzten, Anwälten und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus mittlerweile über 50 Ländern. Christof Plothe ist Vorstandsmitglied der WCH und mit ihm spreche ich heute über die WHO und die große Gefahr, die von einem globalen Pandemievertrag ausgeht.

Ich begrüße Sie ganz herzlich, Herr Plothe.

Christof Plothe: Vielen Dank für die Einladung.

Elsa: Bevor wir über den globalen Pandemievertrag und die WHO sprechen, erklären Sie uns doch bitte, was das "World Council for Health" genau ist.

Christof Plothe: Wir sind ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern, von Ärzten, von Aktivistengruppen aus der ganzen Welt mit dem Ziel, eine Alternative zum gängigen System zu formen, mit Transparenz, mit Offenheit, mit Zusammenarbeit im Rahmen guter Forschung und in Kollaboration von Leuten aus der ganzen Welt.

Elsa: Wann hat sich diese Organisation gegründet und warum?

Christof Plothe: Gegründet wurde sie von einer Hand voll Medizinerinnen aus der ganzen Welt unter Dr. Tess Lawrie, die zum Sprachorgan für Medikamentenoptionen in der Pandemie war, besonders bei Ivermectin. Sie hat die Behandlungserfolge von Ivermectin statistisch ausgewertet, sie war eine Expertin für die WHO und kannte sich sehr gut damit aus. Es gab dann schon recht schnell Fragezeichen, die sich ergaben. Dann haben sich noch andere Mediziner aus der ganzen Welt mit zusammengeschlossen, das heißt, das Ganze ist in der Pandemie erst entstanden.

Aber wir sehen uns jetzt nicht als Organisation, die sich nur mit dem Virus beschäftigt, sondern wir hoffen Aufklärung über verschiedenste Themen. Wir haben jeden Montag kostenlose Vorträge - gerade im Moment läuft wieder ein Vortrag; Heute ist zwar Donnerstag, aber wir haben einen dazwischengeschoben - in dem wir die Öffentlichkeit einladen, sich mit Experten aus der ganzen Welt kurzzuschließen und verschiedenste Gesundheitsthemen von Ernährung, von Umweltbelastung, von Medikamentenoptionen, von Naturheilkunde etc. mit zu integrieren.

Elsa: Worüber Sie ja auch derzeit verstärkt aufklären, ist eben der globale Pandemievertrag der WHO. Sie stellen sich da, oder die ganze Organisation stellt sich da strikt dagegen. Warum?

Christof Plothe: Nun wissen Sie, wenn eine Organisation mit einem solchen Vertrag die Al-

leinherrschaft über die Medizin der ganzen Welt übernehmen will, muß ich mich natürlich fragen: Wie qualifiziert ist dieser Kandidat? Das heißt, ich nehme an, ich bin jetzt mal Personalabteilung einer großen Firma, ich stelle jemanden ein, der die Leitung der gesamten Firma - und die ist in der ganzen Welt - haben soll.

Ich beschäftige mich damit, was die Qualifikation in der Vergangenheit und was ist natürlich die Qualifikation und die Effizienz von dem, was er bis jetzt getan hat. Und da gab es eben schon sehr viele große Fragezeichen aus der Vergangenheit - man könnte auch noch darüber sprechen. Aber was eben schon merkwürdig war - vielleicht haben Sie das auch komisch empfunden - aber von Anfang an gab es weltweit immer nur einen Ansatz für diese Pandemie und das war orchestriert. Und jeder hat sich eigentlich gefragt: Wie kann das sein? Gerade in der Medizin gibt es Tausende von Meinungen.

In der Medizin gibt es nicht nur ein Medikament, eine Impfung oder eine psychologische Lösung, sondern es gibt ganz viele Meinungen. Wie kam es, daß dies bereits 2005 von der Weltgesundheitsorganisation über die IHR (International Health Regulations) schon festgelegt worden ist. Das heißt also, man wußte schon recht früh, man hat auch die Definition von Pandemie 2010 dafür verändert, indem man einfach gesagt hat, man will nur Fallzahlen, man will nicht unbedingt dabei die Erkrankten haben.

Wie kam es, daß alle anderen Meinungen, alle Wissenschaftler, alle Länder, die einen anderen Ansatz versucht haben, nicht nur ignoriert, zensiert, sondern auch in der Presse oft lächerlich gemacht wurden - als Beispiel Schweden oder Afrika oder Indien oder andere Länder eben dabei. Und wir müssen uns fragen, wie qualifiziert diese Organisation ist, wenn sie das tut? Wir sehen, der Chef ist zum ersten Mal kein Mediziner. Und wie demokratisch ist der Prozeß, der Wahl dieser Organisation? Und das ist äußerst intransparent. Wir wissen nicht, was die Kriterien sind für die Einstellung, in diesem Gremium der WHO. Und natürlich ist die Finanzierung eine wichtige Frage, da können wir später eben auch noch darauf kommen.

Nur wenn eine Organisation, die schon eine gewisse Transparenz über die Finanzierung und auch eine Unabhängigkeit benötigt - im Moment ca. 80 % privat finanziert ist - dann sollte uns das schon Fragen geben, wie unabhängig man überhaupt sein kann. Und wir sollten uns fragen, wie effektiv die Ansätze in der Vergangenheit waren? Wir wissen von Schweinegrippe, daß da ähnliche Szenarien waren, die WHO auch der Pandemie damals erklärt hat, mit ähnlichen Prophezeiungen wie jetzt auch. Die Ergebnisse waren, daß eine Impfung damals mit hohen Nebenwirkungszahlen vom Markt genommen werden mußte.

Und das Ganze von einem Untersuchungsausschuß der Europäischen Union sogar abgemahnt wurde, weil es ein falscher Ausruf einer Pandemie und eine falsche Versprechung durch das damalige Medikament, was dafür verwendet wurde - was auch nicht effizient war - und auch durch eine Impfung, die hohe Nebenwirkungszahlen dabei hatte. Also wir haben eine "track record", eine Vergangenheit, die nicht unbedingt effizient ist.

Warum - eine große Frage, die wir alle uns dabei stellen ist von Anfang an - vielleicht haben Sie sich das auch gefragt - gab es nur eine Impfung als Lösung der ganzen Situation? Wir wissen in der Medizin, es gibt da ganz viele Medikamente. Es gibt alte Medikamente, neue, die eben rauskommen.

Wie kam es dazu und wie kann es sein, daß eine neue Technologie, die genbasiert ist, innerhalb von 65 Tagen von der WHO dafür zugelassen wurde, während normalerweise eine Impfung zehn Jahre dafür braucht. Wie kam es, daß in eine Pandemie reingeimpft wurde, wo man gar nicht weiß, daß eine nicht sterilisierende Impfung eine Mutationsrate erhöht. Wie kommt es, daß wir immer noch im Moment an diesem Ansatz dran sind, wo wir wissen, daß die Zahlen aus England und Amerika zeigen, daß geboosterte Menschen in der Zwischenzeit ca. 300 % mehr erkranken und leider auch versterben - zwischen 178 % und 300 %.

Das heißt also, wir wissen, daß die Länder mit den höchsten Impfquoten im Moment die

höchsten Fallzahlen haben. Wir wissen, daß die Länder mit den niedrigsten Impfquoten, wie Afrika 16 % die niedrigsten Fallzahlen eben haben. Und dann kommen wir noch zum Thema Nebenwirkungen. Sie sehen schon, ich könnte jetzt ewig darüber sprechen.

Die Fragezeichen, die sich in dem Ganzen ergeben haben aber, sind das wirklich die Kriterien mit Lockdowns, mit Masken, die uns eine Effizienz versprochen haben? Gab es nicht andere Lösungen? Da sind wir der Meinung, gibt es ganz viele Lösungen und die sollten einfach offen diskutiert werden und nicht nur eine Meinung als die Norm für alle zugelassen werden. Das ist so ein bißchen die kleine Zusammenfassung. Die größere würde den Rahmen von heute Abend sprengen.

Elsa: Aber was birgt denn dieser Pandemievertrag für Gefahren für das Individuum und auch für die einzelnen Länder?

Christof Plothe: Das würde tatsächlich bedeuten, daß die Souveränität der einzelnen Länder an die WHO abgegeben wird. Und man muß sich vorstellen - das klingt schon ziemlich unglaublich - es würde heißen, daß die Reglementierung, die Empfehlung der WHO über den einzelnen Ländern steht; nicht nur über deren Gesetze, sondern sogar über deren Verfassung. Das heißt also, es wäre rechtlich bindend, die Anweisungen der WHO in der Zukunft zu befolgen und noch mehr dazu: Ein Widerhandeln dagegen wäre sogar strafbar.

Das heißt also, wenn dies jetzt demnächst in Realität umgesetzt werden sollte, 2024 will man den endgültigen Entwurf dafür zur Verfügung haben. Ab jetzt vom 22. bis 28. Mai tritt die WHO zusammen, um die Verstärkung der IHRs - das sind die bisherigen Regelungen - zu verstärken. Aber wenn dieser Plan nach vorne geht und dann in Realität umgesetzt werden würde, wäre es nicht nur für alle bindend, sondern eben auch strafbar. Und selbst wenn sich ein Land jetzt daraus entziehen würde - nehmen wir mal an Österreich oder Deutschland hätten jetzt keine Lust, sich daran zu beteiligen.

Wenn alle unsere Nachbarländer das mit unterschreiben, ist es für uns auch dann nicht möglich, uns den Lockdowns und dem digitalen Impfausweis oder was auch immer zu entziehen, sobald wir unsere Grenze überschreiten. Das heißt also: Die Implikation für das Individuum mit all den drastischen Maßnahmen, die wir in den letzten zwei Jahren gesehen haben, die wir zurecht im Moment anzweifeln, daß sie überhaupt effizient waren.

Wenn wir sehen, diese Lockdowns selbst die Studien, die im Moment dabei waren, veröffentlicht werden, sprechen von einer Effizienz von 0,2 % niedrigeren Todesrate. Wir haben all diese Sachen zum allerersten Mal ausprobiert, oder können Sie sich erinnern, in der Kindheit mit Maske rumgelaufen zu sein oder sich eben einzuschließen oder Schulen ausfallen zu lassen.

Es ist das allererste Mal und solange wir nicht zulassen, daß andere Länder auch einen anderen Weg gehen, werden wir auch keine alternative Abwägung machen können. Das ist eine große Gefahr. Das heißt, eine Norm wäre dann die Norm und wir könnten nicht mal daraus lernen, einen anderen Weg einzuschlagen.

Elsa: Was ist denn der Unterschied zu den bisher oder 2005 unterschriebenen International Health Regulations, die sie vorher im IHR schon erwähnt haben. Was ist da jetzt der Unterschied oder was ist jetzt neu mit dem neuen globalen Pandemievertrag?

Christof Plothe: Ja, das Skurrile ist, daß eigentlich seit 2005 das Ganze auch schon bindend ist, wie wir sehen. Wir haben jetzt schon die Situation gehabt, daß alle Länder, alle 196 Länder, die damals mitunterschrieben haben, denselben Weg eingegangen sind. Das heißt also, wir zweifeln - zurecht meinen wir - an, daß überhaupt eine Verschärfung dieses Vertrages notwendig wäre. Was aber im Moment die WHO noch nicht hat: das Recht eine Pandemie auszurufen.

Sie kann einen medizinischen Notstand im Moment ausrufen, aber sie hat noch nicht das Recht, eine Pandemie auszurufen und sie hat im Moment auch noch nicht die Möglichkeit,

das Ganze rechtlich bindend zu machen. Überall steht bisher in diesem IHRs eine Empfehlung und Ratschläge und eine beratende Funktion. Das würde sich in jedem Paragraph ändern in allem "muß", das ist ein Riesenunterschied. Wie gesagt, es kann rechtliche und auch finanzielle Konsequenzen haben, dem nicht zu folgen.

Elsa: Wie sinnvoll ist denn überhaupt eine globale Strategie, was Gesundheit allgemein betrifft, weil in diesem Vertrag soll nicht nur der Umgang mit Pandemien geregelt werden, sondern ja viel mehr? Wie sinnvoll ist denn, daß man diese Dinge global regelt?

Christof Plothe: Sie müssen sich vorstellen, bis jetzt reden wir über Pandemien, im Sinne von einer Infektion. Eine neue Pandemie-Definition bezieht sich ja seit 2010 nur auf Zahlen, das heißt, die WHO hätte die Möglichkeit, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs als Pandemie einzustufen. Das wäre mit diesem Regulatorien eben legal. Das würde bedeuten, daß es weltweit im Moment nur einen Ansatz gibt. Und wenn sie im Moment mit Ärzten aus der ganzen Welt sprechen, dann werden sie überall damit konfrontiert werden, daß es in allen Ländern sogenannte Richtlinien gibt.

Und diese Richtlinien verpflichten Ärzte jetzt schon, bei hohem Blutdruck dies oder dieses Medikament und das und das für den Rest des Lebens mit zu verschreiben. Das ist jetzt schon teilweise strafbar, wenn sich Fachärzte zum Beispiel eine andere Meinung dazu geben. Nur wir wissen, das ist eigentlich nie der Fall. Und wenn wir da reinschauen, wer diese Richtlinien dabei etabliert, so sehen wir eine hohe Abhängigkeit von der Industrie, die diese Empfehlung der Medikamente überhaupt empfiehlt.

Auf der anderen Seite ist auch unser medizinisches System im Moment in einem Medizin-medikamentösen System gebunden - und das ist auch erst seit den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Das hat was mit Rockefeller und mit Petro-Industrie zu tun. Da fing es an, daß alle anderen Ansätze, ich meine Sie müssen sich vorstellen: Sie kommen heute durch ein Medizinstudium, Sie haben keine einzige Vorlesung über Ernährung gehört. Wir wissen aber über die Bedeutung der Ernährung, gerade 80 % der chronischen Erkrankung sind damit verbunden.

Und wenn wir da auch den Ansatz der WHO sehen, gegen die Epidemie von Krebs, Epidemie von Diabetes, von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist immer noch der Nummer 1 Killer. Dennoch gibt es überhaupt kein Bestreben, daran etwas zu verändern, außer weitere Richtlinien zu machen. Das heißt also, wir würden noch eine zusätzliche Einschränkung nicht nur für die Staaten, nicht nur eben für die Patienten, also wir uns dabei tun, sondern auch noch für die Therapeuten.

Und ich beschäftige mich seit 30 Jahren auch mit der medizinischen Forschung, bin mit Forschern in der ganzen Welt auch täglich verbunden. Ich kann Ihnen sagen, mir ist keine Erkrankung bekannt, in der wir im Moment sagen können: Das ist die Ursache und nur das ist die Lösung. Der Mensch ist viel zu komplex. Er hat eine Psyche, er hat ein Mikrobiom, er hat Bedürfnisse von seiner Ernährung, er hat Bedürfnisse für sein Leben. Diese eine Ursache und eine Bekämpfungsstrategie ist eigentlich schon veraltet. Und die würden wir damit in der Zukunft auch noch verpflichtend gestalten.

Elsa: Das heißt, dieses System, was wir jetzt schon haben, daß Prävention völlig ignoriert wird und dann eben lieber mit Schema A, mit der Chemiekeule drüber geschlagen wird, das wird dann zementiert und zu einer Richtlinie.

Christof Plothe: Exakt. Und viele Forscher sprechen heute auch davon, daß wir eigentlich keine Medizin mehr im Sinne von einer Heilung haben, sondern ein Disease Management, ein Krankheits-Management. Das heißt, unser System ist darauf gepolt, den Menschen nicht aus einer Erkrankung raus anzuschauen und nach den Ursachen zu schauen, sondern für den Rest des Lebens ihm unterdrückende Medikamente zu geben, die ja den netten Nebeneffekt haben, daß der Patient den Rest seines Lebens diese verschrieben bekommt. Wer davon profitiert -

muß ich jetzt keine Verschwörungstheorie daraus entwickeln.

Elsa: Aber verfolgt die WHO da irgendeinen Plan? Hat sie das schon vorbereitet, dieses globale Pandemie-Abkommen, z.B. eben mit der WHO-Verfassung? Gibt's da schon rechtliche Richtlinien, die das ermöglichen?

Christof Plothe: Also schon recht früh, im März 2021 kamen vor allem europäische, führende Politiker zu der Forderung, daß es eine internationale Pandemieplanung geben würde. Und das wurde im Dezember 2021 dann nochmal bestätigt. Im Januar 2021 hat die WHO das selbst zum Ziel ausgerufen.

Wir hatten gerade eben eine sogenannte öffentliche Anhörung, das waren drei Tage, in denen Bürger oder Assoziationen eine Meinung zu den Inhalten des Pandemievertrages abgeben konnten. Man hat nirgendwo davon erfahren - wir als World Council for Health haben die Informationen rausgeschickt und unser Server ist dabei zusammengebrochen, als wir dann so viele Menschen hatten, die eine Meinung dazu abgeben wollten.

Wir werden jetzt eben die Situation haben, daß es eine intransparente Entscheidungsfindung darin gibt. Und es sind maximal 70 Leute am Tag, in diesen drei Tagen zugelassen worden aus der ganzen Welt, etwas dazu zu sagen. Und wie Tess Lawrie, unsere Stellvertreterin bei diesen Anhörungen - jeder durfte zwei Minuten sprechen - dann auch bestätigen konnte: Fast ein Viertel aller Sprecher waren Mitglieder der WHO. Das heißt also, man muß sich nicht fragen, was die gesagt haben.

Es ging auch nicht darum, den Pandemievertrag zu diskutieren, sondern es ging nur darum, die Inhalte zu besprechen und Vorschläge für den Inhalt zu machen. Und der nächste Schritt ist, wie gesagt, jetzt ein Treffen zwischen 22. und 28. Mai und dann wiederum im August. Und im August soll das Ganze dann schon von den Staaten bestätigt werden. 2023 ist dann eine weitere Besprechung geplant und 2024 soll das Ganze ratifiziert werden.

Also es gibt einen ganz genauen Plan, in dem das stattfinden sollte. Und wenn man weiß, daß die ganzen letzten Jahrzehnte schon darauf anzielten, solche Pandemie-Alleinherrschaften der WHO zu kreieren, dann muß man sich nur angucken, daß eine Pandemie-Definition verändert wurde. Das waren nicht mehr eben die Todesfälle, es waren nur noch die Fallzahlen. Es wurde eine Herdenimmunität verändert!

Wir alle wissen, daß auch, wenn jemand Masern hat und danach eben Antikörper, daß auch das ein Schutz dabei ist. Aber die Herdenimmunität wurde geändert, daß nur eine Impfung eine Herdenimmunität machen kann, und deswegen eine natürliche Immunität komplett ausgeklammert wurde - was wissenschaftlicher Unsinn ist. Wenn wir einen Infekt haben, dann haben wir Antikörper dagegen. Wenn ich gegen eine Impfung jetzt einen Antikörper gegen ein Spike-Protein habe - was übrigens ein Spike-Protein von vor zwei Jahren dabei ist, mit einer anderen genetischen Information - dann habe ich einen Antikörper, der sich darauf plaziert.

Aber wir wissen in der Zwischenzeit, daß ich, wenn ich einen Infekt mit Covid-19 habe, bis zu 50 Antikörper in der natürlichen Immunität habe und deswegen wird diese Break-Through-Veränderung, das heißt also diese Mutationen, die aufkommen. Wir können dazu immer mehr Studien im Moment sehen: Wenn Leute eine Impfung hatten, zwei Impfungen, drei Impfungen hatten, sie nur Antikörper gegenüber einem Teil haben und deswegen, weil diese Impfungen nicht sterilisierend sind, wir ganz viele neue Mutanten in den Geimpften züchten.

Das heißt, wir sehen schon, das gibt eine ganz, ganz große Vielzahl von Argumenten, die uns vieles hinterfragen läßt.

Elsa: Sie haben ja gesagt, daß jetzt schon sehr lange dahin gearbeitet wird auf diesen Plan, die Macht der WHO selbst da immer mehr auszuweiten. Die Frau Astrid Stuckelberger hat ja in einem Interview gesagt, ich glaube 2016 hat sie gesagt, wo dann die GAVI immer mehr Macht, an der Spitze der Macht sozusagen war, weil sie zu viel Gelder in die WHO pumpt und damit eigentlich einen großen Einfluß hat, sich da extrem viel verändert hat auch in der

Strategie der WHO.

Christof Plothe: Ja, also wir hatten auch vor einer Weile ein Interview mit ihr vor der World Council für Health - und sie ist ja wirklich eine Insiderin, die die WHO sehr gut kennt, als ehemalige Mitarbeiterin davon. Da kommen wir zu dem Punkt, was wir ja am Anfang schon angedeutet haben, der Finanzierung. Wenn ich im Moment GAVI und Gates-Foundation, was im Grunde genommen identisch ist - die werden beide von demselben Mann kontrolliert - als größten Geldgeber der WHO haben.

Also in der ganzen Hierarchie der einzelnen Länder, die da sind, steht die private Finanzierung bei 80 %. Und von den Geldgebern, die die höchste Finanzierung haben, steht Amerika an erster Stelle. Und wenn wir GAVI und Gates zusammennehmen, steht es sogar noch über dem Budget von Amerika. Das muß einem klar machen, daß es hier keine freie Entscheidung gibt! Und nicht von ungefähr ist der einzige Ansatz gewesen, eine Impfung zu produzieren - sowohl Herr Gates als auch GAVI sind eine Impffobby. Dann von Unabhängigkeit zu sprechen, ist glaube ich eine Farce.

Elsa: Ja, das ist ja eben die Frage. Ich glaube, die Antwort ist relativ logisch, aber trotzdem werden es viele nicht so sehen. Kann man der WHO überhaupt noch trauen?

Christof Plothe: Also, wie gesagt, die Sachen, die wir auch am Anfang schon erwähnt haben, mit dem wie effizient die Vergangenheit dabei schon war. Wenn man weiß, die Vorsitzende z.B. der Covid-Task-Force, der WHO - eine sehr anerkannte Professorin hat selbst das Patent für Spike-Proteine in Impfung. Wenn ich weiß, daß es Unregelmäßigkeiten bei der Malaria-Impfung, die im Moment jetzt zugelassen wurde von der WHO. Das heißt, kein Konsens, also keine Einverständniserklärung der Eltern eingezogen wurde, um Kinder mit dieser Malaria-Impfung zu impfen und sie im Moment trotz einer Effizienz von nicht mal 30 % zugelassen worden sind.

Wenn ich weiß, daß jedes Jahr eben ca. 200 Millionen Dollar allein für Travelix Spences, also für Reisekosten für Spesenabrechnungen der WHO bezahlt werden. Ich weiß, daß es keine richtige Transparenz in diesen Geldern oder in der Auftragvergebung oder ... wer steht überhaupt hinter den Entscheiden? Wenn wir eine Entscheidung für uns alle Menschen haben wollten, dann wüßten wir auch gerne, wer die Fachleute dahinter sind, damit wir mit denen auch einen Austausch machen können.

Das heißt, wir haben sehr, sehr viele Fragezeichen was all diese Sachen angeht. Und gerade die Schweinegrippe war auch noch mal so ein Thema.

Dieselben Leute, die damals die Schweinegrippe ausgerufen hatten, sind auch wieder diejenigen gewesen, die jetzt die Pandemie mit Covid 19 ausgerufen haben. Wenn ich da vielleicht noch ein Wort dazu sagen kann.

Wenn man weiß, daß jetzt einfach eine Pandemie nur von Fallzahlen abhängig war, dann ist es auch sehr merkwürdig, daß wir am 22. Januar 2020 grade mal 500 Fälle hatten und die WHO schon dazu aufrief, Vorsicht mit einer potentiellen Pandemie walten zu lassen und dann am 30. Januar 7.000 Fälle da waren. Diese 7.000 Fälle waren eigentlich nur wegen der Testmöglichkeit über dem PCR zu haben, von dem wir wissen, daß sie eigentlich nie zu Beurteilung einer Infektion zugelassen worden ist. Und wenn man dann weiß, daß dieser Test am 15. Januar von Herrn Drosten, das ist bei uns hier der Pandemie-Leiter in Deutschland bisher gewesen, selbst patentiert wurde.

Dieser Mann ist in die Position der Pandemieverwaltung gestoßen worden; ein Mann, der an jedem einzelnen PCR-Test auch noch Geld verdient. Und der ihn - obwohl wir wissen, daß ein PCR über 35 Zyklen nur noch genetischer Müll ist - mit 45 Zyklen zugelassen hat, während die WHO vorher sogar noch sagte, daß ein PCR über 23 Zyklen zur Diagnose überhaupt nicht geeignet ist.

Das heißt also: Wir haben einen Test kreiert, der einfach viel mehr Positives zeigt, als über-

hauptsächlich notwendig wäre, weil nur Bestandteile von dem Virus, nur kleine Sequenzen davon schon ausgereicht haben, um jemand positiv zu nennen. Und wir haben nur diese Fallzahlen genutzt, um eine Pandemie auszurufen.

Das heißt, es gibt so viele Fragezeichen, so viele Verflechtungen in der Zwischenzeit und wir sehen international: je größer eine Organisation wird, um so anfälliger ist sie auch. Ob wir jetzt die VIVA nehmen, ob wir jetzt UNICEF nehmen, all diese großen Organisationen haben unglaubliche Budgets zur Verfügung.

Und wenn man jetzt weiß, diese neuen Pandemiepläne der WHO sind auch mit neuen Geldforderungen verbunden, die zwischen 10 und 30 Milliarden pro Jahr ausmachen sollen, und im Falle einer Pandemie, einer erfolgten Pandemie bis zu 100 Milliarden sein soll. Das heißt, hier sind Gelder, die natürlich eine große Transparenz benötigen, um sinnvoll verwaltet zu werden. Ob das wirklich passieren kann, mit dem, was wir aus der Vergangenheit von der WHO miterlebt haben, das ist die Frage.

Elsa: Wie Sie vorher erwähnten: Die WHO ist ein sehr undurchsichtiges Konstrukt, man weiß nicht genau, wer steckt da hinter den Entscheidungen? Es ist alles ein bißchen verwoben, verworren, verwaschen. Haben Sie das Gefühl, das wird absichtlich so gemacht und ist das irgendwie - hat das eine Eigendynamik bekommen, diese Organisation?

Christof Plothe: Also, mit dem, was mein gegenwärtiger Stand ist, würde ich das so sehen. Daß wirklich Organisationen, die sehr lange in Machtpositionen waren und vor allem personell recht homogen, sagen wir mal so, besetzt wurden. Nehmen wir mal die Regulationsbehörden dafür, für die Interventionen, die überall gemacht wurden, in Amerika die FDA und die CDC. Wir haben einen Mann mit Herrn Fauci in der CDC, der seit Mitte der 80er-Jahre Chef der Organisation ist. Da konnten sich in der Zwischenzeit Machtstrukturen etablieren, die weit über die Befugnisse dieser CDC hinausgegangen ist.

Und wir wissen z.B. durch die Veröffentlichungen - das wissen Sie wahrscheinlich auch - Pfizer hatte ja vor kurzen noch beantragt, die Zulassungsstudien erst in 75 Jahren zu veröffentlichen. Daraufhin gab es ja glücklicherweise einen sehr rigorosen Richter, der das Ganze doch noch aufdecken ließ. Das Argument von Pfizer war, daß sie über 500.000 Seiten der Zulassung hätten und das Jahrzehnte dauern würde, die alle auszuwerten und zu präsentieren. Worauf der Richter netterweise dazu sagte: "Wie kommt es, daß sie in 65 Tagen diese 500.000 Seiten hatten und eine Impfung zulassen konnten, aber uns das mitzuteilen mehrere Jahrzehnte dauern soll?"

Dieselbe Frage müssen wir natürlich der EMA und der FDA und der CDC stellen und natürlich auch der WHO. Denn, was jeden Monat im Moment veröffentlicht wird, was schon in den Zulassungsstudien bekannt war, müßte eigentlich im Moment das Ganze zum Halten bringen. Wir wissen, daß jetzt weitere 10.000 Seiten im April veröffentlicht werden. Wir wissen, daß von Anfang an Pfizer wußte - und damit sollte es ja auch die WHO gewußt haben und all die anderen Regulatorien - daß natürliche Immunität nicht gleichbedeutend, wenn nicht sogar viel stärker ist, als die Impfmunität.

Das heißt also, das war von Anfang an bekannt, und trotzdem - hier in Deutschland sind es momentan drei Monate, wenn sie ein Genesenen-Zertifikat haben. Ich weiß nicht, was es in Österreich gerade ist. Aber weltweit wird den Menschen nicht mehr als sechs Monate gegeben, obwohl wir wissen, daß es ein viel effektiverer Schutz auf die Zukunft ist, auch wenn neue Varianten auftreten. Das heißt also: Wir haben sehr berechtigte Zweifel aus dem, was in der Vergangenheit schon passiert ist, ob die Struktur der WHO, wie sie im Moment existiert, tatsächlich geeignet ist, solche Empfehlungen auszusprechen.

Elsa: Welche Rolle hat denn die WHO im Ganzen in der Pandemie und den Umgang damit, beziehungsweise den Maßnahmen, Impfungen usw. gespielt? Ein paar Sachen haben Sie ja jetzt schon angesprochen. Aber viele wissen gar nicht, für was die WHO jetzt eigentlich ver-

antwortlich war, was wir hier dann ausbaden haben müssen?

Christof Plothe: Wir können davon ausgehen - wie gesagt, es ist eine Frage der Transparenz, auch hier wieder - daß von der Ausrufung der neuen Definition der Pandemie, von der Empfehlung der Impfung als einzige Möglichkeit diese Pandemie zu bekämpfen, von der Ausrufung der Lockdowns und der Masken - die WHO die Verantwortlichen dahinter waren.

Das heißt also, wir wissen in der Zwischenzeit - gerade ist eine neue Studie aus Schweden erschienen - daß wir nicht nur berechtigte Zweifel an der Effizienz von Masken haben sollten. Sondern, daß sie ... gezeigt haben, daß sie nicht effizient sind. Wir wissen, daß der Lockdown mit John Hopkins, noch nicht einmal 0,2 % der Letalität eingespart hat. Wir wissen also, daß diese Mechanismen eigentlich zur Eindämmung der Pandemie nicht geeignet sind.

Wenn sie im Fernsehen gerade sehen, die rigorosen Null-Covid-Systeme - die furchtbaren Bilder, die uns auch Shanghai erreichen, wo Leute jetzt schon wochenlang in ihrer Wohnung eingesperrt werden. Oder in Neuseeland, das auch eine Zero-Covid-Strategie hatte, die haben nicht funktioniert. Das waren eigentlich nur übertriebene Maßnahmen, die die WHO auch mitempfahl. Merkwürdig war einfach, daß China das erste Land war, das die Lockdown-Maßnahmen annahm und die WHO das sehr gerne als Lösungsvorschlag mit ins Programm aufnahm.

Wie gesagt, wir hatten das vorher noch nicht und es ist eine Illusion, einen Erreger aus dem Haus aussperren zu können. Sobald die Türen wieder aufgehen - und wir können nicht uns alle für den Rest unserer Generationen einschließen, sobald wir einen niedrigeren Immunstatus haben. Was wir noch dabei sehen: Kein Mensch hat uns die ganze Zeit erzählt, wie wir ein Immunsystem stärken können, obwohl wir wissen, daß z.B. Mikronährstoffe wie Zink den Eintritt des Virus in den Körper verhindern, oder Vitamin D.

Da gab es eine schöne Schweizer Metaanalyse, die zeigen konnte: Vitamin D-Werte über 50 Nanogramm/Milliliter Null-Letalität mit sich führt. Das war eine Metaanalyse von ... ich weiß nicht wie groß dabei die Gruppe war, aber das sind Zahlen, die schon recht früh (bekannt waren) ... Wenn da eine Organisation gewesen wäre, die an unserer Weltgesundheits-Organisation interessiert gewesen wäre, uns die bestimmt mitgeteilt hätte. Es gab einzelne Versuche in Schottland, in Altersheimen.

Wir wußten ja auch, die Todesrate ist über 80 in der höchsten Anzahl, da drunter sind es gerade mal 7 % unter 85. Wir wußten diese Sachen, wir wußten die von Anfang an, und dennoch wurde die gesamte Bevölkerung und darüber hinaus auch gerade die Kinder mit in diesen Pott hineingeworfen. Was sehr gut zeigt, daß wir niemals einen Ansatz für alles haben sollten. Wir haben lokale Unterschiede, wir haben andere Genetik, wir haben anderes Klima, wir haben andere Ernährungsweisen, wir haben eine andere Bevölkerungsstruktur.

Afrika z.B. hat nun mal auch nicht die älteren Leute, so gesehen ist die Todesrate auch eine ganz andere. Dort sind 65 % in der Zwischenzeit mit einem positiven Titer. Da ist eine Impfquote von 16 %, dennoch gibt es das Thema Covid in den meisten afrikanischen Ländern gar nicht mehr. Das heißt also, da gab es eine Methode, in der man anders gehandelt hat und die Vitamin D-Werte in Afrika sind bestimmt andere, als auch bei uns - das muß ich ja hier auch nicht dabei erwähnen. Aber wie kommt's?

Wenn wir eben, ich habe 2021 vom italienischen Senat mit 30 Experten aus der ganzen Welt Behandlungskonzepte vorgestellt - ich hatte Prävention und Gesundheitsförderung als Thema. Die Studien, die wir da schon zur Verfügung hatten, ich hatte allein über 500 Studien über Ernährung, Mikroernährungsstoffe etc. die hocheffizient dabei sind. Wir haben Hunderte von Patienten auch mitbegleitet in den letzten Jahren; wir haben keinen einzigen zum Glück dabei ... verloren. Aber wir hatten effektive Behandlungskonzepte, zum Beispiel Peter MacCallum, den Sie vielleicht kennen, der meist zitierteste Kardiologe der Welt. Der hatte im Mai 2020 bereits Protokolle dabei entwickelt zu 85-95 % Effizienz.

Dennoch wurden von der WHO die ganze Zeit keine von diesen Protokollen implementiert, statt dessen werden immer noch - ich habe gerade einmal gecheckt auf der WHO-Webseite vor ein paar Tagen - Medikamente empfohlen, die sogenannte negative Effizienz haben. Remdesivir ist ein Mittel, ein antivirales Mittel was nachgewiesener Weise eine Effizienz von minus 30 % hat. Was macht das noch in unseren Krankenhäusern, während wir wissen, daß so viele andere Medikamente, und es gibt so viele Experten, die uns dazu eben so viel erzählen könnten.

Wie kommt es, daß eine Organisation sagt: Hier ist der eine Weg - und alles andere existiert nicht. Hätten wir nicht annehmen können, daß alle diese Leute miteingeladen werden, sich daran zu beteiligen. Ich habe gestern nochmal im Interview dabei gesagt, auf der WHO-Website können sie Covid-Mißinformationen eben melden.

Sie können also ihre Nachbarn anschwärzen oder die Familienmitglieder, die was Kritisches gesagt haben. Aber es gibt keinerlei Teil auf dieser Website, die eben aussagt: Sie haben einen Vorschlag, sie haben eine Studie, sie haben Erfahrungen; sagen sie uns doch was bisher geholfen hat, und wir versuchen das mit aufzunehmen.

Diese feste Meinung mit einer kompletten Ignoranz, mit einer kompletten Zensur, die überall stattgefunden hat in den letzten zwei Jahren, ist mehr als nur fraglich - sie ist ziemlich schockierend. Ich habe wissenschaftliche Kollegen aus der ganzen Welt, die ihre Papers nicht einmal mehr in die jeweiligen Journals reingebracht haben, weil die abgelehnt haben, was kritisch ist eben zu formulieren. Und wie man dann sagen kann: Ja, wir als WHO, wir sind für den wissenschaftlichen Weg. Es ist unwissenschaftlich nach 65 Tagen einer Zulassung, eine komplett neue Gentherapie eben die Bevölkerung als Versuchskaninchen dabei zu benutzen. So etwas darf einfach nicht mehr passieren!

Und wir sind daran, auch Lösungsvorschläge mit Forschern aus der ganzen Welt zu entwickeln; und ein weiterer Fall, in dem tatsächlich noch nicht erprobt ist mit hochkritischen - wir wissen ja in der Zwischenzeit, daß sich die mRNA tatsächlich auch in unser Genom integriert, da ist eine schwedische Studie darüber herausgekommen. Ich könnte jetzt ewig darüber reden, aber wir haben doch keine Ahnung, was sie uns angetan haben.

Wir hätten eine Beobachtungszeit von mindestens zehn Jahren für diese Technologie gebraucht. Wir hatten existierende Sachen. Wir hatten Hydroxiklorotin. Wir hatten Ivermectin. Wir hatten verschiedene andere Medikamente, wir hatten Vitamin D. Warum sind diese nicht eingebaut worden? Warum hat man tatsächlich ein Jahr lang gewartet, ohne den Menschen Medikamente zu geben, die hocheffizient sind, bis eine Impfung kam. Das ist eigentlich ein Verbrechen. Und wir hoffen, daß es eben auch zur Aufklärung davon dann kommt, wie so etwas geschehen konnte.

Elsa: Alle diese Schilderungen jetzt, und auch vorher hatten sie erwähnt, der WHO kann es ja gar nicht um die Gesundheit der Menschen gehen. Es sollte aber eigentlich um die Gesundheit der Menschen gehen. Aber ist das dann nicht irgendwo (ich sage jetzt mal) logisch, daß wenn der Geldgeber oder die hauptsächlichlichen Geldgeber Private sind, mit auch eigenen Interessen. Daß die scheinbar dem Vorhaben, den Menschen zu dienen, ein Schnippchen schlagen und deshalb die WHO mehr in die andere Richtung tendiert?

Christof Plothe: Sie haben es gerade gesagt, eigentlich ist das logisch. Ja, ich glaube mehr muß ich dazu gar nicht sagen. Wie gesagt, ich beschäftige mich mit verschiedenen medizinischen Themen seit Jahrzehnten und diese zunehmende Zensur, diese zunehmende Zentralisierung in den medizinischen Richtlinien, da ist die Pandemie eigentlich nur der Gipfel. Wir haben das schon in ganz, ganz vielen Bereichen erlebt, was die Definition von dem gesunden Blutdruck, von dem gesunden Blutzucker, was den Ansätzen davon eben geht, mit verpflichtenden Impfungen. ... Das sind im Grunde genommen alles Verpflichtung für Therapeuten und für Patienten, die es nicht hätte geben dürfen.

Jeder Mensch ist ein Individuum. Jeder Therapeut ist ein Individuum. Und die Interaktion der Medizin ist auch eine Kunst, ist nicht einfach nur eine Reproduktion, sonst könnten wir uns alle digital ersetzen lassen. Das wäre gar kein Problem. Passiert auch jetzt schon. Wie gesagt, es ist eigentlich nur der Höhepunkt von einem Prozeß, den wir eigentlich schon seit Jahrzehnten kritisch betrachtet haben.

Elsa: Ja das wäre noch eine Frage gewesen. Wie Sie jetzt sagen, die Richtlinien wurden immer enger und dem Arzt wurde immer mehr die Kompetenz abgesprochen, selber entscheiden zu können. Es wurde alles pauschalisiert, eben globalisiert. Dann wurde auch die Pandemie so vorbereitet, wie sie dann auch durchführbar war. Eben mit der Änderung der Definition der Pandemie, mit der Änderung der Herdenimmunität, mit der Änderung Definition von Impfung usw. wie Sie ja schon selbst erwähnt hatten. Das sieht alles aus, als wäre es ein langer Plan. Sehen Sie das so, wenn ja, wo soll denn der jetzt hinführen? Als nächstes kommt dann der globale Pandemievertrag. Wo soll das jetzt alles enden?

Christof Plothe: Das Interessante ist, wenn wir so was vor zwei Jahren geäußert hätten, wären wir gleich ins Verschwörungsmilieu gekommen.

Elsa: Das werden wir jetzt auch.

Christof Plothe: Ich dachte wir sind schon etwas weiter. Tatsache ist, eines von den erklärten Zielen der Globalisierung der Medizin ist natürlich auch die Überwachung, die Digitalisierung von allen Daten, die wir haben und die Nachvollziehbarkeit von unserem Impfstatus, von unseren Gesundheitsdaten etc., was ja eigentlich auch Vorteile mit sich bringt. Wir hatten gerade eine wunderbare Präsentation aus Brasilien über die Wirksamkeit von Ivermectin. Dort sind alle medizinischen Daten, wie bereits in Skandinavien oder jetzt vor allem auch in der Ukraine. Ukraine hat einen voll digitalisierten Impfpfaß, der mit in eine App integriert ist.

Ich glaube, es ist aber keine Verschwörungstheorie hier zu sagen, wir sind einfach eines der erklärten Ziele. Das sagen ganz viele globalistisch denkende Organisationen in der Zwischenzeit. Man muß wissen, auch die WHO ist nur Teil einer größeren Organisation. Das war mir vorher auch nicht so bewußt. Das können Sie auf Wikipedia selbst nachsehen. Die UHC (Universal Health Care) 2030 ist eine übergeordnete Organisation über die WHO - und siehe da, die wird gefördert von der Weltbank und der WHO. Das heißt, die sind die Hauptsponsoren.

Die hat zusammen mit den Global Leader Summit, mit dem World Economic Forum (WEF) etc., ein ganz klares Ziel, die Digitalisierung - gerade im medizinischen Sektor - all unsere Daten über einen grünen Paß, wie er im Moment so nett benannt wird, oder eine andere App. Diese Tendenz sehen wir schon in all den Smart-Watchers, in all den schönen Apps auf dem Smartphone etc., wie praktisch so was auch sein kann. Gar keine Frage, wir haben in der Zwischenzeit Kardiologen, die nur noch die Auswertung dieser Apps aus der Distanz beobachten. Ich hatte vor kurzem ein interessantes Gespräch mit einem Tierzüchter, der sagte, daß den Kühen dort bereits bei der Geburt ein Chip implantiert werde, der die Blutwerte und auch den Rest überträgt und der Tierarzt gar nicht mehr dabei herauskommt, sondern das Ganze vor seinem Schreibtisch an der Uni ausgewertet mit Hilfe von Logarithmen. Das heißt, das ist keine Verschwörung, das wird bei Tieren bereits so angewandt. Der nächste Schritt ist, das auf den Menschen eben auszuweiten.

Da müssen wir uns halt fragen, ob wir das tatsächlich wollen. Und wie oft werden viele sagen: "Was habe ich zu verheimlichen. Das sind ja meine Daten." Nur wenn da Daten drinnen sind, die von den Versicherungen genommen werden. Wenn für die Anstellung diese Daten genommen werden, wenn für meine Reise diese Daten genommen werden. Wenn für meinen Schulbesuch oder für meinen Unibesuch diese Daten genommen werden - und wenn ich nicht der Norm entspreche, ich da keinen Zugang zu diesen Sachen habe, dann ist das eine sehr problematische Sache.

Wir werden den Prozeß der Digitalisierung nicht aufhalten - wie gesagt in Skandinavien. Ich habe Patienten aus der ganzen Welt - und wenn ich die aus Skandinavien bekomme, dann präsentieren mir die mir kurz nur ihren Zugangscode und dann habe ich die gesamte Akte von der Geburt und noch früher bis jetzt mit allen Röntgenbildern, mit allen Blutwerten, mit allem was es dabei eben gibt. Aber wie gesagt, wenn darin dann steht, ich MUSS diese und diese Impfung - ich MUSS diese Sache hinter mich gebracht haben, um überhaupt noch am Leben teilnehmen zu können - und das mit Methoden, die wir im Moment sehr, sehr anzweifeln müssen, ob sie tatsächlich diesen Status verdienen, dann ist das eine sehr problematische Sache.

Und ich glaube, wie gesagt keine Verschwörung mehr, das ist ein direktes Ziel. Ich glaube auch, deswegen ist im Moment ein Nachlassen trotz der Daten, die wir haben. Und ich glaube niemand konnte voraussehen, wie hoch die Nebenwirkungszahl dabei ist. Wir sprechen im Moment von VERS-System und EMA von über 60.000 Toten. Wir haben damals die Schweinegrippeimpfung nach 30 Toten vom Markt genommen. Wir hatten noch nie ein Medikament, bei dem wir still beobachtet haben, wie die Todesrate immer weiter nach oben geht und darüber hinaus die Effizienz jetzt ins Negative geschwappt ist.

Ich kann mir kein Blutdruckmittel vorstellen, was wir auf den Markt gebracht haben und nach zwei Jahren haben wir mehr Bluthdruckerkrankte als vorher und man trotzdem sagt: Ja hätten wir das nicht gemacht, hätten wir noch mehr. Diesen Menschen hätte keiner ernst genommen. Aber irgendwie tun wir das gerade mit dieser Impfung noch weiter und wir müssen uns fragen: Wenn es nicht die Gesundheit der Menschen ist, was ist dahinter das Ziel? Und das muß sich wohl jeder selbst beantworten. Aber jeder kann auf die Webseite der WHO, jeder kann auf die Webseite vom World Economic Forum gehen und kann sich selbst davon überzeugen, was da steht.

Elsa: Ja es tauchen immer mehr Nebenwirkungen auf; es fällt ja trotzdem immer mehr auf, es wird immer mehr publik. Es werden immer mehr Studien darüber freiwillig von Ärzten gemacht - also die das ehrenamtlich machen, um da Licht ins Dunkel zu bringen - weil die andere Seite hat da wenig Interesse daran, wie wir wissen. Aber es kommt ja immer mehr ans Licht. Ist da für Sie eine Hoffnung da, daß das einfach dann dadurch vielleicht zu einer Änderung kommt oder zu einem Verhindern eines Teils dieses Prozesses zumindest?

Christof Plothe: Also Sie sprechen da etwas ganz Wichtiges an. Wenn wir ein Teil eines Experiments gewesen wären - ich habe das damals bei der Einführung der Impfung einem Journalistenteam und Mitgliedern der STIKO, das ist die Impfgenehmigungsbehörde in Deutschland - präsentiert, dann sollte es auch eine klare Nachvollziehbarkeit der einzelnen auftretenden Symptome sein. Es wäre kein Problem gewesen eine kleine App zu programmieren und jeder kann eingeben: Ich habe Kopfschmerzen nach der Impfung. Ich habe die Kontrolle über meine Blase verloren. Ich habe eine Halbseitlähmung. Ich habe eine Epilepsie, ich habe einen Herzinfarkt, ich habe einen Schlaganfall etc. dabei bekommen.

Das hat man nicht getan. Statt dessen hat man sogar die Kontrollgruppe noch geimpft, damit es auch ja keinen Vergleich gibt. Und man hat das Ganze weltweit gleichzeitig eingeführt, so daß man auch nicht sagen kann: "Oh guck mal, das Land hat es überhaupt nicht gemacht und die haben ganz andere Werte." - wäre gefährlich.

Das heißt, das sind schon Sachen, die uns auffallen sollten. Nur, jetzt haben wir die Situation, daß mehr Leute, Leute in ihrem Bekanntenkreis kennen, die Reaktionen nach den Impfungen hatten - vor allem nach der dritten oder auch der vierten - als Fälle von Leuten, die an COVID verstorben sind oder damit Probleme haben. Wir haben zwar ein Long COVID, aber da könnte ich ewig darüber sprechen. Da wissen wir im Moment eine Menge über die Mechanismen und auch, was für Behandlungsstrategien es gibt und da kann auch jeder bei uns auf die World Council for Health-Website gehen und sich Vorschläge dazu holen. Wir haben regelmäßig

auch Updates davon und das ist auch eine behandlungsfähige Sache.

Aber, wie gesagt, je höher die Nebenwirkungszahl geht - und sie steigen gerade wirklich ins Unermeßliche - weltweit und darüber hinaus. Ein wichtiges Kriterium hätte ja immer sein sollen - sowohl in den Zulassungsstudien als auch in der Beobachtungszeit als auch jetzt - die Gesamtmortalität. Wir wissen, daß in den Zulassungsstudien (man muß sich das vorstellen), mehr Leute in der Geimpft-Gruppe gestorben sind als in der Ungeimpft-Gruppe. Das alleine wäre schon ein "No-Go" für die Zulassung eines Medikaments gewesen. So müssen wir uns fragen: Wie kam es, daß die WHO trotz dieses einfachen Faktums die Impfung weiterempfohlen hat?

Wie wenn wir jetzt sehen, die großen Lebensversicherungsagenturen, das wissen Sie ja wahrscheinlich auch, aus Amerika, aus Europa sprechen jetzt langsam eben von 40 %. In Benelux-Ländern war sogar eine Lebensversicherung, die über 500 % Übersterblichkeit hat. Das hatten wir noch nie gehabt. Selbst in Kriegszeiten hatten wir keine 40 % Übersterblichkeit auf einer Gesamtebene.

Es gab grad eine Studie auch im Lancet über die Übersterblichkeit in allen Bundesländern in Deutschland, und die war korreliert mit Anzahl der Impfung: Je mehr Impfung, um so höher ist die Übersterblichkeit. Das heißt, ich muß mir nicht angucken, was alles gemeldet wurde, weil gemeldet wird maximal 1 %. Das wissen wir aus einer Harvard-Studie. Aber wir wissen trotzdem, durch die Gesamtstatistiken über die Übersterblichkeit, was passiert. Und da müssen wir uns auch fragen - die Engländer waren die Ersten, die diese Daten monatlich sehr gut aufgeteilt veröffentlicht haben.

Seit sie eben wissen, daß die Effizienz wie gesagt unter 85, bei allen in der Zwischenzeit zwischen 178 % und 300 % negativ ist, haben sie die Webseiten einfach geschlossen. Um die Bevölkerung - das war die offizielle Erklärung - nicht zu beunruhigen und Zweifel an dem gängigen System zu haben. Wie kann es dazu kommen? Wenn wirklich jemand an unserer Gesundheit orientiert ist, dann müßten das alles rote Flaggen sein. Sagen wir: Moment, jetzt setzen wir uns alle zusammen und bereden, ob das tatsächlich der richtige Weg war.

Elsa: Kann eigentlich der globale Pandemievertrag auch eine globale Impfpflicht fordern oder erzwingen?

Christof Plothe: Absolut. Das ist einer der Hauptkritikpunkte von uns da dran. Wie Sie wissen, der Europarat hat auch gerade seine Ablehnung - der Europarat ist ja nicht das europäische Parlament - der allgemeinen Impfpflicht revidiert und hat einer Impfpflicht in ganz Europa zugestimmt. Eines der erklärten Ziele sind tatsächlich die Impfmandate, explizit von der WHO auch erwähnt. Und das sollten wir uns wirklich in Anbetracht der Situation gerade - ich meine, Deutschland ist gerade ein bißchen daran vorüber geschlittert,

Sie sind ja auch noch mittendrin. Wir wissen auch noch nicht, was im Juni in Österreich wieder passieren wird. Aber wenn wir uns vorstellen, wir sind noch diese beiden Dinosaurier-Länder, die überhaupt das Wort "Impfpflicht" im Moment in den Mund nehmen. Aber schauen wir auf europäische Ebene, was dort die Empfehlungen dabei sind. Wie gesagt, die EU war einer der Hauptangreifer dieses Pandemie-Abkommens. Die EU hat sich mit 25 weltführenden Politikern im März 2021 zusammen hingesetzt und das gefordert. Warum wußte man damals schon, daß nur eine verpflichtende Impfung uns da rausbringen würde, während es noch gar keine Anzeichen dafür gab, daß es funktionieren würde?

Und wieso spricht jetzt noch jemand darüber, obwohl wir wirklich ganz klar wissen, im Vergleich mit anderen Ländern - mit Schweden, mit Florida, in dem weder die Isolation, noch die Masken, noch die Impfung soweit war wie hier - die besten Zahlen im Moment sind.

Wie kommt es, daß wir nicht diskutieren, was in Afrika die Situation ist oder in Indien, die ein Riesenproblem haben. Wir erinnern uns, vor ein paar Tagen waren die Medien voll über das furchtbare Sterben in Indien. Und danach (verabreichten) sie wieder ... Ivermectin, was die

WHO - man muß sich das vorstellen, die WHO - Indien verboten hatte. Einzelne Mediziner in Indien haben sich darüber gestellt und Ivermectin wieder eingeführt und in Indien spielt es keine große Rolle mehr.

Alle anderen Länder, die weiterhin eine ganz, ganz große Impfrate als einzige Lösung dabei gesehen haben, Südkorea z.B., die haben die höchsten Inzidenzen. Island hat die höchste Inzidenz im Moment überhaupt. Island hat daraus eine Schlußfolgerung gemacht, alles aufzumachen und sich an Omikron anstecken zu lassen. Aber Südkorea ist immer noch auf dem weiteren Pfad der Impfung. Man fragt sich nur: Mit den Daten, die wir haben, wie ist das überhaupt noch zu rechtfertigen? Wie kann eine Weltgesundheits-Organisation noch nicht einmal dieses Thema überhaupt auf den Tisch legen? Das war ja auch ein weiteres Problem in der gesamten Zeit in den letzten zwei Jahren.

Wie kam es, daß wir egal wo, auf internationaler und nationaler Ebene immer nur ein, zwei sogenannte Experten hatten, die das Medienbild bestimmt hatten? Das war in Österreich ja auch nicht anders als bei uns. Aber wie kam es, daß in Amerika ein Herr Fauci, in Deutschland Herr Drosten etc. die Medienlandschaft dominiert haben und alle anderen Sachen nicht zugelassen haben? Das müßte selbst Menschen, die normalerweise gerne den Weg der Vorschrift nehmen, genügsam dabei weiterverfolgen, im Nachhinein sehr merkwürdig vorkommen. Denn, wie gesagt, mit was wir anfänglich angegangen haben, die Medizin ist niemals nur einseitig, sie ist immer offen. Ein Mensch hat sehr, sehr viele Ebenen und so auch das Leben.

Elsa: Ich möchte jetzt noch kurz zum Pandemievertrag im Detail kommen. Was gibt es da für brisante Inhalte, die besonders besorgniserregend sind?

Christof Plothe: Die WHO hat ja eine eigene Verfassung und das allein ist ja auch schon interessant. Wir können im Moment noch nichts über den Pandemievertrag sagen, weil es den noch nicht gibt. Das heißt, er wird im Moment eben erst ausgearbeitet, und ich fürchte, die Transparenz der Entstehung dieses Vertrages wird nicht besonders groß sein. Die Ratifizierung wird dann ohne unsere Meinung und ohne unsere Partizipation durchgeführt. Aber von den Veränderungen, die wir im Moment wissen, Artikel 2 der Verfassung hat der WHO eigentlich schon alle Rechte mitgegeben, koordinierende Stelle im Gesundheitswesen zu haben und zu fördern und zu lenken, alle Forschung, die auch in diesem Bereich da ist.

Man muß sich fragen, wie sinnvoll es ist, daß eine übergeordnete Organisation, selbst die Forschung lenkt, was wir in den letzten Jahren gesehen haben. Wir haben Tausende von Studien darüber, wir haben tausend Studien allein über die Nebenwirkung und die Schädlichkeit der Impfung jetzt im Moment zur Verfügung. Keine von denen ist von der WHO gesponsert worden.

Das sind alles mutige Forscher, die das im Alleingang gemacht haben. Und sie können die Krankheiten definieren, d.h. wir sehen nicht nur in der Pandemie können sie definieren, sie können jede aufkommende Krankheit definieren. Und sie können die Diagnostik und die Therapie standardisieren. Das auch ist wiederum sehr problematisch, wie wir jetzt bei PCR und anderen gesehen hatten.

Wie kommt es zu so einer Diagnostik? Früher hatten wir eine Diagnostik, wenn ein Mensch krank war, Symptome hatte, er anfang zu husten und zu schnupfen. Danach hat man erst einen Grippe-Schnelltest, einen Influenza-Schnelltest mit ihm gemacht. Jetzt machen wir einen Test mit ihm, obwohl er noch gar keine Symptome hat.

Also, wie kommt es, daß wir das allein schon in die Hand der WHO legen? Und dann Artikel 19 darüber hinaus, der Artikel 19 besagt, daß zur Beschließung von diesem Pandemievertrag nur eine Zweidrittel-Mehrheit der 196 teilnehmenden Länder notwendig ist, d.h., wir brauchen nicht mal die volle Zustimmung aller Länder. Wenn das jetzt passiert, ist es bindend selbst für die Länder, die sich daran nicht beteiligen wollen. Das allein ist auch schon ein Unding. Wie

kann ich als souveränes Land dann gezwungen werden, weil die anderen das entschieden haben, das alles mit zu übernehmen.

Und Artikel 21 spricht dann auch von der Haftung, die daraus schließt, und da geht es um die konsequenten Sachen, die Lockdowns, die Zwangsimpfung, die ganzen sanitären Maßnahmen usw. betrifft. Das heißt, das sind die Sachen, die man in diesen International Health Regulations jetzt schon verschärfen will - man will überall das 'kann' dabei streichen, daß 'muß' dafür einsetzen.

Aber was der tatsächliche Vertrag noch alles beinhaltet, das können wir uns im Moment noch gar nicht ganz vorstellen. Aber ich glaube, allein diese drei Paragraphen sind schon genug, um uns sehr kritisch damit auseinanderzusetzen.

Elsa: Das wäre dann auch die abschließende Frage. Was kann denn der Einzelne überhaupt dagegen tun, gegen diesen Vertrag, gegen diese Entwicklung, gegen diese unfassbare Machtübernahme der WHO?

Christof Plothe: Also, wenn man weiß, wieviel Geld dahintersteckt, wenn man weiß, wieviel wir in den Medien bis jetzt davon gehört haben - also hier in Deutschland eigentlich gar nichts, egal mit welchem Freund, egal mit welchem Kollegen ich spreche - eigentlich hat niemand was eben darüber gehört. Dann ist uns schon klar, gegen was wir hier gerade irgendwie sind.

Aber wir hoffen einfach, und deswegen sprechen wir heute auch miteinander, daß wir diese Informationen rausbringen, daß die Menschen darüber informiert werden, daß sie sich austauschen. Daß sie erfahren - und das haben wir auch auf unserer Webseite stehen - welche Repräsentanten in ihrem Land dafür zuständig sind. Ich schätze auch, daß ein Großteil der Politiker sich nicht darüber im Klaren ist, was das Ganze beinhaltet.

Wenn man weiß, wie der Alltag eines Politikers dabei immer ist von Termin zu Termin, und da kommt ein Berater und der sagt jetzt: Hier deine Unterschrift, da deine Unterschrift drunter! Ich war mit Politikern auf Landesebene, auf Bundesebene, auf europäischer Ebene in den letzten Jahren viel zusammen. Ich weiß, wie Entscheidungen dabei gefällt werden. Darauf können wir ... auch nicht setzen.

Aber, informieren Sie ihre Politiker ... Das, was Sie z.B. durch allgemeinnützige Organisationen, wie die "World Council for Health" erfahren, Sie können da auf die Website gehen, da kriegen Sie auch Vorschläge für Anschreiben, Sie kriegen Informationen, Hintergrundorganisationen. Beschäftigen Sie sich mit dem Thema! Verbreiten Sie das Ganze! ... Unsere Hoffnung dabei ist, wir werden auch bald eine Konferenz in Bath in England über allgemeine medizinische Themen haben.

Dabei wird das natürlich auch ein großer Punkt sein, Alternativen anzubieten. Es gibt im Moment eine kleine Bewegung von verschiedenen Organisationen, die sich damit beschäftigen, anstatt eine Pandemie-Treaty - the People's-Treaty, also den Vertrag der Menschen abzuschließen. Und da dürfen die Menschenrechte nicht angetastet werden.

Denn wir haben in den letzten zwei Jahren massive Verletzungen von Menschenrechten gesehen, die uns eigentlich durch ganz viele Gesetze, nationale und internationale Gesetze zustehen, aber interessanterweise auch die gesamten gesetzgebenden Apparate und auch die ganzen Juristen geschwiegen haben.

Wir haben in Deutschland auch den Fall gehabt, daß Leute, die sich dagegen aussprachen, sogar zu Hause von Offiziellen Besuch bekommen haben. Das ist alles keine Verschwörung. Wir haben enormen Druck auf das ganze System dabei erlebt. Ärzte, Wissenschaftler, Juristen, die sich dagegen ausgesprochen hatten, wurden tatsächlich unterdrückt, haben ihre Lizenzen teilweise entzogen bekommen. Das darf nicht die Zukunft sein.

Das heißt, das sollte uns allen klar sein, wir sollten uns informieren, wir sollten aktiv werden und wir sollten uns größeren Organisationen, die sich damit beschäftigen - World Council for

Health ist nur eine davon - auch anschließen. Wenn ich da noch vielleicht erwähnen darf, gerne auch etwas spenden. Wir sind komplett unabhängig und finanzieren uns nur rein durch Spenden.

Wir sind eine Organisation von Menschen für Menschen, wie wir gerne sagen. Dann werden wir sehen, wenn Menschen in der ganzen Welt - wir haben in der Zwischenzeit über 170 Länder, die im Moment uns durch verschiedene Organisationen mit unterstützen. Wir arbeiten ständig daran, das weiter voranzubringen, weiter zu gestalten, weiter zu informieren und hoffentlich auch etwas damit bewegen zu können.

Elsa: Wunderbar. Danke vielmals Herr Plothe für das Gespräch.

Christof Plothe: Ich danke Ihnen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 19/22" berichtete am 6. Mai 2022 (x1.387/...):

>>**Antrag abgelehnt!**

Beschwerden gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht finden kein Gehör

Ulrich Vosgerau

Spätestens seit dem Scheitern der Einführung einer "allgemeinen" Impfpflicht - zuletzt dann nur noch für über 60jährige - im Deutschen Bundestag, wesentlich auch wegen verfassungsrechtlicher Bedenken, beginnt sich unter Verfassungsrechtlern herumzusprechen, daß auch bereits die "einrichtungsbezogene" Impfpflicht, die seit dem 15. März 2022 Ärzte und Pfleger trifft, verfassungsrechtlich unhaltbar ist.

Denn die Einführung einer Impfpflicht wäre nur zulässig, wenn es um die endgültige Ausrottung einer für jedermann lebensgefährlichen Krankheit (Pocken: Sterblichkeit 30 Prozent!) durch Verabreichung eines wirksam zugelassenen, bewährten Totimpfstoffs geht.

Das Coronavirus kann als schnell mutierende Zoonose niemals ausgerottet werden; es ist für jüngere und gesunde Menschen nicht übermäßig gefährlich; und die Impfung, deren Wirkung nach drei Monaten ohnehin erlischt, kann von vornherein keinen wirksamen Fremdschutz vermitteln. Und bei den nur provisorisch zugelassenen mRNA-Impfstoffen handelt es sich nicht um bewährte Totimpfstoffe, sondern eher um eine prophylaktische Gentherapie, die gesunde Muskelzellen durch Einschleusung von RNA zur Produktion von "Spike-Proteinen" umprogrammiert. Deren Nebenwirkungen in der Blutbahn sind unklar, möglicherweise lösen sie Thrombosen aus.

Daher haben in den letzten Monaten Ärzte und Pfleger - die alle keine traditionellen "Impfgegner" sind, nur eben, und zwar aus schulmedizinischen Gründen, die Pflicht zur "Impfung" mit einem kaum wirksamen und zugleich potentiell gefährlichen Impfstoff ablehnen - hundertfach Verfassungsbeschwerde gegen § 20a Infektionsschutzgesetz erhoben. Ganze 215 Anträge hierzu zählt Karlsruhe mittlerweile. Man sollte nun erwarten, daß das Bundesverfassungsgericht sich sorgfältig mit ihren wissenschaftlich fundierten Argumenten auseinandersetzt.

Dies passiert aber nicht: In diesen Tagen und Wochen lehnt das Bundesverfassungsgericht massenhaft die Annahme solcher Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ab und begründet dies stereotyp meist nur mit einem einzigen Satz, der darauf hinausläuft, die Beschwerde sei durch den Prozeßbevollmächtigten - angeblich - mangelhaft begründet worden. Gegen diese systematische Rechtsverweigerung - es geht in jedem Einzelfall immerhin um die Vernichtung der beruflichen Existenz eines Berufsträgers, den die alternde Gesellschaft dringend braucht - beginnen Rechtsanwälte zunehmend Sturm zu laufen.

Eine Verfassungsbeschwerde bedarf (seit 1993) der "Annahme zur Entscheidung". Diese ist theoretisch jedoch kein freier Gnadenerweis des Gerichts, da § 93a Abs. 2 Bundesverfassungsgerichtsgesetz dem Gericht die Annahme zwingend vorschreibt, wenn die Sache grundlegende verfassungsrechtliche Bedeutung hat und die Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde zur Durchsetzung der Grundrechte der Betroffenen angezeigt ist.

So liegt es hier. Die Nichtannahme zur Entscheidung durch das Gericht kann jedoch nicht weiter überprüft werden, es gibt ja keine Berufungsinstanz. Und gemäß § 93d Abs. 1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz, einer rechtspolitisch mehr als problematischen Norm, muß die Nichtannahme zur Entscheidung noch nicht einmal begründet werden.

Den Betroffenen steht aber die Individualbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte offen; dieser kann Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht aufheben, er könnte aber die Bundesrepublik Deutschland wegen Verletzung des Fair-Trial-Grundsatzes aus Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention verurteilen. Denn die Betroffenen haben wenigstens ein Recht auf eine Begründung dafür, warum das Grundgesetz - angeblich - der sinnlosen Vernichtung ihrer Existenz keineswegs entgegensteht.

Der für Verfassungsbeschwerden durchweg zuständige Erste Senat des Gerichts hatte sich in einem Beschluß im einstweiligen Rechtsschutzverfahren bereits vom 10. Februar 2022 zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht positioniert. Schon damals meinte das Gericht, ohne nennenswerte Begründung, keine "durchgreifenden" verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht erkennen zu können.

Denn nicht nur sei die Impfung frei von Nebenwirkungen und schütze zuverlässig, es bestehe auch eigentlich gar keine Impfpflicht, denn jeder Arzt, der damit Probleme habe, könne ja für ein paar Jahre seinen Beruf aufgeben. Dieser blanke Zynismus des Harbarth-Senats löste bei Verfassungsrechtlern allerdings ein gewisses Entsetzen aus.

Eine von mir selbst vertretene Verfassungsbeschwerde zweier Ärzte wurde ebenfalls nicht zur Entscheidung angenommen; sie sei unter Hinweis auf § 23 Abs. 1 und § 92 Bundesverfassungsgerichtsgesetz "bereits unzulässig". Dies bedeutet im Klartext: Die Verfassungsbeschwerde sei gar nicht in der Sache begründet worden und habe auch noch nicht einmal ein Grundrecht benannt, das angeblich verletzt sein solle!

Nun sind diese Behauptungen der zuständigen Kammer nachweislich unzutreffend, selbstverständlich war die Verfassungsbeschwerde - besonders aufwendig - begründet. (Ein Kollege vermutet, das Gericht habe, da es gerade in Rekordzeit massenhaft abweise, meine Verfassungsbeschwerde wohl mit einer anderen einfach nur verwechselt). Wie dem auch sei: wegen der nachweislichen Unrichtigkeit dieser Begründung steht nun durchaus auch der Vorwurf der vorsätzlichen Rechtsbeugung (§ 339 Strafgesetzbuch) im Raum.

Ob die Fehlleistung des Gerichts vorsätzlich oder fahrlässig war, könnte dabei nur dem Votum des berichterstattenden Richters entnommen werden. Interessant nun: als Rechtsanwalt kann man beim Gericht Akteneinsicht nehmen, zur Akte gehört aber, nach der ständigen Praxis des Gerichts, interessanterweise nicht dieses Votum. An das kommt man nur heran, wenn die Staatsanwaltschaft die gesamten Prozeßakten beim Bundesverfassungsgericht beschlagnahmen würde.

Dr. habil. Ulrich Vosgerau lehrte Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sowie Rechtsphilosophie an mehreren Universitäten.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 19/22" berichtete am 6. Mai 2022 (x1.387/...):
>>Urteil: Nicht zuständig

Partielle Impfpflicht: Das Bundesverfassungsgericht sieht keinen Bedarf für eine Prüfung

Björn Harms

Das Bundesverfassungsgericht hat bislang keine einzige Beschwerde gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht zur Entscheidung angenommen. Insgesamt seien bis zum 29. April 215 Verfassungsbeschwerden gegen die "einrichtungs- und unternehmensbezogene Nachweispflicht nach § 20a Infektionsschutzgesetz" eingegangen, teilte das Gericht am Freitag auf Nachfrage der JUNGEN FREIHEIT mit. 172 Beschwerden, also 80 Prozent aller Fälle, seien "nicht zur Entscheidung angenommen" worden.

"In sämtlichen der bereits erledigten Verfahren wurden die Verfassungsbeschwerden entweder

mit einer sogenannten Tenorbegründung nicht zur Entscheidung angenommen oder es wurde vollständig von einer Begründung der Entscheidung abgesehen", heißt es aus Karlsruhe. Weitere 43 Verfahren seien noch anhängig.

In einem Beschluß vom 10. Februar hatte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung abgelehnt, mit dem die Beschwerdeführer begehrt, den Vollzug der "einrichtungs- und unternehmensbezogenen Nachweispflicht" vorläufig auszusetzen. Über das Hauptsacheverfahren hat das Bundesverfassungsgericht noch nicht entschieden.

Die ablehnende Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts beruhe auf einer verfehlten Abwägung, kritisiert der Freiburger Staatsrechtler Dietrich Murswiek gegenüber der Jungen Freiheit: "Die Impfrisiken werden völlig unterschätzt, das Gericht nimmt fälschlich an, daß von den Ungeimpften ein wesentlich größeres Ansteckungsrisiko ausgeht als von Geimpften, und es bagatellisiert den Druck, sich impfen zu lassen, den das faktische Berufsverbot für ungeimpfte im Gesundheitswesen Beschäftigte ausübt."

Um so dringender geboten sei jetzt eine sorgfältig begründete und schnelle Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden, mahnt der emeritierte Rechtswissenschaftler an. "Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist evident verfassungswidrig, weil geimpftes und ungeimpftes Pflegepersonal mit ähnlich großer Wahrscheinlichkeit das Virus auf Patienten überträgt und weil, sofern die Wahrscheinlichkeit bei geimpften (frisch geboosterten) Pflegepersonen für einige Wochen geringer ist, der Unterschied durch tägliche Tests der ungeimpften Pflegepersonen nivelliert beziehungsweise zugunsten der Ungeimpften sogar wesentlich verbessert werden könnte", ist Murswiek überzeugt.

Ein Termin für die Entscheidung in der Hauptsache sei noch nicht absehbar, teilte die Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts mit.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22484"](https://www.klagemauer.tv/22484) berichtete am 10. Mai 2022 (x1.140/...): >>**Nonstop-Spikeproteinproduktion verursacht Langzeitschäden bei Covid-Geimpften**

... Laut dem deutschen Physiker und Therapeut Dr. Klaus Retzlaff, selbstständiger, unabhängiger Wissenschaftler sowie Sprecher eines internationalen Expertenteams, führen Covid-Impfungen zu vielen diffusen Krankheitsbildern. Grund sind die schädigenden Spikeproteine, die nach der Impfung nicht etwa nur einen halben Tag lang vom Körper produziert werden, sondern - wie jüngst entdeckt wurde - auf unabsehbare Zeit. ...

Interview mit *Dr. Klaus Retzlaff*

Interviewerin (Elsa Mittmannsgruber): Würden Sie das dann als Vorsatz bezeichnen, weil dann ist es ja eigentlich so, je besser der Impfstoff ist, je mehr er das tut, was er machen soll, für das er geschaffen worden ist, desto mehr schadet er unserem Körper. Das ist ja das, was Sie gerade eben gesagt haben.

Dr. Klaus Retzlaff: Na ja, so was müßten Kriminalisten rauskriegen. Ich kann erst mal nur feststellen, daß das, was passiert, ja so nicht beabsichtigt war, also vom Konzept her. Das Konzept war erst mal so: Der Körper produziert die Spikeproteine. Das geht für was weiß ich, für einen halben Tag oder Tag und dann ist das vorbei. Was man jetzt erst mal festgestellt hat, ist ja, daß über 60 Tage der Körper ständig, permanent diese Spikeproteine produziert, die ja toxisch sind und zellschädigend wirken; was dann vielfältige Reaktionen auslöst, wie, daß die Blutgefäße selber beginnen, Spikeproteine zu produzieren.

Wenn die das tun, dann kommen Antikörper, die greifen diese Zellen an, verletzen dabei sozusagen die Blutgefäße, dadurch wird die Blutgerinnung angeworfen, das erzeugt dann die ganzen Probleme mit den Thrombosen, Herzmuskelentzündung, Herzinfarkt und dergleichen. Wenn man dann feststellt, das hört nicht auf, dann ist doch das Problem richtig am Kochen. Und warum hört's denn nicht auf?

Vor Kurzem gab es eine schwedische Studie, die festgestellt hat, daß es eben doch klappt, daß die Erbinformation in der mRNA, die eigentlich die Zelle umprogrammieren soll, um die Spikeproteine zu produzieren, daß sie doch in die Erbinformation, in die DNA, eingeschleust werden kann. Und das erklärt, warum das dann nicht aufhört. Die Studie, die bis 60 Tage die Spikeproduktion beobachtet hat - da war's ja so - man hat die Studie beendet, weil man nicht wußte, wie lange man noch hätte warten sollen, das hat auch nach 60 Tagen nicht aufgehört und im Moment weiß keiner, wie lange die Spikes da produziert werden.

Elsa Mittmannsgruber: Es ist auch das Thema Langzeitfolgen, was Sie vorhin schon angesprochen haben. Sie haben ja gesagt, da werden noch einige Dinge auftauchen, die dann auch schwer zurückzuführen sind auf den Impfstoff, weil sie auch relativ diffus wahrscheinlich sind und eben nicht wirklich dann auf eine Ursache zurückgeführt werden können. Was sind denn das für Möglichkeiten, die jetzt entstehen, wahrscheinlich eben Schädigung der Organe, was könnte denn sein, was da jetzt alles kommt oder auf einen Geimpften zukommt, was möglicherweise dann damit zu tun hat.

Dr. Klaus Retzlaff: Das kann ja schon passieren, nehmen wir den Fall, man hat einen Leberschaden. Dann wissen alle Mediziner - und die wissen das besser als ich, weil, ich bin ja kein Mediziner, ich bin ja von Haus aus Physiker. Die wissen, was Leberschäden machen, ja, das Eine ist angesprochen worden. Der Cholesterinhaushalt, der, wenn der aus dem Gleichgewicht geraten ist, können also Verstopfungen eine Minderdurchblutung in jedem beliebigen Organ stattfinden.

Und eine Schädigung bestimmter Organe führt dann wieder zu spezifischen Symptomen. Der eine hat was mit den Nieren, der eine hat was mit dem Herzen, der andere hat vielleicht ständig Kopfschmerzen. Das können ja so ganz unterschiedliche Dinge sein. Das ist ja das Problem, daß es jetzt die Vielfalt von Organerkrankungen im Prinzip sein kann und man sieht nie, es war ursächlich der Impfstoff, der den Ursprungsschaden angerichtet hat.

Elsa Mittmannsgruber: Ist ja jetzt schon so, also da geht's ja nicht nur um Langzeitfolgen, sondern es ist ja jetzt schon so, daß viele Krankheitsbilder auftauchen und es heißt immer, der Impfstoff hat damit nichts zu tun.

Dr. Klaus Retzlaff: Das ist natürlich problematisch, weil das auch in gewisser Weise eine systematische Frage ist. Also wenn erstmal der Arzt gar nicht dafür bezahlt wird, die Impffolgen festzuhalten und es eine dreiviertel Stunde manchmal dauert um ans Paul Ehrlich Institut zu melden - was ich gehört habe - der dafür gar keine zeitlichen Kapazitäten hat, dann entfällt da schon mal eine ganze Menge an Meldung.

Dann aber ist ja auch die Frage, da sehr wenig Aufklärung stattfindet, wenn jemand geimpft wird - das ist nur sehr kurz, über viele Nebenwirkungen wird gar nicht gesprochen - dann ist ja der Arzt auch sowieso in der Haftung. Und wenn er dann feststellen muß, er hat den Schaden, der da auftritt, über den hat er nicht aufgeklärt - also so sagen mir das die Juristen - dann ist der Arzt fällig. Also ein Arzt, der geimpft hat, kann für sich erstmal gar nicht das Interesse haben unbedingt das aufzuklären.

Und dann hat man natürlich auch noch die Abteilung der Informationspolitik, um das mal vorsichtig auszudrücken, die natürlich uns immer predigt, die Impfstoffe seien sicher. Obwohl wir wissen, daß die ja natürlich nur eine vorläufige Zulassung haben, daß nicht einmal die Untersuchungen zur Dosisfindung abgeschlossen sind - erst 2023 sollen die abgeschlossen sein - aber die Impfstoffe werden schöngeredet. Und wer den Kopf raus steckt, der ist schnell auch, sagen wir, einen Kopf kürzer gemacht. Deswegen bin ich ja auch hier und trage vor.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22506" berichtete am 12. Mai 2022 (x1.140/...): >>Strafanzeige zu Covid-Impfungen - doch Staatsanwaltschaft verweigert Aufklärung

Dr. Klaus Retzlaff, deutscher Physiker und Therapeut, hat angesichts der eklatanten Impfschäden und Übersterblichkeit durch Covid-Impfungen Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung gestellt. Denn trotz vorliegender stichhaltiger Forschungsergebnisse unabhängiger Wissenschaftler werden von seiten der Politik und Behörden keine Untersuchungen angeordnet. Doch statt sich dieses Verbrechens an der Bevölkerung anzunehmen, unternimmt auch die Staatsanwaltschaft nichts. Ist es höchste Zeit für ein Volkstribunal? ...

Interview mit *Dr. Klaus Retzlaff*

Interviewerin (Elsa Mittmannsgruber): Jetzt haben Sie vorher eben gesagt, das können Sie so nicht beantworten, daß das dann Vorsatz ist, daß der Impfstoff uns eigentlich gezielt schädigt, wenn ich das jetzt mal so sag.

Aber ist es dann nicht Vorsatz oder eine vorsätzliche Schädigung, wenn dann so viele Ergebnisse und so viele Anzeichen schon da sind. Wenn eben ehrenamtlich Wissenschaftler daran arbeiten und sagen "hört uns doch bitte zu" und das wird dann ignoriert und es trotzdem weiter geimpft wird. Da sind wir dann doch schon in einer Richtung ...

Dr. Klaus Retzlaff: Also da kann ich ganz definitiv was sagen: Nachdem ich eine Untersuchung der statistischen Zahlen gemacht habe über die Übersterblichkeit für die Monate Mai bis einschließlich September in 2021, im Vergleich zu den 10 Jahren davor. Da habe ich eine hochsignifikante Übersterblichkeit gefunden, mit über drei Standardabweichungen. Über drei Standardabweichungen, das bedeutet, das ist eine solche Abweichung, die kann praktisch nicht mehr durch Zufall erklärt werden. Teilweise findet man dafür gar keine Werte mehr in den Tabellen.

Das heißt, man hat eine Übersterblichkeit auch in der nicht vulnerablen Bevölkerung, auch bei denen, die sonst nie Probleme mit Covid hatten. Und von dem Hintergrund, daß dieser Übersterblichkeit nicht nachgegangen wird und wurde, habe ich Strafanzeige gestellt wegen fahrlässiger Tötung. Weil hier im Prinzip ein Staatsversagen vorliegt - ich seh' hier also eine Gefahrenlage von nationaler Tragweite, wenn man so will - und ich hab die Strafanzeige eingereicht bei der Staatsanwaltschaft Magdeburg.

Und bis heute ist nichts passiert. Ich hab zwar Schreiben bekommen, das sei ja alles nicht kausal, ich hab aber die Kausalität nachgewiesen. Und zwar nicht nur durch die Statistik, sondern auch durch das benennen von Zeugen, von Pathologen - ich erinnere an die Pathologenkonzferenz. Von anderen Wissenschaftlern, die hier definitiv Kausalitäten nachgewiesen haben, es ist trotzdem, es wird nicht untersucht und in dem Moment ist die Phase erreicht, daß ich Beschwerde eingelegt habe wegen Untätigkeit. Die Staatsanwaltschaft geht dem nicht nach.

Wenn die Politik und Medien bereits den öffentlichen Diskurs zu Covid-19-Fragen verweigerten und nun auch die Staatsanwaltschaft trotz massivster Impfschädigungen und steigender Zahlen an Impftoten nicht aktiv wird, ist da nicht die Zeit gekommen, daß die Bevölkerung wieder selber ein unabhängiges Tribunal bildet?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Mai 2022: >>Urteil der Schande: Karlsruhe bestätigt Impfpflicht

Von *Sven Reuth*

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat sich erneut als Erfüllungsgehilfe der Politik hervorgetan und die Impfpflicht für Pflegekräfte und medizinisches Personal für verfassungsgemäß erklärt. Wurde die Corona-Epidemie schon Jahre zuvor von den globalen Eliten geplant? Mehr dazu erfahren Sie in dem Buch Corona: Der große Intelligenztest von Valentino Bonsanto und Jan van Helsing.

Es bleibt wie gehabt. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht macht nicht mehr viel Federlesens und bestätigt unter seinem Präsidenten Stephan Harbarth (CDU) brav eines ums andere Mal die Vorgaben der Regierung. Gestern wiesen die Richter eine Verfassungsbeschwerde zurück, die sich gegen diejenigen Teile des Infektionsschutzgesetzes richtete, in denen die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Pflegekräfte und medizinisches Personal festgeschrieben ist.

Keine mündliche Verhandlung

Die Entscheidung erfolgte ohne mündliche Verhandlung. Damit wurde den Klägern die Möglichkeit genommen, die zahlreichen Studienergebnisse aus dem In- und Ausland zu präsentieren, die besagen, daß eine Impfpflicht eben nicht zum sicheren Schutz dritter Personen führt.

Statt dessen urteilten die Richter:

"Der sehr geringen Wahrscheinlichkeit von gravierenden Folgen einer Impfung steht die deutlich höhere Wahrscheinlichkeit einer Beschädigung von Leib und Leben vulnerabler Menschen gegenüber."

Auch das wieder eine reine Behauptung, die leider nicht in einer mündlichen Verhandlung überprüft werden konnte. Tatsächlich weisen immer mehr Studien darauf hin, daß die Impfungen mit hohen gesundheitlichen Risiken verbunden sind.

Drastische Einschnitte in die Grundrechte

Dieses Urteil bestätigt einmal mehr all diejenigen in ihren Befürchtungen, die schon lange der Auffassung sind, daß man die Verfassung mittlerweile vor dem Bundesverfassungsgericht schützen muß. Die höchst fragwürdige Corona-Politik der Bundesregierung wurde von den höchsten Richtern Deutschlands jetzt schon mehrfach nur noch durchgewinkt, aber gar nicht mehr ernsthaft überprüft. Ein gutes Beispiel dafür war auch der Umgang des Verfassungsgerichts mit dem "Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite", der sogenannten Bundesnotbremse.

Diese sieht ab bestimmten Inzidenzwerten drastische Einschnitte in die Grundrechte vor, so unter anderem auch Ausgangssperren. Diese sind normalerweise ein Mittel des Kriegsrechts und des Ausnahmezustandes, werden hier aber plötzlich zu einem Instrument der Pandemiebekämpfung umgedeutet.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

Schon aus medizinischer Sicht ist das Quark, denn da das Sars-CoV-2-Virus hauptsächlich durch Aerosole - also durch Schwebeteilchen in der Luft - übertragen und verbreitet wird, ist die Ansteckungsgefahr in engen Innenräumen mit hoher Belegung und schlechter Belüftung hoch, nicht aber im Freien. Aus rechtlicher und politischer Sicht wiederum ist ein Gesetz, das der Regierung die Einführung von Ausgangssperren erlaubt, höchst begründungsbedürftig, da hier Grundrechte zur Disposition gestellt werden, die eigentlich unverhandelbar sind.

Gesetz "nicht zustande gekommen"

Um so skandalöser ist es, daß die Bundesnotbremse nicht einmal im Zuge eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens verabschiedet wurde. Eigentlich wäre bei diesem Gesetz nämlich eine Zustimmungsbedürftigkeit des Bundesrates gegeben gewesen, da die in ihm vorgesehene Testpflicht von Lehrer- und Schülerschaft im Falle der Durchführung von Präsenzunterricht eine länderseitige Kostenlast verursacht.

Tatsächlich aber wurde die Bundesnotbremse von der Regierung dann als sogenanntes Einspruchsgesetz auf den Weg gebracht, woraus dann folgte, daß eine Zustimmung durch die Länderkammer nicht mehr zwingend notwendig war.

Auch juristisch geschulte Beobachter überkam angesichts dieses Vorgehens das kalte Grausen. Holger Grefrath, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Berliner Humboldt-Universität, stellte auf seinem Blog beispielsweise fest, daß hier ein "Herzstück der föderalen Gewaltenteilung" zur Disposition gestellt werde. Die

"offenkundige formelle Verfassungswidrigkeit der Norm" sei bislang kaum thematisiert worden, das Gesetz sei wegen der fehlenden Zustimmung des Bundesrates als "nicht ... zustande gekommen" anzusehen.

Der "Parteisoldat" Harbarth

Doch als sich der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts unter Vorsitz von Stephan Harbarth im Frühjahr vergangenen Jahres mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Bundesnotbremse befassen sollte, sah er sich "derzeit" nicht in der Lage, diese Rechtsfrage zu beantworten. Für den bekannten Strafverteidiger Gerhard Strate war das eine "unverhohlene politische Entscheidung", wie dieser in einem Artikel für das Magazin Cicero feststellte.

Die "schon an Arbeitsverweigerung grenzende Abneigung des Bundesverfassungsgerichts, geplagten Bürgern inmitten einer der schlimmsten politischen Krisen der bundesrepublikanischen Geschichte wenigstens hin und wieder wirksam Rechtsschutz zu gewähren" erkläre sich möglicherweise "auch aus dem Denken des Parteisoldaten" Stephan Harbarth, der als enger Vertrauter der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gilt. Von dem Gedanken eines funktionierenden Rechtsschutzes werden sich die deutschen Bürger mit Blick auf die Corona-Krise wohl endgültig verabschieden können.

Der Wahnsinn hat Methode! In dem Buch Corona - Der große Intelligenztest von Valentino Bonsanto und Jan van Helsing wird er entlarvt. Mit diesem Buch überzeugen Sie auch den hartnäckigsten Zeugen Coronas, daß wir nach Strich und Faden belogen werden. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 22/22" berichtete am 27. Mai 2022 (x1.387/...):

>>Corona als Damaskus-Erlebnis

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot ist über die leichtfertige Aufhebung von Grundrechten in der Corona-Politik entsetzt / Warnung vor einem Orwell-Staat in der Zukunft

Thorsten Hinz

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, Professorin für Europapolitik an der Universität Bonn, vordem an der Uni im österreichischen Krems, hat sich in der Vergangenheit einen Namen als Produzentin von Schnapsideen gemacht. Gemeinsam mit dem als Zitate-Fälscher entlarvten Schriftsteller Robert Menasse verfaßte sie ein "Manifest für die Begründung einer Europäischen Republik", das so bahnbrechende Visionen enthält wie: "Wenn sich Europa über die Bankenunion und den Schuldentilgungsfonds in Richtung Haftungsunion weiterentwickeln wird, dann wird auch die gemeinsame Entscheidung über Ausgaben anders organisiert werden müssen."

Aus Maastricht und seinen geldpolitischen Folgen nichts gelernt, kann man da nur sagen.

Ein paar Jahre später kam sie auf die Idee, Zuwanderern aus der Dritten Welt in Europa Bauland zur Verfügung zu stellen. Analog zu New Hannover oder New Hampshire in den USA entstünden für Syrer ein Neu-Aleppo, für Afghanen ein Neu-Kandahar und für Nigerianer ein Neu-Ondo und für alle "ein buntes Europa, ein respektvolles Nebeneinander, ein Verbund von Andersartigkeit unter gleichem europäischen Recht, ein kreatives Netz von Vielfalt". Auch die Finanzierung wäre kein Problem: "Die Neuankömmlinge haben anderes, interessantes Essen, das eine oder andere unbekannte Gewürz. Künstler kommen, um zu schauen, zu malen und zu dichten. Es entstehen hippe Cafés" usw. usf.

Man muß sich diesen Unsinn vergegenwärtigen, um Frau Guérots Damaskus-Erlebnis, das sich in ihrem neuen Buch niederschlägt, in seiner ganzen Wucht zu würdigen. Es ereilte sie zu Beginn des Corona-Lockdowns im März 2020, als sie auf einer Parkbank am Donau-Kanal in Wien sitzend - "weit und breit allein auf weiter Flur" -in die Frühlingssonne blinzelte.

Vier bewaffnete Polizisten traten auf sie zu und forderten sie auf, den öffentlichen Raum zu verlassen. Was sie wahrnahm, war neben der Kujonierung ihres Alltags die Abschaffung des öffentlichen Raums als Ort des sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Mit-

einanders, kurzum: als Ort individueller und kollektiver Freiheit. Dieser Zustand ist noch längst nicht behoben und kann sich jederzeit wiederholen.

Für Guérot als Anhängerin des liberalen Rechtsstaats war das ein Schock. Sie bestreitet die Corona-Krankheit nicht, die auch ihren Familien- und Bekanntenkreis mit teilweise schweren Symptomen heimsuchte. Doch das rechtfertigt nicht den Ausnahmezustand, die Aufhebung verbriefter Rechte und verfassungsmäßiger Garantien mit der Universalbegründung der Pandemiebekämpfung. Noch immer findet keine Evaluierung der Corona-Politik und ihrer wirtschaftlichen, sozialen, psychischen Kollateralschäden statt. Die Medien liefern weiter einen "Gefälligkeits- und Panikjournalismus", während kritische Stimmen so gut wie keinen Zugang erhalten. Guérot sieht den Grund darin, daß am Ende einer ehrlichen Bilanz eine Welle von Regreßforderungen stünde.

Erlaubt war eine einzige, staatlich verordnete Sichtweise

Was sie in drei Kapiteln aufzählt, ist meistens nicht wirklich neu; sie faßt die relevanten Kritikpunkte in geballter Form und mit von Zorn befeuerter Verve zusammen. Der Titel kündigt eine Streitschrift an, die erklärtermaßen aufrütteln, eine Bresche und gleichzeitig eine Brücke schlagen soll, um die Argumente und Fakten, die nur in den alternativen Medien zu finden sind, mit dem Diskurs der Leitmedien in Verbindung zu bringen.

Die wichtigsten Stichworte und Gedanken: Die Justiz ist eingeschüchtert, das Bundesverfassungsgericht hat beim Schutz der Grundrechte völlig versagt. Wir haben es mit einer "Verstrickung internationaler Stiftungen mit der globalen Governance im Gesundheitssystem" zu tun. Erlaubt ist eine einzige, staatlich verordnete Sichtweise. Das isolierte, seiner sozialen Kontakte und sinnlichen Erfahrungen beraubte Individuum bewegt sich in einer entfremdeten Welt der Simulationen.

Die Dauerbeschallung mit nicht validen Zahlen, Meldungen, Expertisen ist eine "systematische Irreführung durch widersprüchliche Informationen". Sie entspricht einer von der CIA entwickelten Verhörmethode und der Praxis in nordkoreanischen Gefängnissen, die Gefangenen zu verwirren, indem man ihnen nach unkalkulierbaren Kriterien kleine Freiheiten gewährt - oder auch nicht. "Am Ende weiß keiner mehr, was er eigentlich darf."

Dem politisch-medialen stellt sie den "digital-biometrischen-finanzkapitalistischen Komplex" zur Seite, der das Bewußtsein okkupiert und den menschlichen Körper zu verwerten trachtet. Mit dem globalen Impfpaß, der Abschaffung des Bargelds und einem implantierten Chip würden die Menschen grenzenlos kontrollier- und bald auch bis in die Bewußtseins- und Denkprozesse hinein steuerbar.

Die vom digital-kapitalistischen Globalregime unterhöhlten Staaten könnten ihren Bürgern keinen Schutz mehr bieten. Um die Verwirklichung dieser Horrorvision zu verhindern, stellt sie sich eine "postnationale, postkapitalistische und postpatriachale Welt" vor. Nun ja.

Obwohl der Corona-Autoritarismus sich allerspätestens in der "Refugee- und Klima-Hysterie" angekündigt hatte, zeigt Frau Guérot sich von ihm überrascht. So ganz hat sie sich aus ihrer illusionären Blase immer noch nicht befreit und gibt sich im Vorwort überzeugt, daß in der Debatte um die Einführung des Euro der zwanglose Zwang des besseren Arguments geherrscht hätte.

Erschwerend für die Lektüre ihrer insgesamt lesenswerten Schrift ist die konsequente Gender-Schreibweise. Sämtliche personenbezogenen Substantive sind mit einem Binnen-Doppelpunkt versehen. Diesen Unfug sollte man den Spinner:innen überlassen. Oder, mit Verlaub, den Idiotinnen und Idioten.

Ulrike Guérot: Wer schweigt, stimmt zu. Über den Zustand unserer Zeit und darüber, wie wir leben wollen. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2022, ... 140 Seiten ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22669" berichtete am 30. Mai 2022 (x1.138/...): >>Ehemalige Chefredakteurin Elsa Mittmannsgruber beleuchtet die wirkliche Gefahr hinter Corona

Ehemalige Wochenblick-Chefredakteurin *Elsa Mittmannsgruber* zeigt in ihrem Vortrag in erschreckender Deutlichkeit auf, wie sich die Maßnahmen zur Eindämmung der sogenannten Corona-Pandemie zu einer allumspannenden Gefahr entpuppt und ausgeweitet haben, die uns noch sämtlicher Freiheiten und Rechte berauben wird, wenn die Völker jetzt nicht erwachen und aufstehen.

Sie hoffen, durch die Impfung ist bald alles vorbei? Dann muß ich Sie leider enttäuschen. Es wird schlimmer. Die sogenannte Pandemie wird künstlich am Leben gehalten und diesen Herbst/Winter erst richtig durchschlagen, und zwar genau wegen der Impfung. Die Wirksamkeit all der Maßnahmen, wie z.B. die FFP2-Masken, die Tests, die Lockdowns und auch die Corona-Impfungen zur Eindämmung des Virus sind nicht wissenschaftlich belegt.

Die Regierung handelt willkürlich, folgt keiner Logik. Die Warnungen unzähliger Wissenschaftler bleiben ungehört. Die Proteste der Menschen ebenso, weil die Regierenden kein Interesse am Ende des Ausnahmezustands haben. Aber weshalb? Weil sie Zeit gewinnen wollen. Dies hat mehrere Gründe:

1. Wenn unseren Alltag Fragen bestimmen, wie: Wann darf ich rausgehen? Mit wie vielen Menschen darf ich mich treffen? Welche Maske muß ich tragen? Wo brauch ich einen Test, damit ich reindarf? - dann macht das etwas mit uns. Es macht uns klein. Das Wirrwarr an Regeln, Fällen und Inzidenzen und Zahlen verwirrt und überfordert. Die immer schärferen Maßnahmen und der erhobene Zeigefinger, obwohl man doch so brav war, führen zu Resignation und Gefühlen von Ohnmacht.

Die soziale Distanz, die Gesichtlosigkeit der Mitmenschen durch die Masken und die mangelnden Zukunftsperspektiven nehmen uns Halt und Orientierung. Alles zusammen schwächt und überfordert die Menschen massiv. Und das ist genauso gewollt, denn die Herrschenden brauchen geschwächte und orientierungslose Menschen, um die Gesellschaft im Sinne des Great Reset umzubauen. Soziale Isolation, Entwürdigung, Gefühle der Machtlosigkeit brechen die Menschen und machen sie leicht lenkbar.

2. Der zweite Grund für einen möglichst langen Ausnahmezustand ist: Da der Mensch ein Gewohnheitstier ist, stellt sich auch diesbezüglich ein Gewöhnungseffekt ein. Er gewöhnt sich an ein kontrollierendes, tyrannisches Regime, auf das in Zukunft weiter aufgebaut werden kann. Weiter werden durch Tests, Masken und Impfungen Abhängigkeiten erzeugt, die ein freies, selbstbestimmtes Leben unmöglich machen. Wer nicht mitmacht, wird an den Rand der Gesellschaft gedrängt, was uns zugleich zum letzten Punkt führt:

Die Widerspenstigen, die sich dann noch immer nicht beugen, sollen ausgesiebt werden. Sie sind die, die der geplanten Zukunft nach dem Great Reset gefährlich werden könnten. Es ist wichtig zu begreifen, daß es für alle Seiten ein Spiel auf Zeit ist. Nichts wird sich von alleine lösen, wenn niemand dagegen aufsteht. Im Gegenteil:

Die Situation wird immer verfahrenener. Gleichzeitig werden die diktatorischen Maßnahmen immer schärfer - wir verlieren immer mehr Freiheit, die nicht mehr so einfach zurückgewonnen werden kann. Widerstand wird immer schwieriger, was man gut an der verschärften Gangart gegenüber den Demonstranten sowie der immer strengeren Zensur erkennen kann. Und das Allerschlimmste:

Die Impfungen werden immer mehr. Aber warum ist das schlimm? Weil sich die Hinweise immer mehr verdichten, daß die echte Pandemie erst bevorsteht, und zwar durch die Impfung. Es wird zu einem massiven Anstieg an Todesfällen kommen, weil Covid-19 durch die Impfung erst zu einer wahren Gefahr werden könnte, für die Geimpften und die Nichtgeimpften.

Wir haben bereits über die Ausführungen der irischen Immunologin und Molekularbiologin Professor Dr. Dolores Cahill berichtet. Sie warnt, daß das eigene Immunsystem den Körper bekämpft, wenn der Geimpfte mit wilden Corona-Viren in Kontakt kommt mit tödlichen Folgen. Und was den Ungeimpften blüht, beschreibt der Impfstoffhersteller, Virologe und ehemalige Gates-Insider Geert Vanden Bossche. Er prophezeit, daß die Massenimpfungen das eigentlich harmlose Corona-Virus in ein unkontrollierbares Monster verwandeln. Es wird infektiöser, aggressiver und läßt auch junge Menschen erkranken.

Die Zahlen aus Israel, dem Land mit der höchsten Durchimpfungsrate, dürften beide Theorien bestätigen: Die Anzahl an Sterbefällen ist enorm hoch, und es scheint, als hätte das Virus in nur wenigen Wochen seine Natur verändert. Plötzlich betrifft es nicht mehr nur alte Menschen mit Vorerkrankungen, sondern auch bei jungen, bis hin zu Neugeborenen ist seitdem ein massiver Anstieg an kritischen Verläufen von Covid-19 zu beobachten.

Je mehr wir impfen, desto mehr wird es uns auch in Deutschland oder Österreich so ergehen. (Zitat Videosequenz: Bill Gates sagt: "Wir werden uns auf den nächsten Virus vorbereiten müssen. Und DER wird WIRKLICH Aufmerksamkeit erregen.")

Das nächste Virus wird etwas mehr Aufmerksamkeit bekommen, prophezeite Bill Gates im vergangenen Jahr mit einem Lächeln auf dem Gesicht. Vermutlich meinte er damit genau jene Entwicklungen durch die Impfungen und hält damit ein weiteres Versprechen, nämlich, daß jeder Mensch auf der Welt gegen Covid-19 geimpft werden muß, denn wenn die echte tödliche Pandemie kommt, wird der Widerstand dagegen aller Voraussicht nach verstummen. Deshalb sind die Menschen, die sich jetzt ohne Not, rein aus Gruppenzwang, Selbstgefälligkeit oder Freiheitsdrang gegen Covid-19 impfen lassen, keine Helden, sondern sind nur der Propaganda aufgefressen.

Sie helfen nicht mit, die Pandemie zu beenden, im Gegenteil: Selbst die WHO und das Weltwirtschaftsforum räumen ein, daß eine Verbreitung des Virus durch die Impfung nicht unterbunden wird. Auch eine Ansteckung kann nicht verhindert werden, lediglich ein schwerer Verlauf der derzeitigen Virusvarianten. Wir beschützen also die Risikogruppen nicht, wenn wir uns impfen lassen - warum also sollen sich Jugendliche, für die Covid-19 absolut keine Gefahr darstellt, impfen lassen? Vermutlich mehrmals im Jahr, da das Virus ja mutiert und durch Impfungen niemals eine natürliche Herdenimmunität entstehen kann.

Ohne die Impfung hätten wir die Möglichkeit, eine natürliche Herdenimmunität mit einem vergleichsweise harmlosen Virus zu entwickeln.

Doch mit ihr begeben wir uns in eine Endlosspirale der Abhängigkeit mit verheerenden Folgen für unsere Freiheit und unsere Gesundheit.

Noch steht eine Mehrheit in Österreich den Corona-Impfungen skeptisch gegenüber, aber es wird alles darangesetzt, daß sich dies ändert, mit unfaßbarer Propaganda und psychischem Druck. Jetzt kommt der Grüne Paß, das gepriesene Ticket in die "Freiheit".

Ich bin gespannt, wie viele sich dadurch zum Impfen umstimmen lassen. Ich, für meinen Teil, sage es jedenfalls mit aller Klarheit: Ich lasse mich sicher nicht impfen!<<

[Der Internet-Blog "melezyprzikap.wordpress.com"](https://melezyprzikap.wordpress.com) berichtete am 27. Juni 2022 (x1.306/...):

>>**Von Vollidioten begangene Verbrechen**

welt.de (23.06.2022): "Die Liste der Schäden ist lang. Sie haben nur nichts mit dem Virus zu tun. Krank, unglücklich und zu dick: Eine ganze Generation von Kindern und Jugendlichen kämpft mit den Folgen der Corona-Maßnahmen."

Laut Destatis: Deutlicher Geburtenrückgang in den ersten Monaten des Jahres 2022.

Was dumme Eltern, eine Gesellschaft aus Idioten und staatliche Institutionen eines zivilisatorischen Mittelalters in seinem 2.600-jährigen Bestehen unschuldigen Kindern antaten und weiter antun, spottet jeder Beschreibung.

Selbst wenn es den direkten Effekt von Schwangerschaftsabbrüchen durch die sogenannten Impfungen gibt, hat die Summe der individuellen - auch unbewußten - Ängste vor schweren Komplikationen einer möglichen Schwangerschaft, einen weitaus höheren Einfluß auf die Zahl der Geburten.

Stefan Wehmeier "Das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit", März 2022: "Die mRNA-Impfaktion war das bisher schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit unabsehbaren Langzeitfolgen. Eine Folge wird sein: Viele geimpfte Frauen werden aus Angst vor Fehl- oder Mißgeburten keine Kinder mehr bekommen wollen."

Bei allem nachvollziehbaren Begehren nach irgendeiner Art Gerechtigkeit, muß darauf hingewiesen werden, daß eine alternative Vergangenheit ab 1968 unvorstellbar schrecklicher verlaufen wäre, zumindest für einen übriggebliebenen Rest von vielleicht einem Zehntel der Weltbevölkerung, das heute in einem Mad-Max-Szenario ums Überleben kämpfte.

Der genialste Ökonom der bekannten Geschichte, Jesus von Nazareth, soll kurz vor seinem freiwilligen, biologischen Ableben am Kreuz angeblich bei "seinem" Vater um Vergebung derjenigen gebeten haben, die nicht gewußt hätten, was sie getan hatten.

Die an der Hinrichtung Beteiligten jedenfalls taten das, was Jesus beabsichtigte. Wenn er also etwas in diesem Sinne gesagt haben sollte, könnte er vielleicht diese gemeint haben. Viel wahrscheinlicher ist, daß Jesus im Falle einer ähnlichen Aussage, die geistig Toten in ihrer Gesamtheit gemeint hat, von denen er selbstverständlich wußte, daß sie bis zu seiner Auferstehung nicht wissen können, was sie tun, weil sie unbewußte Idioten sind und bis zum jüngsten Tag bleiben werden.

Das in der hoffnungslos komplizierten Welt der Zinsgeld-Ökonomie fast in ihrer Gänze überflüssige Rechtswesen kennt den Begriff der (verminderten) Schuldunfähigkeit. Auf welchen berufsmäßigen Vollidioten (Politiker) und weitere "elitäre", wichtigtuerische Schwachköpfe aus den Dummschwätzer-Branchen diese zutrifft, ist keinen Disput wert.

Denn vor und über einer juristischen Aufarbeitung steht das jüngste Gericht. Das ist die unausweichliche Auseinandersetzung jedes Einzelnen mit seinem eigenen Gewissen als Richter, wenn das Programm GENESIS, das die Zinsgeld-Ökonomie erst möglich machte, mit deren Zusammenbruch, gelöscht ist.

Von der Justiz abgesehen, können sich die durch Religion geistig Toten nur eine übergeordnete Instanz vorstellen, die mit Blick auf die Sünden und schlechten Taten eine der Bilanz des Lebens angepaßte Strafe ausspricht und vollzieht. Sich durch Wissen seines Gewissens bewußt zu werden wird eine neue Erfahrung sein, die in vielen Fällen fürchterlich sein wird.

Die Frage in der Überschrift wird dann jeder nach seinem besten Wissen und Gewissen beantworten müssen.

Davon werden auch nicht die kleinsten, miesesten Kanailen der Weltgeschichte verschont, wenn sie nicht vorher verdampfen, was aus guten Gründen als Gnade angesehen werden kann (damit ist nicht (nur) der vermeintliche Superschurke dieses widerwärtigen, ekelhaften Propagandastücks gemeint):

Focus.de: "Sie sind abgestumpft nach vier Monaten Krieg? Dann schauen Sie bitte diese Hab-eck-Rede"

Jürgen Plechinger (Ein Mensch des letzten Zyklus des privaten Zinsgeldkapitalismus) oder Didymos Judas Thomas am 27.06.2022<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. Juni 2022: >>**Ungeimpfte haben unsere Freiheit gerettet**

Von Karel Meissner

In den Nicht-Geimpften erkennt die kanadische Autorin Susan Dunham moderne Freiheitshelden - zu Recht. Entwarnung kann nicht gegeben werden: In der Neuerscheinung "Ges-

cannt" beschreibt Investigativjournalist Nick Corbishley, wie wir mit elektronischen Impfpässen und digitalen IDs zu Sklaven des Regimes gemacht werden sollen.

Noch vor wenigen Wochen galten Kritiker der Zwangsimpfung als neue "Untermenschen". Machthaber, Mainstream-Medien und Mitläufer übertrafen sich gegenseitig im Erfinden neuer Haßwörter, wilder Verschwörungstheorien (Lauterbachs "Geiselhaft- Behauptung") und neuer Schikane-Maßnahmen.

Jetzt zeigt die kanadische Autorin Susan Dunham in ihrem Artikel "What We Learned From Hating the Unvaccinated", daß die Gesellschaft den standhaften Impfkritikern und Ungeimpften Dank schuldet. Ihnen habe man es zu verdanken, daß unsere Demokratie noch nicht völlig vor die Hunde gegangen sei.

COMPACT publiziert Dunhams Artikel in deutscher Übersetzung:

Was wir aus dem Haß auf Ungeimpfte gelernt haben

_ von *Susan Dunham*

Das Schlachtfeld ist nach Kanadas Krieg gegen die Ungeimpften immer noch warm. Die Maßnahmen wurden gelockert, und beide Seiten stolpern zurück in etwas, das wie die alte Normalität aussieht - außer daß den Menschen, die wir zu brechen versuchten, eine neue und gegenwärtige Verletzung zugefügt wurde. Und niemand will darüber reden.

Noch vor wenigen Wochen war es das eingestandene Ziel unserer eigenen Führer, das Leben für Ungeimpfte unerträglich zu machen. Und wir, als stellvertretendes Kollektiv, haben diesen Schmerz gewaltsam multipliziert und den Kampf in unsere Familien, Freundschaften und Arbeitsplätze getragen. Heute erkennen wir die harte Wahrheit, daß nichts davon gerechtfertigt war - und erhalten dabei eine wertvolle Lektion.

Es war ein schnelles Abrutschen von Rechtschaffenheit in Grausamkeit. Wie sehr wir auch unseren Anführern die Schuld dafür geben mögen, wir sind dafür verantwortlich, trotz besseren Urteilsvermögens in die Falle getappt zu sein.

Wir wußten, daß die schwindende Immunität eine große Zahl der vollständig Geimpften mit der schrumpfenden Minderheit der Ungeimpften gleichstellte, aber wir setzten sie einer besonderen Verfolgung aus: Wir sagten, sie hätten nicht "das Richtige getan", als sie ihre Körper der staatlichen Fürsorge verweigert hätten - obwohl wir wußten, daß prinzipieller Widerstand gegen so etwas unter allen Umständen unbezahlbar ist.

Und wir ließen uns vormachen, daß es ihre Schuld sei, daß wir in einen weiteren wirkungslosen Lockdown gehen mußten, und nicht die Schuld der toxischen Politik.

Und so kam es durch vorsätzliche Ignoranz von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik, daß wir die Ungeimpften in solchem Maße unter Druck setzten.

Wir erfanden eine neue Kategorie für den guten Bürger und machten uns - da wir selbst keine waren - ein Vergnügen daraus, jeden zum Sündenbock zu erklären, der diesen Anforderungen nicht entsprach. Nach monatelangen Lockdowns fühlte es sich einfach gut an, jemandem die Schuld zu geben und ihn zu verunglimpfen.

Wir können also nicht erhobenen Hauptes glauben, daß wir die Logik, die Liebe oder die Wahrheit auf unserer Seite haben, während wir den Ungeimpften böse den Tod gewünscht haben. Das Beste, was wir tun können, ist, uns unserer rasenden Unmenschlichkeit bewußt zu werden, weil wir so viele ins Abseits gestellt haben.

Die meisten von uns, die die Nichtkonformen an den Pranger stellten, taten dies, weil es wie ein sicherer Sieg aussah, als würden die Ungeimpften niemals unversehrt durchkommen. Die versprochene neue Normalität sah in der Tat alternativlos aus, also stellten wir uns auf ihre Seite und machten die Verweigerer zu Boxsäcken. ...

Es war nicht die stille Befolgung der Regeln, die uns vor der endlosen Herrschaft der Pharmaunternehmen und vor medizinischen Kontrollpunkten an jeder Tür bewahrt hat. Das dies nicht geschah, das haben wir jenen Leuten zu verdanken, die wir zerstören wollten.

Diejenigen unter uns, die nicht zu den wenigen Erbärmlichen gehören, die auf eine Rückkehr des Impfzwangs hoffen, könnten also Dankbarkeit für die Ungeimpften empfinden. Wir haben den Köder geschluckt und sie gehaßt, aber ihre Beharrlichkeit hat uns die Zeit verschafft, zu erkennen, daß wir falsch lagen.

Im Moment sieht es so aus, als ob die Impfpflicht wieder eingeführt wird, aber dieses Mal besteht Hoffnung, daß mehr von uns sie als das erkennen, was sie ist: ein zunehmender Autoritarismus, der sich nicht um unser Wohlergehen sorgt. Wenn es einen Feind gibt, dann ist es das Spiel mit dem Vertrauen in die staatliche Macht und der durchsichtige Versuch, uns zu zerreißen. Das zu beachten, scheint unsere beste Chance auf Erlösung zu sein."

Die Gefahren stecken nicht nur in der Spritze: In seinem Buch "Gescannt" beschreibt Investigativjournalist Nick Corbishley, wie wir mit elektronischen Impfpässen und digitalen IDs zu Sklaven des Regimes gemacht werden sollen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Juli 2022: >>**Maskenwahn: Polizei legt COMPACT-Helfer in Handschellen**

Eine Reise mit der Deutschen Bahn gleicht schon fast einem Abenteuer, wenn man von der Maskenpflicht befreit ist. Klingt komisch, ist aber so! Natürlich sollte es mit einem ärztlichen Attest keinerlei Probleme geben, ohne Maulkorb in einen Zug zu steigen. Doch wurde ich eines Besseren belehrt, als ich mich gestern auf der Heimfahrt von Falkensee nach Berlin befand.

Am Bahnhof Spandau fuhr der Zug ein, draußen am Bahnsteig warteten schon fünf Polizisten am Bahnsteig mit blauen Gummihandschuhen. Die Uniformierten stiegen ein und kamen direkt auf mich zu.

Sie forderten, daß ich die Maske aufsetze, was ich aus guten Gründen verweigerte. Als sie nach meinem Maskenbefreiungsattest und Ausweis fragten, gab ich ihnen alle meine Dokumente aus der Brieftasche, damit sie sich das entsprechende Dokument selbst herausuchen können. Ich trage immer ein halbes Dutzend Papierkram mit mir herum. Meine Meldebescheinigung, COVID-Genesungszertifikate (alt und neu), Impf-Befreiungszertifikat und so weiter. Halt einen ganzen Packen.

Doch schlugen die Polizisten mein Angebot aus, und verlangten, daß ich ihnen das geforderte Dokument überreiche. Dies wollte ich wiederum nicht, weshalb sich die Systembeamten weigerten, meinen Stapel in die Hand zu nehmen. Daraufhin legte ich diesen auf meinem Nachbarsitz, und tatsächlich, sie nahmen meine Dokumente in die Hand. Allerdings ignorierten sie mein Attest und verlangten plötzlich, daß ich sofort die Bahn verlasse. Mit Verwunderung fragte ich, mit welcher Begründung ich das tun solle? Ich wolle jetzt nach Hause fahren und hätte mir nichts zu Schulden kommen lassen.

Mit lauter Stimme befahl einer der fünf Corona-Sheriffs: "Steigen Sie jetzt aus!" Abermals fragte ich nach der rechtlichen Grundlage! "Weil ich das so will!", entgegnete mir der gleiche Polizist hartnäckig. Doch seine bedrohlich klingenden Befehle ließen mich nicht davon abbringen, sitzen zu bleiben. Darauf drohten sie mir unmittelbaren Zwang an, wenn ich nach ihrer dritten Aufforderung nicht endlich aussteige. "Freiwillig werde ich nicht aufstehen", trotzte ich der Staatsgewalt.

Plötzlich stürzten sie auf mich, verschränkten mir die Arme auf dem Rücken und legten sofort Handschellen an. Sie forderten mich anschließend zum Aufstehen auf, was ich wiederum verweigert habe. Somit packten sie mich an beiden Armen und schleiften mich mit dem Bauch zum Boden hängend aus dem Zug.

Auf dem Bahnsteig mußte ich auf Knien hocken, das erinnerte mich an Bilder von Menschen, die kurz vor der Exekution standen. Dort sichteten sie dann meine Dokumente und nahmen mich anschließend mit zur Polizeistation.

Auf der Wache wurden meine Dokumente einfach kopiert. Auf die Frage, mit welchem Recht sie es taten, erhielt ich keinerlei Antwort. Immerhin nahmen sie mir irgendwann die Handschellen ab, weil die Herren wohl festgestellt hatten, daß ich friedlicher bin als so manches Clanmitglied. Was ich ja auch immer und jederzeit war.

Nachdem sie mit allen Schikanen endlich fertig waren, überreichten mir die willigen Corona-Vollstrecker die Anzeigenschreiben und verlangten meine Unterschrift, was ich allerdings ablehnte. Das gefiel ihnen ganz und gar nicht. Plötzlich forderten sie mich auf, daß ich "direkt und sofort" die Polizeistation verlasse.

Sie konnten mich jetzt nicht schnell genug loswerden. Auf die Frage, weshalb ich keine Abschriften beziehungsweise Kopien für die Anzeigen erhalte, meinte ein Beamter: "Sie wollten ja nicht unterschreiben." Ich bestand ein weiteres Mal auf die Herausgabe einer Abschrift. "Nein, die bekommen sie nicht, müssen Sie über Anwalt machen, und jetzt gehen Sie endlich" herrschte er mich an.

Zudem wurde ich zu keinem Zeitpunkt meiner Rechte belehrt. Als ich vor 3 Wochen schon mal von der Polizei aus dem Zug eskortiert wurde (da ging ich noch artig und brav mit), hatte man mir zumindest noch meiner Rechte belehrt und alle Formulare zum Fall als Kopie überreicht, mit der Aussage des Polizisten "gut aufbewahren, diese Abschriften sind wichtig". Vermutlich war genau das der Grund, warum die Constellis-Angestellten mir diese Formulare nicht überreichen wollten.

Als ich anschließend den Rest des Weges mit der Bahn (natürlich ohne Maulkorb) nach Hause fuhr, waren viele Fahrgäste ebenfalls ohne Maske im Zug. Wenn diese Fahrgäste gewußt hätten, daß ich nur Minuten davor mit Handschellen aus der Bahn geschleift wurde.

Ein Tag in der Corona-Diktatur, den ich so schnell nicht vergessen werde. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 28/22" berichtete am 8. Juli 2022 (x1.387/...):

>>**Schuld ist wieder keiner**

Zur Evaluation der Corona-Maßnahmen fehlen die Daten - ein Armutszeugnis

Mathias Pellack

Es ist der vielleicht ehrlichste Bericht, der dem Bundesgesundheitsministerium seit dem 2019 erfolgten Ausbruch von Sars-CoV-2 in Wuhan vorgelegt wurde. Die Fragen, die beantwortet werden sollten: Was haben die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus überhaupt gebracht, auch mit Blick auf künftige Gesundheitskrisen? Und was haben sie uns im Gegenzug gekostet? Die Antwort des Sachverständigenrates, eingesetzt vom Parlament und dem BMG, lautet letztlich: "Wir wissen es nicht genau." Und das ist nach mehr als zwei Jahren deklarerter "pandemischer Lage" ein Armutszeugnis sondergleichen, das auch personelle Konsequenzen nach sich ziehen müßte - aber leider nicht wird.

Die Politik habe nicht die Grundlagen geschaffen, keine Daten besorgt und kaum Studien beauftragt, um eine ordentliche Bewertung der Maßnahmen vornehmen zu können, ist die Hauptaussage des Gutachtens. Klar, Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist sich sicher: "Die Maßnahmen wirken!" Das wiederholt er mantrahaft und hat damit auch irgendwie recht. Leider weiß nur eben immer noch niemand, in welcher Weise sie wirken. Im besten Fall helfen einzelne Maßnahmen wie etwa das Masketragen. Wenngleich die Gruppe sich uneins war, welche Masken vorzuziehen seien, ob OP-Masken, die besser sitzen, oder FFP-2, die dichter sind.

Doch was ist, wenn die Maßnahmen so wirken wie Klaus Stöhr - der leider einzige Epidemiologe im Sachverständigenrat - es erklärt: "Wenn man einen Eimer Wasser ins Meer schüttet, ist das Meer definitiv voller. Aber es ist nicht zu merken!" Hier lassen sich etwa die Ausgrenzungen der Ungeimpften anführen, technisch neutral als 2G verklausuliert - mitfühlende Gemüter sollen ja nicht an eine Impfstatus-Apartheid denken müssen, wenn sie beim Eintritt zur Kulturveranstaltung ihren Barcode vorzeigen.

2G hat nichts gebracht, lautet die klare Bewertung. Weder konnte damit wie Bayerns Ministerpräsident Markus Söder oder Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher behaupten, die Inzidenz gesenkt werden, noch - und das hatte die Politik als das entscheidende Argument vorgebracht - erhöhten diese Freiheitsberaubungen für Impfunwillige die heiligen Impfquoten.

Doch schlimmer noch: Was ist, wenn die staatlichen Eingriffe mehr als vorübergehende Freiheitseinschränkung, gleichheitsberaubende Ausgrenzung und sinnlose Verschwendung von Zeit sowie Ressourcen sind? Was ist, wenn etwa Schulschließungen die Gesundheit ganzer Generationen von Kindern im gesamten verschlechtern?

Dicker, depressiver und vereinsamt sind die Kinder, konstatiert der Rat. Und trotzdem schreibt die Kommission, die "genaue Wirksamkeit" sei "weiterhin offen". Dagegen läuft der Epidemiologe Stöhr Sturm. Der einzige der Gruppe übrigens, der sich mit der Auswirkung von Virusausbrüchen auf eine Bevölkerung berufsmäßig beschäftigt hat. Unentwegt erklärt er in alle verfügbaren Mikrofone, daß Schulschließungen unter allen Umständen zu vermeiden seien, wegen ebenjener unzähliger "nicht-intendierter Folgen".

Aber während sich die internationale Literatur zu Auswirkungen und Nebenwirkungen stapelt, haben der Gesundheitsminister und seine Helfer längst schon Vorarbeit geleistet, um die harten und erwarteten Vorwürfe abzufedern. Ein erster Entwurf des Papiers war bereits Anfang Juni in der Süddeutschen Zeitung verrissen worden. Lauterbach selbst hatte mehrfach erklärt, er könne auf das Papier verzichten, denn die internationale Studienlage sei besser und vor allem "eindeutig".

Aber gerade das ist ja der härteste Vorwurf an den Gesundheitsminister und seinen Vorgänger Jens Spahn! Die angebliche Wissenschaftsnation Deutschland bringt es nicht fertig, ein vollständiges Lagebild dieser Krise im Gesundheitssystem zu bieten. Dänemark, Großbritannien, Israel und Taiwan sind hier um Welten besser und haben verheerende Maßnahmen wie Schulschließungen längst aus dem Instrumentenkasten verbannt.

Dazu kommt: Ausgespart hat der Rat gänzlich die heiße Thematik der Impfnebenwirkungen. Dies solle weiter in den Händen der Stiko bleiben. Die Evaluation läuft hier noch schleppender: Das zuständige Paul-Ehrlich-Institut klagt, es bekäme keine Daten von den Kassenärztlichen Vereinigungen. Und im Gegenzug behaupten die Gesetzlichen Krankenkassen, niemand würde ihre enormen Datenbestände abfragen.

Zwar fordern die FPD-Politiker Wolfgang Kubicki und Frank Schäffler nun die Entlassung von RKI-Chef Lothar Wieler. Dabei liegt das eigentliche Problem mindestens eine Stufe höher. Auch wenn Wieler zu selten und zu wenig darauf hingewiesen hat, ist seine Behörde schlecht ausgestattet und mit Aufgaben überfrachtet. Das Gesundheitsministerium hält Wieler wie ein As im Ärmel, für den Fall, daß tatsächlich mal jemand ernsthaft den Rücktritt des unfähigen oder unwilligen Ministers fordern sollte.

Häufig gab es Beispiele wie das des Wirtschaftswissenschaftlers Lars Feld, der bereits Anfang 2020 mit einem Vorschlag für ein großangelegtes Antikörper-Screening an das BMG herantrat. Damals wie heute zeigte niemand Interesse. Jüngst hat der Bonner Virologe Hendrik Streeck eine Studie mit ähnlichem Inhalt kurzfristig doch gefördert bekommen - allerdings wiederum nicht vom SPD-geführten Gesundheitsministerium, sondern vom FDP-geführten Ministerium für Bildung und Forschung. So soll bis zum Herbst endlich ermittelt werden, wie groß die von den Angstmachern angeführte Impflücke denn nun wirklich ist.

Wie Wieler war Lauterbach dabei schon während der Amtszeit seines Vorgängers Jens Spahn ein bedeutender Souffleur der Corona-Politik. Zum einen hatte er durch massive Medienpräsenz das pharmafreundliche Narrativ der harten Eingriffe gestützt, zum anderen fand er auch ohne Amt ein offenes Ohr in der von Sorge getragenen Kanzlerin Angela Merkel. In jedem Fall bleibt zu sagen: Die Maßnahmen wirken! Nur wie und ob mehr positiv oder negativ - das

kann ohne vernünftige Daten auch das engagierteste Expertengremium nicht beantworten.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 28/22" berichtete am 8. Juli 2022 (x1.387/...):

>>**Ein schlechtes Zeugnis**

Evaluation der Corona-Maßnahmen: Grundrechte wurden eingeschränkt und Maßnahmen verordnet, ohne deren Wirkung zu prüfen. Nach etlichen Verschiebungen liegt jetzt der Sachverständigenbericht zur Corona-Politik vor

Björn Harms / Mathias Pellack

Lockdowns, Maskenpflicht, Schulschließungen, Ausgangssperren, 2G: Seit über zweieinhalb Jahren ist die Bevölkerung in Deutschland mit den unterschiedlichsten Corona-Maßnahmen konfrontiert. Was aber haben diese Einschränkungen überhaupt gebracht? Eine eigens eingesetzte Sachverständigenkommission sollte genau dieser Frage nachgehen. Am vergangenen Freitag überreichte das Gremium Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) seinen lange erwarteten Evaluationsbericht. Dessen Bilanz: durchwachsen.

Lange Zeit war dabei unklar geblieben, wann der Bericht überhaupt erscheint. Im Infektionsschutzgesetz hatte der Bundestag 2021 festgelegt, daß das Gesundheitsministerium (BMG) eine rückwärtsblickende "externe Evaluation zu den Auswirkungen" der Corona-Maßnahmen vorlegen solle, wobei die Untersuchung "interdisziplinär" zu erfolgen habe und zwar "auf Basis epidemiologischer und medizinischer Erkenntnisse". Der Bericht solle helfen, so heißt es im jetzigen Papier, "zukünftig präventiv, rasch und zielgenau auf große Gesundheitsrisiken reagieren zu können".

Die 18 Sachverständigen hierfür wurden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und der Bundesregierung ausgewählt. Sechs davon sind Juristen. Im Oktober 2021 fand die erste konstituierende Sitzung statt. Zunächst plante man eine Veröffentlichung im Dezember 2021. Dann jedoch verschob das Ministerium den Termin. Zunächst auf März 2022, später auf den 30. Juni. Gleichzeitig preschte Minister Lauterbach immer wieder vor und forderte, Maßnahmen für den Herbst einzuleiten, ohne die Ergebnisse der Evaluierung überhaupt abzuwarten. Die FDP pochte jedoch darauf, daß man erst über neue Maßnahmen verhandeln würde, wenn der Sachverständigenrat seine Arbeit vorgelegt habe.

Zwischenzeitlich war es so auch im Gremium immer wieder zu Unstimmigkeiten gekommen. Ende April stieg der Virologe Christian Drosten aus. Er sei zu der Überzeugung gelangt, daß Ausstattung und Zusammensetzung nicht ausreichen, um eine wissenschaftlich hochwertige Evaluierung gewährleisten zu können, erklärte er. Zudem beklagte der 50jährige die "systematische Indiskretion" einzelner Mitglieder, die immer wieder Interna an die Öffentlichkeit durchgestochen hätten.

Drosten war neben dem Bonner Virologen Hendrik Streeck ohnehin in die Kritik geraten, weil beide auch Teil des Corona-Expertenrats der Bundesregierung sind. Dieser war maßgeblich an den Corona-Entscheidungen der vergangenen zwei Jahre beteiligt. Die Angehörigen des Sachverständigenrats wiederum kritisierten schon vorab den eklatanten Datenmangel und machten dafür die Bundesregierung und das Robert-Koch-Institut (RKI) verantwortlich. Für Drosten rückte schließlich am 6. Juni auf Vorschlag der Unions-Bundestagsfraktion der Epidemiologe Klaus Stöhr in das Gremium nach.

Daten geben keine Empfehlung zum Tragen von FFP2-Masken her

Bereits vor der Veröffentlichung wurde aus unterschiedlichsten Richtungen versucht, die Arbeit der Kommission zu diskreditieren. Am 8. Juni berichtete die Wissenschaftsjournalistin Christina Berndt in der Süddeutschen Zeitung, daß der erste Entwurf der Experten "in Fachkreisen bereits verrissen" werde. Es sei zu befürchten, daß die "wichtige Evaluation am Ende nicht die Erwartungen erfüllen wird". Maßnahmenbefürworterin Berndt jedenfalls bot schon vorab eine Einordnung des Papiers an: "Wenn es keine Evidenz gibt, heißt das nicht, daß etwas nicht wirkt", erklärte sie auf Twitter.

Noch am 30. Juni bat das Gremium erneut um Aufschub. Einen Tag später jedoch war es dann soweit. Was also steht nun drin in dem lang erwarteten 160seitigen Schriftstück? Die wohl prominenteste Erkenntnis: Seit Beginn der Pandemie hätte eine "ausreichende und stringent begleitende Daten-erhebung" gefehlt, "die notwendig gewesen wäre, um die Evaluierung einzelner Maßnahmen oder Maßnahmenpakete zu ermöglichen". Außerdem sei der Sachverständigenrat für die Beantwortung "dieser Fragestellung weder personell ausgestattet, noch hatte er einen ausreichend langen Evaluationszeitraum zur Verfügung".

Tatsächlich fehlen im Bericht einige wichtige Studien, eine Grafik wurde zweimal abgedruckt, und Zitate verweisen auf falsche Quellen. Trotzdem ist das Papier relevant, zeigt es doch, wo die eklatanten Schwachstellen der deutschen Corona-Politik liegen. "So gibt es noch immer kein nationales Forschungskonzept im Bereich Public Health (Öffentliche Gesundheit). Eine solch fachübergreifende Begleitforschung ist aber zwingend nötig, um Entscheidungen des Krisenmanagements auf eine bessere Wissensgrundlage zu stellen", heißt es.

Länder, die auf bessere Daten zurückgreifen können, wie Dänemark oder Großbritannien, haben solche Institutionen schon lange eingerichtet. Diese Daten zu sammeln, wäre allerdings zum Teil die Aufgabe des Chefs des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, und seiner Untergebenen. FDP-Vize Wolfgang Kubicki forderte nach der Veröffentlichung des Evaluationsberichts prompt Wielers Entlassung.

Bittere Kritik äußerten die Sachverständigen auch an der 2G-Regelung. Der Effekt von 2G oder 3G sei kurz nach einer Immunisierung hoch, lasse dann aber schnell nach. Insbesondere das von der Politik erhoffte Ziel, so mehr Leute in die Impfung zu treiben, lasse sich nicht belegen, erklärte Virologe Streeck in der Pressekonferenz zum Evaluationsbericht. "In allen Ländern, in denen 2G eingeführt wurde, hat es nicht den Nudging-Effekt gegeben, daß Menschen sich mehr haben impfen lassen."

"Masken wirken!", das müsse man so deutlich sagen, fügte Streeck hinzu. Daher könnten Masken ein wirksames Mittel der Pandemiebekämpfung sein. "Aber: Es gibt leider deutliche Unterschiede zwischen der Evidenz des Effekts der Masken aus kontrollierten Studien und dem Effekt in der Praxis." So würden Masken theoretisch sehr gut wirken, nur gebe es viele Probleme bei der korrekten Anwendung.

Viele Masken schließen nicht richtig, sei es, weil sie zu oft getragen werden, wegen eines Bartes oder weil die Träger das Gefühl haben, nicht genug Luft zu bekommen, wie es mit FFP-2-Masken bei längerem Tragen häufig der Fall ist. Bei FFP-2 sehe man in der Realität jedenfalls nicht den erhofften Effekt. "Eine generelle Empfehlung zum Tragen von FFP2-Masken ist aus den bisherigen Daten nicht ableitbar", schreiben die Experten.

Besonders kennzeichnend für die Arbeit ist auch die zweideutige Bewertung der Schulschließungen: "Die genaue Wirksamkeit von Schulschließungen auf die Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus ist trotz biologischer Plausibilität und zahlreicher Studien weiterhin offen", erklären die Sachverständigen.

Es gebe "keinen Zweifel, daß wenn wir unsere Kontakte reduzieren, wir auch die Ansteckungswahrscheinlichkeiten reduzieren", meint Streeck. Das gilt auch für Lockdowns. Kontaktreduktionen wirkten daher vor allem zu Beginn einer Pandemie gut. In welchem Ausmaß sie aber in puncto Schulschließungen tatsächlich zur Reduktion der Virusweitergabe beigetragen hätten, lasse sich nicht sagen.

Diese Maßnahme ist aber besonders relevant im Hinblick auf "nicht-intendierte Wirkungen" oder auch Nebenwirkungen, wie sie die von der SPD für das Gremium vorgeschlagene Soziologin Jutta Allmendinger nennt. Hier sehe man eine Zunahme von Angst, Depressionen, Einsamkeitsgefühlen oder Körpergewicht, auch wenn man nicht mit letzter Sicherheit sagen könne, daß es die Schulschließungen waren und nicht andere gleichzeitige Effekte, die die Kinder beeinträchtigten. Allmendinger fordert daher: "Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf ein

Mindestmaß an sozialen Kontakten."

Während also im Evaluationsbericht kein eindeutiges Ergebnis präsentiert wird, spricht sich der Epidemiologe Stöhr klar gegen Schulschließungen aus: Es gebe genügend Daten aus Deutschland, die zeigen, daß an Schulen nur wenige Weiteransteckungen geschehen. Wenn, dann würden eher Lehrer Kinder anstecken als umgekehrt. Das heiße für ihn: "Schulschließungen bringen nicht das Ergebnis, was man sich wünscht. Nämlich: Daß man verhindert, daß Kinder Vulnerable anstecken oder selbst schwer krank werden."

Stöhr, der nicht an der Pressekonferenz teilnahm, hätte sich klarere Worte gewünscht, auch in vielen anderen Gebieten. "Es gibt einige Bereiche wie die Schulschließungen oder die Übersterblichkeit, wo man hätte prägnanter, sauberer sein müssen." Das Gremium hält auf der letzten Seite des Papiers den Hinweis fest: Seit der Einsetzung von Stöhr ab dem 10. Juni sei "nicht in allen Punkten Konsens erzielt" worden.

Lauterbach insistiert: Gutachten dürfe "kein Bremsklotz" sein

Was folgt nun aus dem Gutachten? Karl Lauterbach machte bei der Übergabe des Berichts bereits deutlich, daß er auf schnelle Absprachen in der Bundesregierung setzt. Er rechne mit einer "schweren Herbstwelle". Die Verhandlungen zwischen ihm und Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) hätten bereits am selben Tag begonnen. Dabei würden die Analysen der Kommission natürlich eine wichtige Rolle spielen. Sie dürften jedoch "kein Bremsklotz" sein, es gebe auch andere Parameter.

Die jetzige bundesweite Rechtsgrundlage für umfassende Corona-Maßnahmen läuft am 23. September aus. Bis dahin soll nach den Wünschen von Lauterbach eine Neufassung des Infektionsschutzgesetzes durch den Bundestag bereits abgesehen sein. "Wir arbeiten konstruktiv und sehr schnell in Vertraulichkeit. Wir müssen für den Herbst gut vorbereitet sein", mahnt Lauterbach. Der endemische Zustand sei in Deutschland noch nicht erreicht.

An anderer Stelle zeigt der Minister eine recht erstaunliche Wandlung: Nach immerhin 2,5 Jahren Corona soll künftig genau festgehalten werden, wer mit und wer wegen Covid hospitalisiert ist, wie Lauterbach in der ARD-Sendung "Anne Will" bestätigte. Das BMG wolle bis zum Herbst ein "Pandemieradar" auf den Weg bringen, mit dem zeitnah wichtige Daten wie der Krankenstand in Krankenhäusern, die Zahl der Ansteckungen oder der Impfstatus erfaßt werden. Helfen soll zwischen September und November auch eine massive Impfkampagne der Bundesregierung, wofür weiter Geld in Strömen fließt.

Doch genau wie beim Evaluationsbericht sind auch beim Thema Impfen weiterhin zahlreiche Fragen offen. Die Evaluierungskommission hatte das strittige Thema Impfnebenwirkungen wohlwissend ausgespart. Das solle die Ständige Impfkommission (Stiko) behandeln. Schließlich ändert sich mit dem 1. Oktober auch wieder der Impfstatus von Millionen Bürgern. Ab dann gelten nur noch Nachweise über drei Impfungen oder zwei Impfungen und eine Genesung als vollständiger Impfschutz.

Wie eine neue Impfkampagne geplant wird, was die Regierung nicht über Impfnebenwirkungen wissen will und welche Kosten in den vergangenen Jahren bereits entstanden sind, lesen Sie in der nächsten Ausgabe der JUNGEN FREIHEIT.

Wer saß in der Sachverständigenkommission?

Mit Klaus Stöhr stieß der einzige Epidemiologe des Gremiums erst spät hinzu

Jutta Allmendinger, Soziologin

Werner Bergholz, Physiker

Michael Brenner, Verfassungsrechtler

Anne Bunte Gesundheitsamtsleiterin

Katharina Domschke (USA), Psychiaterin

Horst Dreier, Staatsrechtler

Christian Drosten (Mitglied bis zum 28.04.2022), Virologe

Klaus Stöhr (Mitglied seit dem 6. Juni 2022), Epidemiologe
Stefan Huster Gesundheitsrechtler
Andrea Kießling, Gesundheitsrechtlerin
Thorsten Kingreen, Gesundheitsrechtler
Heyo K. Kroemer (stellv. Vorsitzender bis 21.12.2021), Pharmakologe, Vorstandsvorsitzender der Charité Berlin
Rolf Rosenbrock, Gesundheitswissenschaftler
Helga Rübsamen-Schaeff, Virologin, Aufsichtsrat bei E. Merck KG
Christoph M. Schmidt, Wirtschaftswissenschaftler
Britta Siegmund, Klinik-Direktorin
Hendrik Streeck, Virologe
Jochen Taupitz, Medizinrechtler und Bioethiker

Ute Teichert (Mitglied bis zum 26.1.2022), Fachärztin für öffentliches Gesundheitswesen<<
Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 12. Juli 2022 über die Bekämpfung der Corona-Pandemie (x1.149/...): >>Während des Pandemie-Verlaufs sind in Deutschland offenbar so gut wie keine brauchbaren evaluierbaren Daten gesammelt worden. Weder unter Spahn noch unter Lauterbach. Ein Armutszeugnis. Auf welcher Basis will denn nun die Politik die Fortschreibung bzw. Novellierung des Infektionsschutzgesetzes stellen, wenn die bisherigen Maßnahmen nicht evaluiert sind und deren Wirksamkeit wissenschaftlich nicht unfänglich geprüft ist? Und welche Maßnahmen sollen das dann sein?

Von *Michael Fitz*

Im geltenden Infektionsschutzgesetz ist klar und eindeutig geregelt, daß vor einer Novellierung bzw. Verlängerung dieses Gesetzes, die ja - so Lauterbach bei Lanz - bereits interministerial besprochen und vorbereitet wird, die Wirksamkeit oder eben Nichtwirksamkeit der in den letzten beiden vergangenen Jahren zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verordneten Maßnahmen wissenschaftlich evaluiert werden muß.

Das ist nur folgerichtig, denn mit den meisten dieser Maßnahmen ging eine bisher in diesem Land beispiellose Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einher. Bewegungsfreiheit, körperliche Unversehrtheit, Versammlungsfreiheit, freie Berufswahl - um nur die wichtigsten zu nennen.

Nun, nach über einem Jahr ehrenamtlicher Arbeit daran, liegt diese evaluierende Studie vor. Ihr Inhalt stellt den Verantwortlichen in Regierung und Ex-Regierung ein katastrophales Zeugnis aus. Und nicht nur das. Es hapert schon an der Zusammensetzung der Kommission, der man nicht genügend wissenschaftliche Expertise in Schlüsselbereichen beigeordnet hat. Keine Kinder-Psychologen, zu wenig Epidemiologen, keine Erziehungswissenschaftler usw. usw. ...

Vor allem viel zu wenig unabhängige Wissenschaftler und viel zu Viele, die ohnehin, hinlänglich bekannt, aus der Blase der "Berater" von Gesundheitsministerium und RKI und anderen regierungsnahen Instituten stammen, obgleich sich Herr Professor Drosten, der wohl Prominenteste unter ihnen, aus welchen Gründen auch immer, gleich zu Beginn ausgeklinkt hatte. Die Kommission war unterbesetzt, sie hat unter enormem Zeitdruck und auf der Basis einer so gut wie nicht vorhandenen Datenlage gearbeitet.

Wie zu erwarten war, wird dieser Skandal von den meisten Leitmedien heruntergespielt und relativiert.

Dabei soll hier das Fundament für ein weiteres Vorgehen gegen eine, zwar derzeit nicht vorhandene, aber im Herbst erwartete, jedoch derzeit bereits medial herbeigeredete, neuerliche epidemiologische Notlage von nationaler Tragweite gelegt werden.

Wie soll das gehen, ohne ausreichend erfaßte Daten und verlässliche Zahlen aller Aspekte der Epidemie? Diese Frage kommt nun einigen Politprominenten aus der Ampel-Koalition offenbar gerade recht.

Frau Göring-Eckardt von den Grünen fragt sich zum Beispiel: Was sollen wir denn mit so einer Studie anfangen? Wir wissen doch nach zwei Jahren Pandemie ohnehin schon selber ziemlich genau, was wirkt und was nicht!

Ah ja? Das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen bis heute und auch nach Lektüre der Studie immer noch nicht, inwieweit Lockdowns, Abstandsregeln, Zugangsbeschränkungen oder Berufsverbote nach 2G oder 3G, Schulschließungen oder Impfzwang für viele Menschen irgendeinen Effekt haben und falls ja, welchen sie auf die Ausbreitung des Corona-Virus in all seinen, inzwischen zum "leichten Grippe-Virus" mutierten Mutationen haben.

All die zum Wohle der Volksgesundheit ersonnenen Folterinstrumente, die vor allem unsere Kinder, und beileibe nicht nur sie, in psychische und physische Ausnahmezustände gestürzt und überdies dafür gesorgt haben und sorgen werden, daß ganze Heerscharen von Freiberuflern, Solo-Selbstständigen und Gewerbetreibenden sich kurz vor dem finanziellen Ruin befinden. Leute, die vor Corona sicher nicht schlecht gelebt und Steuern bezahlt haben.

Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes spricht diesbezüglich Bände und zeigt deutlich auf, welche Verwüstungen die Corona-Maßnahmen dieser und der vorherigen Bundesregierung in unserer Gesellschaft, insbesondere auch im Mittelstand, bereits hinterlassen haben und sicher noch hinterlassen werden.

Lanz fragte in seiner Sendung vom 5.7.2022 mit seiner zwar permanent, aber in dem Fall zu Recht zur Schau gestellten Dauer-Empörung den per Video-Schleife anwesenden Gesundheitsminister, warum man die Evaluierungs-Kommission denn nicht um das offenbar fehlende Experten-Personal erweitert hätte, das wäre doch sicher möglich gewesen. Erstaunlicherweise fragte er nicht, warum keine Daten vorhanden sind oder zu wenig. Lauterbach schiebt es auf den Vorgänger, der hatte die Kommission ja ins Leben gerufen und hätte dafür Sorge tragen können. So einfach ist das!

Hätte, hätte, Fahrradkette! Der Vorgänger hat's verbockt, nicht ich! Und nein, Lanz tut nicht das Naheliegendste, nein, er hakt hier nicht nach. Das unterscheidet eben den Talkmaster vom engagierten Journalisten. ... Schade, Gelegenheit verpaßt.

Er fragt auch nicht nach, warum Lauterbach, zumindest direkt nach seinem Amtsantritt, nicht Entsprechendes veranlaßt hat. Auch schade, denn vielleicht wüßten wir dann alle jetzt genauer, daß weder er noch sein Vorgänger Spahn möglicherweise echtes Interesse an einer wirklich wissenschaftlichen und vor allem unabhängigen Evaluierung der von ihnen mit zu verantwortenden staatlichen Maßnahmen gegen Corona haben und nie hatten.

Dann müßten die Herren und etliche andere Kabinetts- und Landeskollegen vielleicht zugeben, daß ihnen bei all dem Aktivismus hie und da grobe Fehler unterlaufen sind, die man dann auch noch zugeben müßte. Aber Fehler zugeben, das ist in der Politik schon seit längerem nicht mehr en vogue! Oder sich gar beim Wahlvolk mal dafür zu entschuldigen, z.B. bei den arg ausgegrenzten und diffamierten Ungeimpften.

Gut, erwiesen ist ja durch die Studie schon mal der Fehler, daß während des Pandemie-Verlaufs in Deutschland offenbar so gut wie keine brauchbaren evaluierbaren Daten gesammelt wurden. Weder unter Spahn noch unter Lauterbach. Ein Armutszeugnis für die Minister selbst und auch die ihnen nachgeordneten deutschen Gesundheitsbehörden. Wir wissen immer noch nicht, wie viele Menschen tatsächlich - geimpft oder ungeimpft - an Corona oder vielleicht auch nicht gestorben sind.

Wir wissen immer noch nicht genau, wieviel Schaden, abgesehen vom Nutzen, die Impfung mit mRNA-Impfstoffen in Form von allerlei unschönen und teilweise massiven Nebenwirkungen verursacht haben. Wir erfahren immer noch nicht, wie viele Menschen getestet wer-

den oder wurden, um rechnerisch auf die tägliche Inzidenz zu kommen, die scheinbar immer noch die Basis aller Entscheidungen, Mutmaßungen und Befürchtungen ist, obwohl man sich doch längst auf die Hospitalisierungsrate als neue Zauberzahl geeinigt hatte ...

Laut DIVI-Register sind am 7.7.2022 bundesweit 1.044 Corona-Fälle auf Intensiv in Behandlung, davon 328 beatmet. Es stehen derzeit bundesweit 23.823 Intensivbetten zur Verfügung, die, genauso wie in den letzten Monaten - ob Corona-Welle oder nicht - immer zu gut 80 Prozent belegt sind, schon allein aus wirtschaftlichen Gründen.

Für Eventualitäten gibt es derzeit eine Reserve von 8.545 Notfallbetten.

Laut DKG-Bericht (Deutsche Krankenhausgesellschaft) waren am 6.7.2022 bundesweit 12.095 positiv auf COVID getestete Patienten in Normalbetten hospitalisiert und 1.045 Covidpatienten auf Intensivstation. Die Gesamtzahl der hospitalisierten COVID-Patienten entspricht also etwa 6,3 Promille der Gesamtbevölkerung. Soweit die Fakten. Mit welchem mathematischen Kunstgriff hier eine Hospitalisierungs-Quote von 5 bis 5,7 Prozent errechnet wird und mit welcher Bezugsgröße, kann mir vielleicht bei Gelegenheit ein Fachmann erklären ... man ist ja lernwillig.

Wie auch immer. Auf welcher Basis will denn nun unser Gesundheitsminister, unsere Politik und wollen unsere gewählten Volksvertreter die Fortschreibung bzw. Novellierung des Infektionsschutzgesetzes stellen, wenn die bisherigen Maßnahmen nicht evaluiert sind und deren Wirksamkeit wissenschaftlich nicht umfänglich geprüft ist?

Und welche Maßnahmen sollen das dann sein? Schnell gehen soll und muß es nun auch, sagt der Panikminister. Welche internationalen epidemiologischen Studien oder Rechenmodelle verraten denn Herrn Lauterbach all die Neuigkeiten über neue, gefährliche Virusmutanten und mögliche pandemische Entwicklungen, die ihn dazu bringen, uns permanent einen ganz, ganz schlimmen Corona-Herbst/Winter 2022/23 anzudrohen? Und was passiert dann? Na klar, weiter so wie gehabt, weil wir ja laut Frau Göring-Eckardt bereits wissen, was wirkt oder nicht wirkt, gell?

Was soll's: Wer braucht schon Grundrechte, wenn wir im kommenden Winter ohnehin solidarisch für die Ukraine frieren dürfen.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 14. Juli 2022 (x1.153): >>**Gift aus der Spritze**

Alles, was Kritiker der Corona-Impfstoffe vorhergesehen haben, ist eingetreten - und noch viel mehr.

Von *Felix Feistel*

Kritiker haben es schon von Anfang an gesagt, und mittlerweile zeigt es sich auch in allen Daten sowie den Meldungen vieler Medien: Die Impfung hat keinen Erfolg bei der Bekämpfung einer Pandemie, die es ohnehin nicht gegeben hat. Statt dessen richtet sie verheerende Schäden an und tötet Menschen. Das Ausmaß und die Langzeitschäden sind kaum zu überblicken, jedoch bereits jetzt so dramatisch, daß einige Wissenschaftler und Journalisten von einem Genozid sprechen. Trotzdem wird am Impfprogramm festgehalten und ein neuer Anlauf zur Einführung einer Impfpflicht genommen.

Daß die Impfung keinerlei Nutzen bringt, um eine Coronainfektion zu verhindern, mußte nicht nur der "mehrfachst" geimpfte Herbert Grönemeyer unlängst feststellen. Eigentlich ist dies schon seit mehr als einem Jahr bekannt und wird ebenso lang durch offizielle Daten belegt, mittlerweile sogar von BioNTech im Geschäftsbericht eingeräumt.

Anstatt eine Infektion mit Corona zu verhindern, oder zumindest schwere Verläufe zu verhindern, tritt das Gegenteil ein: Es sind gerade Geimpfte, die zunehmend erkranken und sterben. So steigen im hoch geimpften Israel die Infektionszahlen wieder an, wobei auch die Zahl der schwerwiegenden Fälle dramatisch zunimmt, so daß nun schon eine fünfte Dosis der Genspritze erwogen wird.

Dasselbe ist auch an offiziellen Daten in Deutschland erkennbar, aus denen sich ergibt, daß die "Impfung" zu einer erhöhten Sterblichkeit führt, und auch in den USA führen die Genspritzen zu einem Anstieg der Todesfälle. ...

So vermeldet das hoch durchgeimpfte Portugal einen Anstieg der Übersterblichkeit um durchschnittlich 25 Prozent, mit Spitzen von bis zu 42 Prozent, was aber nicht auf SARS-CoV-2 zurückzuführen ist. Auch in Südkorea, wo 90 Prozent der älteren Menschen "geimpft" sind, steigt die Übersterblichkeit sprunghaft an.

Nicht anders sieht es im hochgeimpften Neuseeland aus, wo die Anzahl der Geimpften, die an Corona erkranken, kontinuierlich steigt, wohingegen die Zahl der Ungeimpften im Krankenhaus sinkt. Am Beispiel dieses Landes zeigt sich, daß gerade der Booster zu einer Übersterblichkeit führt.

Und auch in Großbritannien wird immer deutlicher, daß mit jeder Impfung das Risiko, an Covid-19 zu erkranken und zu sterben, steigt, anstatt zu sinken. Zahlen aus Israel legen nahe, daß das Risiko der Gespritzten, an Covid zu erkranken, 3 bis 5 mal so hoch ist wie bei nicht Gespritzten. In deutschen Kliniken macht sich das an einem Personalmangel bemerkbar. Denn das geimpfte Personal fällt reihenweise aus, während gleichzeitig das Patientenaufkommen steigt.

Damit entpuppt die "Impfung" genannte Genspritze sich als vollkommen wirkungslos.

Sogar das RKI räumt ein, daß schon über 2 Millionen sogenannte "Impfdurchbrüche" registriert wurden. Jede mRNA-Spritze steigert sogar das Risiko für einen Krankenhausaufenthalt, wie eine neue Studie nahelegt. Nach dem neuen Wochenbericht des RKI sind 82 Prozent der an oder mit Corona auf den Intensivstationen liegenden Patienten mindestens zwei Mal "geimpft", 69,5 Prozent sogar dreimal "geimpft". Von einem Nutzen der Spritze kann hier also keine Rede sein.

Sieht man sich die Daten an, stellt man wenig überraschend fest, daß hohe Booster-Quoten zu hohen Inzidenzen führen. Deutlich wird das zum Beispiel anhand Deutschlands. Hier sind die Inzidenzen im weniger geimpften Ostdeutschland niedriger als im hoch geimpften Westdeutschland. Da man von einem Virus nicht annehmen kann, daß es die alte, innerdeutsche Grenze kennt und noch heute die Überquerung fürchtet, kann der Grund eigentlich nur in den Genspritzen zu finden sein.

Es gibt erwiesenermaßen keinen Nutzen der Spritze im Hinblick auf Vireneindämmung oder einen irgendwie gearteten Schutz, nicht einmal, wie Gesundheitsminister Karl Lauterbach immer wieder als letzte Bastion der Impferzählung verlautbaren läßt, vor "Long Covid". Im Gegenteil, die Genspritzen richten unvorstellbare Schäden an und erhöhen das Risiko für Erkrankung, Krankenhausaufenthalt und den Tod.

Das untermauern auch Daten aus Kanada, nach denen fast 9 von 10 Todesfällen unter Gespritzten auftreten und 4 von 5 bei dreifach Gespritzten. Daten des Englischen Statistikamtes zeigen, daß zwischen Januar 2021 und März 2022 530.000 Geimpfte gestorben sind. Der Telegraph mußte unlängst ganz verwundert von einer Übersterblichkeit berichten, die nicht auf Corona zurückzuführen ist. Auch in Italien häufen sich die plötzlichen Todesfälle. Bis zu 100 davon sind binnen zwei Wochen zu verzeichnen, betroffen sind Frauen und Männer aller Altersgruppen, auch Kinder. Die Genspritze senkt nachweislich die Überlebenschancen bei schweren Erkrankungen.

Vielzahl von Schäden

Doch nicht nur eine Erkrankung an Covid ist eine der häufigsten Folgeerscheinungen der Spritze. Es gibt eine Vielzahl anderer Erkrankungen, die dazu führen, daß vermehrt Menschen "plötzlich und unerwartet" versterben. Sehr deutlich zeigt sich das bei Profisportlern, die mit Herz-Kreislauf-Problemen zu kämpfen haben wie noch nie zuvor.

Die Sterberate unter Sportlern liegt seit Einführung der "Impfung" um 1.700 Prozent über den Erwartungen unter Normalbedingungen.

Seit die Coronaspritzen verteilt werden, ist es zu einer deutlichen Übersterblichkeit gerade in der mittleren Altersgruppe gekommen, die vorher, im angeblichen Pandemiejahr 2020, nicht auszumachen war, nun aber je nach Berechnung mit 20.000 bis 60.000 Toten angegeben wird. Dies ist gerade in Ländern zu beobachten, die sehr auf die "Impfung" gesetzt haben.

Der Trend der Impfschäden setzt sich nach wie vor ungebremst fort, und das, obwohl die Impfquote schon seit Monaten stagniert. 4,03 Millionen Meldungen von Nebenwirkungen und 23.338 Tote sind in der Datenbank der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu verzeichnen, und das bei einer Dunkelziffer, die irgendwo zwischen 60 und 99 Prozent rangiert.

Daß die WHO-Daten kein vollständiges Bild abgeben können, zeigt der Vergleich mit der Datenbank der Europäischen Arzneimittelagentur EMA, die allein für die EU bereits mindestens 25.000 Todesfälle meldet sowie knapp 2 Millionen Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen, davon mindestens 1,3 Millionen "schwerwiegende" oder "ernste" Nebenwirkungen. Gemeldet wurden auch 151.037 Hospitalisierungen, 73.604 Behinderungen und 34.900 lebensbedrohliche Komplikationen. Möchte man sich das bildlich vor Augen führen, dann entspricht die Zahl der gemeldeten Nebenwirkungen ungefähr der Einwohnerzahl Hamburgs. Gemeldet wird allerdings nur die Minderheit der Fälle.

Ein ähnliches Bild bietet die US-amerikanische Datenbank VAERS. Hier ist von 29.000 Toten die Rede, 162.000 Krankenhausaufenthalten, beinahe 200.000 Arztbesuchen und beinahe 54.000 permanenten Behinderungen als direkte Folge der Spritze, die fälschlicherweise "Impfung" genannt wird. Zu berücksichtigen dabei ist, daß es sich bei VAERS um ein freiwilliges Meldesystem handelt, das schätzungsweise nur ein Prozent der Nebenwirkungen überhaupt erfaßt.

Trotzdem sind insgesamt mehr als 1,3 Millionen Schäden durch die "Impfung" gemeldet worden. Kaum überrascht es da, daß einer der größten Versicherungskonzerne der USA, Lincoln National, von um 163 Prozent gestiegenen Ausgaben berichtet. Die Ausgaben für Lebensversicherungen aus Gruppenlebensversicherungen stiegen von 500 Millionen Dollar im Jahr 2019 auf 1,4 Milliarden in 2022 in der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen. Der Anstieg im "Pandemiejahr" 2020 fällt dabei prozentual kaum ins Gewicht. Erst mit Beginn der Vergabe der Genspritze schießen sie in die Höhe.

Die Entlastung der Krankenhäuser, die als Ziel der Maßnahmen- und Impfgenda ausgegeben wurde, konnte demnach überhaupt nicht erreicht werden, ganz im Gegenteil. Gerade die Länder, die auf Zero-Covid und totalen Impfwang gesetzt haben, sind nun mit einer humanitären Katastrophe konfrontiert. Beispielhaft dafür stehen Neuseeland und Australien. Hier laufen die Krankenhäuser über, so daß die Pflegekräfte nicht mehr wissen, wo sie die Patienten noch unterbringen sollen. Auch gehen so viele Notrufe ein, daß nicht mehr ausreichend Krankenwagen bereitstehen.

Auch in Deutschland verschärft die Genspritze den Pflegenotstand, das Patientenaufkommen liegt bisweilen zu 45 Prozent über dem Durchschnitt - so berichtet es Hans-Peter Schlaudt, Geschäftsführer der Klinikum Hochrhein GmbH.

Vor allem junge Menschen werden vermehrt mit Herz-Kreislauf-Beschwerden sowie Thrombosen eingeliefert. Von den Medien wird dieses häufige Auftreten noch als "mysteriös" bezeichnet, und sogar ein neuer Name, "Sudden Adult Death Syndrom", kurz SADS, wird erfunden, um den Zusammenhang mit der "Impfung" zu verschleiern. Dazu häufen sich neurologische Erkrankungen und Störungen in vorher ungekannter Menge.

Welche Nebenwirkungen und Erkrankungen die Spritze mit sich bringt, wird immer deutlicher. Es ist eine schier unüberschaubare Vielfalt an Störungen, Krankheiten und

Schäden, die durch die Spritze ausgelöst werden. Sie können daher nur beispielhaft aufgeführt werden.

Mütter und Kinder

Naomi Wolf spricht nach der Auswertung eines Teils der 55.000 Seiten Dokumente, die von Pfizer herausgeklagt werden mußten, von einem Genozid. Über 3.000 Mediziner haben die Dokumente ausgewertet und schockierende Entdeckungen gemacht. Ihnen ist zu entnehmen, daß die Angestellten von Pfizer schon im Dezember 2020 wußten, daß die Spritzen nicht wirken und daß eine Covid-Erkrankung eine der häufigsten Folgen ist. Spätestens im Mai 2021 war Pfizer auch klar, daß die Spritzen die Herzen junger Menschen schädigen; nichtsdestotrotz hat die US-amerikanische Food And Drug Administration (FDA) die "Impfung" auch für Kinder und Jugendliche empfohlen.

Schon in den internen Studien gab es 42.000 Nebenwirkungen. 1.200 Menschen sind gestorben, vier davon noch am selben Tag, an dem sie die Genspritze erhielten.

Auch enthält die Spritze PEG, ein Erdölderivat, das so hoch allergen ist, daß es bei vielen Menschen schon in kleinsten Mengen ausreicht, um einen anaphylaktischen Schock auszulösen. PEG-Allergie gilt dennoch nicht als Kontraindikation für die Spritze, und betroffene Patienten wurden auch nicht informiert. Am erschreckendsten ist aber, daß die Reproduktion an sich Opfer dieser "Impfungen" ist. Denn die Nanopartikel, in denen die mRNA transportiert wird, dringen auch bis zum entstehenden Leben in der Gebärmutter vor, wo sie schweren Schaden anrichten.

Doch nicht nur das, die schädlichen Inhaltsstoffe wie Spike-Proteine gelangen auch in die Muttermilch und übertragen sich auf diese Weise beim Stillen auf das Kind. Hier kam es schon in den internen Tests von Pfizer zu Todesfällen durch Entzündungen beim Kind, aber auch zu schwerwiegenden Entwicklungsstörungen. Auch verfärbte sich die Muttermilch in vielen Fällen grünlich oder bläulich, während andere Mütter überhaupt keine Muttermilch mehr produzieren konnten. Große Mengen PEG wurden ebenfalls in der Muttermilch gefunden.

Zudem wandern die durch die "Impfung" massenhaft produzierten Zytokine (Botenstoffe) in die Muttermilch. Sie übertragen sich auf das Kind und lösen dort eine dauerhafte Übererregung des Immunsystems aus, was zu Krankheiten führt und auch das Gehirn schädigen kann. Damit wird die gesunde Entwicklung des Kindes behindert, bis hin zu einem frühen Tod. Auch gibt es eine Korrelation zwischen einem hohen Zytokinspiegel bei Frauen und Fehlgeburten.

Da ist es schon ein auffälliger Zufall, daß die FDA Abbot, ein großer Hersteller von Babynahrung, die Fabrik geschlossen hat, während gleichzeitig Bill Gates, Mark Zuckerberg und Jeff Bezos - also jene Oligarchen, die uns auch mit dem COVID-Narrativ beglückt und/oder davon profitiert haben - ein Unternehmen namens Biomilq finanzieren, das Muttermilch aus Brustzellen im Labor produzieren soll. So werden Mütter, die ihre Babys nicht mehr stillen können, dazu gezwungen, Produkte von Biomilq zu kaufen. Das rücksichtslose Großkapital schafft sich auf diese Weise mit Gewalt einen Markt, für den zuvor niemals Bedarf bestand.

Die Lipid-Nanopartikel machen die Spritze zudem zusätzlich gefährlich, da sie anaphylaktische Schocks auslösen können, wie der Pathologe Ryan Cole erklärt. Demnach haben 80 Prozent der Bevölkerung bereits Antikörper gegen das in ihnen enthaltene Polyethylenglycol entwickelt. Dies sei der Grund, aus dem die Menschen in den Impfzentren tot umgefallen seien. Doch diese Lipid-Nanopartikel reichern sich in den Eierstöcken an. Hier behindern sie die natürliche Fortpflanzungsfähigkeit, was zu Unfruchtbarkeit oder schweren Mißbildungen bei den Babys sowie Fehlgeburten führen kann.

Wenig überraschend steigt zum Beispiel in Schottland die Säuglingssterblichkeit überproportional, was bedeutet, daß die "Impfung" kleine Kinder tötet. Auch im RamBam Hospital in Haifa, Israel, ist die Zahl der gestorbenen Säuglinge und der spontanen Fehlgeburten im Jahr 2021 um 34 Prozent gestiegen. Die VAERS-Datenbank der USA spricht von über 4.700 Fehlgeburten, die im direkten Zusammenhang mit der Genspritze stehen. Zu beachten ist erneut, daß es sich allein um die gemeldeten Fälle handelt. Die Dunkelziffer ist enorm.

Dem amerikanischen Gynäkologen James Thorp zufolge erhöhen die Spritzen die Anzahl der Mißbildungen bei Babys gar um das 100fache. Doch auch das kommt für ehemalige Pfizer-Mitarbeiter wenig überraschend.

Denn die Dokumente von Pfizer selbst zeigen, daß in den Studien 97 Prozent der Schwangeren ihre Babys durch die "Impfung" verloren haben. Alles in allem kann man den Dokumenten entnehmen, daß Pfizer eine Massenentvölkerung als Folge der Genspritze durchaus nicht ausschließen konnte. Das ist der Grund, weshalb Naomi Wolf von einem Völkermord spricht.

Die "Impfung" gefährdet nicht nur die Fruchtbarkeit von Müttern, sondern auch die Gesundheit von Kindern, die in der Gebärmutter und später über die Muttermilch geschädigt oder gar getötet werden können. Damit gefährdet die Spritze eindeutig die Reproduktionsfähigkeit der Menschheit im Allgemeinen, während sie gleichzeitig Menschen individuell schwer schädigt, unfruchtbar macht oder tötet.

Auch den Daten des Statistischen Bundesamtes über Lebendgeburten ist in den Jahren 2021/2022 ein Einbruch zu entnehmen. Sind im Januar der Jahre 2015 bis 2021 jeweils gut 60.000 Lebendgeburten zu verzeichnen, so ist diese Zahl für den Januar 2022 auf knapp 53.000 gesunken. Und auch wenn dies auf verschiedene Faktoren zurückführbar sein könnte, sollte es doch ein deutliches Warnsignal sein, das nähere Untersuchung erfordern würde, vor allem dann, wenn das größte medizinische Experiment der Geschichte großflächig durchgeführt wird. Auch Ungarns Geburtenrate ist um 20 Prozent eingebrochen – neun Monate nach Beginn der Impfkampagne.

Auch in Schweden ist die Geburtenrate landesweit ziemlich genau 9 Monate nach Beginn der Impfkampagne eingebrochen. Das Land widerlegt damit den Einwand der Propagandapresse, daß der Geburtenrückgang in Deutschland auf den Lockdown zurückzuführen sei, der zu einer Vorverlagerung der Geburten in das Jahr 2021 geführt habe. Denn einen Lockdown hat es in Schweden nicht gegeben.

Ähnliche Tendenzen sind in Österreich, der Schweiz und sogar weltweit zu beobachten. In Island hat sie die Zahl der Totgeburten im Jahr 2021 fast verdoppelt. Auch das amerikanische Militär meldet für das Jahr 2021 einen Anstieg der Totgeburten unter Soldatinnen um satte 300 Prozent. Beide Länder begannen ihre "Impfkampagnen" bereits im Dezember 2020.

Zu der Gefährdung der weiblichen Fortpflanzungsfähigkeit gesellt sich noch eine ähnliche Auswirkung auf die männliche Fruchtbarkeit, wie eine Studie aus Israel, man möchte sagen wiederholt und zu allem Überfluß, festgestellt hat.

Wer sich fragt, wie all das möglich ist, der sollte sich vergegenwärtigen, daß es sich bei den "Impfstoffen" noch immer um experimentelle Stoffe handelt, die Substanzen enthalten, die explizit nicht zur Verwendung am Menschen geeignet sind. Solche Stoffe Schwangeren, stillenden Müttern oder kleinen Kindern in so ungezügelmtem Ausmaß zu verabreichen, ist eigentlich unverantwortlich und historisch wohl ein einmaliger Vorgang. Zudem sei hinzugefügt, daß selbst an Contergan länger geforscht wurde als an diesen Genspritzen. Nicht einmal der interne Bericht bei Pfizer, der viele Nebenwirkungen vorwegnahm, war dem Unternehmen Warnung genug, dieses Experiment einzustellen.

Schwerwiegende Krankheiten

Es gibt aber auch eine ganze Reihe - normalerweise eher seltene - Erkrankungen wie die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, die infolge der Genspritze auftreten können. Diese Krankheit ist vor allem aus dem Kontext des BSE-Skandals bekannt. Ursache sind falsch gefaltete Eiweiße, sogenannte Prione, die sich im Gehirn anlagern und zu einem Absterben von Hirngewebe führen. Diese Prione wurden auch auf dem Spike-Protein des Coronavirus gefunden, welches daher als Auslöser der Krankheit wahrscheinlich ist.

Interessant ist, daß diese Prionen-Region bei der Omikron-Variante nicht mehr vorhanden ist und daher keine Gefahr von ihr ausgeht. Auch bei den vorhergehenden Varianten war eine natürliche Infektion kaum mit einem Risiko verbunden, da die Spike-Proteine nur in besonders schweren Fällen überhaupt in die Blutbahn geraten und sich im Körper ausbreiten.

Anders ist es bei den "Impfungen", bei denen diese Proteine billionenfach im Körper produziert werden und sich verbreiten.

So steigt auch das Risiko für Creutzfeldt-Jakob. Dauert es normalerweise Jahre von der Infektion bis zu den ersten Symptomen, so geht das bei der "Impfung" viel schneller. Im Durchschnitt dauert es weniger als 12 Tage vom Zeitpunkt der "Impfung" bis zu ersten Symptomen, und auch der Tod tritt bereits kurz danach ein. Diese Geschwindigkeit läßt wenig Zweifel daran, daß die Spritze der Auslöser der Krankheit ist.

So, wie die Nanopartikel in die Gebärmutter eindringen können, durchdringen sie auch die Blut-Hirn-Schranke, was die Entstehung von Creutzfeldt-Jakob erklärt, ebenso wie anhaltende neurologische Schäden. Die Rede ist hier von Lähmungen, Hirnschlägen, Nervenschmerzen und vielen anderen Symptomen, gegen welche die vereinte Ärzteschaft machtlos zu sein scheint, wenn sie nicht gerade ihre Zeit damit verschwendet, die solchermaßen geschädigten Patienten zu diffamieren.

Diese Erkrankungen sind sehr ernst zu nehmen und schränken die von ihnen Betroffenen lange Zeit, wenn nicht gar lebenslang, schwer ein. Sie können auch zu dauerhaften Behinderungen und einem frühen Tod führen. Die Zerstörung von Neuronen im Gehirn kann somit ebenfalls eine Folge der Genspritzen sein. Solche Schäden kennt man von degenerativen Krankheiten wie Alzheimer.

Zudem schädigt die Spritze das angeborene, natürliche Immunsystem und führt zu einem Immunschwächesyndrom, das eine erschreckende Ähnlichkeit mit AIDS aufweist und daher als VAIDS, also Vakzin-induziertes Immunschwächesyndrom, bezeichnet wird. Daß dieses Syndrom existiert und kein Mythos ist, wie manche der etablierten Medien noch immer zu erzählen versuchen, wurde unlängst von einer durch die Anwaltskanzlei Rogert und Ullbrich initiierten Blutuntersuchung Betroffener untermauert.

VAIDS hat zur Folge, daß bei einer Infektion zwar die Symptome nach einiger Zeit wieder verschwinden, die Viren jedoch weiterhin im Körper bleiben und dort schwere Schäden anrichten, was zu einer chronischen Krankheit, bei Corona eben zu "Long COVID", führt. Ebenso werden alle anderen Krankheiten, die mit der "Impfung" in Verbindung stehen, dadurch begünstigt.

So ist die Anzahl der AIDS-bedingten Erkrankungen nach Daten der amerikanischen Meldebank VAERS im Jahr 2021 um zwischen 1.145 und 33.715 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. VAIDS führt zu einer drastischen Reduktion der Lebenserwartung der davon betroffenen Opfer. Auch Autoimmunerkrankungen, bei denen sich das Immunsystem gegen den eigenen Körper richtet, werden immer häufiger.

Daß die mRNA über Monate im Körper bleibt, insbesondere in den Lymphknoten, und nicht nach kurzer Zeit abgebaut wird, wurde schon vor Längerem bewiesen. Ebenso steht fest, daß die mRNA mittels Reverse Transkriptase in die DNA eingebaut wird, was das Spike-Protein

zum dauerhaften Gast im menschlichen Körper macht und somit auch die potentielle Weitergabe an Nachkommen einschließt.

Die solchermaßen veränderten Zellen, die sich überall im Körper befinden können, auch in Organen und dem Gehirn, nehmen dann ihre eigentliche Funktion nicht mehr wahr, sondern bilden Spike-Proteine aus. Gehirnzellen, Leberzellen, Herzzellen werden auf diese Weise zu Spike-Fabriken, die den Körper mit diesem Toxin billionenfach überfluten.

Die sogenannte Impfung hat also das Potential, das Immunsystem zu zerstören und sollte daher gestoppt werden. Die Spike Proteine zirkulieren mindestens vier Monate im Organismus, wobei sie schwere Schäden anrichten. Denn es handelt sich dabei nachgewiesenermaßen um ein Toxin, einen giftigen Stoff. Zudem initiiert die Genspritze einen Antibody Dependant Enhancement-Effekt, kurz ADE-Effekt, der zu einer "Impfstoffsucht" führt, weil die Bildung von Antikörpern von der Zugabe der Stoffe abhängig ist.

Einmal gespritzte Menschen müssen also immer wieder gespritzt werden, um Antikörper zu entwickeln, die jedoch nur auf die erste Variante des Coronavirus zugeschnitten sind, was dazu führt, daß der Körper gegenüber anderen Varianten keine neutralisierenden Antikörper bildet und somit die Krankheit sogar noch begünstigt. Zudem wurden komplexe Infektionen bei Patienten beobachtet, die auch nach längerer Zeit und unter Einsatz schwerer Medikamente nicht in den Griff zu bekommen waren.

Herz-Kreislauf-Krankheiten

Eine häufige Nebenwirkung der "Impfung" ist zudem eine Gerinnung des Blutes, die Thrombosen, Herzinfarkte, Schlaganfälle und Lungenembolien, aber durch Mikrothromben auch eine Vielzahl diffuserer Symptome, die mit Schädigungen von Organen und Blutgefäßen einhergehen, auslösen. Das spiegelt sich auch in zunehmenden Berichten über Herzinfarkte bei Piloten wider. Immer mehr Fälle von Herzinfarkten während des Fluges werden publik und lassen Schlimmes ahnen für die Sicherheit des Flugverkehrs.

Das derzeitige Chaos im Flugverkehr besteht damit zum Teil auch aufgrund hoher Infektionsraten unter Geimpften sowie anderer Erkrankungen wie Herzinfarkten unter dem Personal der Fluglinien. Aber natürlich ist auch der Straßen- und Bahnverkehr betroffen, was zu vielen Unfällen führen kann.

Wie gravierend dieses Problem der Blut- und Gefäßerkrankungen ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß für dieses Jahr fast alle Thrombolytika, welche die Blutgerinnung hemmen, bereits aufgebraucht sind. So hat der Hersteller Boehringer Ingelheim bereits im April ein Schreiben veröffentlicht, nach dem die dafür benötigten Wirkstoffe Actilyse und Metalyse bis zum Jahresende 2022 kaum noch oder überhaupt nicht mehr lieferbar sind. Laut dem Unternehmen erhalten immer mehr Patienten eine thromboembolische Therapie.

Die Produktionskapazitäten seien diesem steigenden Bedarf noch nicht angepaßt. Dem Konzern zufolge wird die Versorgungslage noch die nächsten 2 Jahre "angespannt" bleiben. Gibt es diese Medikamente nicht mehr, ist die einzige Alternative, die Thrombosen aus den Patienten herauszuschneiden.

Krebs

Eine weitere Folge der Genspritze ist Krebs. Dieser wird entweder durch die Spritze ausgelöst und kann sich an allen Stellen im Körper zeigen, oft auch direkt an der Einstichstelle, oder aber eine frühere Krebserkrankung, die gut unter Kontrolle war, bricht erneut aus. Auffällig ist, daß das Wachstum des Krebs stark beschleunigt ist, so daß Mediziner von einem Turbo-Krebs sprechen.

Die Genspritze wird auch zum Problem bei Organtransplantationen. Denn die Organe, die von Impfpfern stammen, werden von den Wirtskörpern entweder schon gar nicht angenommen, oder aber gehen mit einem erhöhten Thromboserisiko einher. Ähnlich problematisch dürfte

eine Blutspende von gespritzten Menschen sein. Denn da das Blut nicht nur die Spikeproteine enthält, sondern auch zur Verklumpung neigt, dürfte es in vielen Fällen gar nicht verwertbar sein. Dies könnte einen möglichen Grund für den derzeitigen Mangel an Blutkonserven darstellen.

Wie man sehen kann, schädigt die "Impfung" den Körper auf so vielfältige Art und Weise, daß diese giftige Substanz verboten gehört. Über 45 schwerwiegende lebensverändernde und tödliche Erkrankungen sind auf die Spritze zurückzuführen. Sie bringt schwere Gesundheitsrisiken mit sich, von denen die Verantwortlichen schon seit langer Zeit wissen.

Gerade deshalb liegt die Vermutung nahe, daß hier wesentlich ein Massenmord geschieht. Betroffene erhalten oft keine Unterstützung, weil die Ärzte entweder unfähig oder nicht willens sind zu helfen. Immerhin, die Uniklinik Marburg hat eine Spezialambulanz eingerichtet, deren Wartezeit derzeit mindestens 9 Monate beträgt, ein Hinweis auf die Ausmaße der Schäden.

Keine "Impfung", keine Nebenwirkungen

Daß es sich bei dem Spike-Protein um ein Toxin, also einen Giftstoff, handelt, ist eigentlich schon lange bekannt, kann aber auch in mittlerweile über 500 wissenschaftlichen Arbeiten nachgelesen werden. Auch den offiziellen Daten von Pfizer ist das zu entnehmen. Das bedeutet, daß es sich bei der "Impfung" genannten Spritze nicht um eine solche handelt. Statt dessen wird den Menschen ein Genschnipsel injiziert, der für einen Giftstoff codiert, welcher sich dann im Körper ausbreitet und diesen auf vielfältige Weise schädigen kann.

Die "Nebenwirkungen" sind demnach auch keine Nebenwirkungen, sondern die Folgen der Vergiftung des Körpers und die einzige Wirkung dieser Spritzen. Denn sie schützen in keiner Weise gegen irgendeine Art von Krankheit, sondern richten im Gegenteil nichts als Schaden an.

Von all dem haben die Pharmakonzerne, die dieses Gift herstellen, gewußt. So haben in den internen Studien von Pfizer mindestens 800 Studienteilnehmer die Studie nicht abgeschlossen, weil sie entweder gestorben sind, durch das Gift verletzt wurden oder ihre Einwilligung zurückgezogen haben. Naomi Wolf und ihr Team sprechen sogar von 1.400 Toten.

Die Daten, welche der Konzern ursprünglich 75 Jahre lang geheim halten wollte und die nur mittels Klage ans Licht der Öffentlichkeit gelangt sind, nehmen all das, was wir derzeit in großem Maßstab erleben, bereits vorweg. Demzufolge müssen auch staatliche Behörden Kenntnis davon gehabt haben. Daß sie dieses Gift dennoch zugelassen und mittels Druck und teilweise offener Nötigung in die Menschen hineingezwungen haben, ist eine Dimension von Kriminalität, die kaum zu ermessen ist.

Verschleierung

Die staatlichen Behörden setzen derweil alles daran, das gesamte Ausmaß der Katastrophe zu verschleiern. Daten werden nicht oder nur unzureichend erfaßt oder gar nicht mehr veröffentlicht. Dennoch läßt sich berechnen, daß es in Deutschland, Großbritannien und Dänemark einen Toten pro 4.000 verabreichte Impfdosen geben könnte. Insgesamt könnten allein in Deutschland 45.000 Menschen Todesopfer der "Impfung" geworden sein.

Anderen Berichten zufolge ist in den USA von 250.000 Impftoten auszugehen, in Deutschland von 50.000 bis 75.000. Alles in allem war schon im vergangenen Jahr bekannt, daß die "Impfungen" 200 Menschen töten, um eine Person zu retten. Und auch diese vermeintliche Rettung ist von zweifelhafter Natur. Denn eine Wirksamkeit der "Impfung" läßt sich immer weniger nachweisen.

Aber die Dunkelziffer ist bei all diesen Datensätzen enorm, da die meisten Ärzte die Schäden nicht melden, wie Steven Kirsch, amerikanischer Informatiker und Unternehmer, in einem Vortrag darlegt. Er kommt zu dem Schluß, daß jeder tausendste "Geimpfte" an der "Impfung" stirbt. Bei bisher etwa 5 Milliarden "geimpften" Menschen wären das schon jetzt 5 Millionen

Tote. Weltweit könnten also bereits mehr Menschen an einer als medizinisch ausgegebenen Maßnahme gestorben sein, als Berlin und Köln zusammengenommen an Einwohnern haben. Definitiv sind mehr Menschen an der Spritze gestorben als angeblich an Corona.

Schwere Nebenwirkungen dürften ungefähr bei einem Prozent, also jedem hundertsten "Geimpften" auftreten. Das deckt sich auch mit der Analyse, die Harald Matthes für die Charité Berlin erstellt hat und die daraufhin von dieser zurückgezogen wurde. Ein neues Papier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) legt nahe, daß 4,7 Prozent der Geimpften nach der Spritze einen Arzt besuchen mußten.

Demnach gab es allein im Jahr 2021 mindestens 2,5 Millionen Menschen, die Impfnebenwirkungen zu beklagen hatten, wohingegen das Paul Ehrlich Institut für dasselbe Jahr nur 244.576 "Verdachtsfälle" auf Nebenwirkungen zu verzeichnen hat.

Diese Angaben mußte die KBV im Nachhinein sogar noch einmal nach oben korrigieren. Nun wird ein Arztbesuch pro 61 verabreichten Spritzen gezählt.

Dabei handelt es sich nicht, wie von Medien und Politik kommuniziert, um leichte, vorübergehende Nebenwirkungen. Denn wer geht schon wegen einer Rötung an der Einstichstelle oder leichter Schmerzen zum Arzt?

Es gibt unzählige Medienberichte und private Berichte, die natürlich nur einen winzigen Teil der tatsächlichen Ausmaße wiedergeben. Hier ist ein Einblick zu erhalten in die tatsächlichen, sogenannten Nebenwirkungen, deretwegen die Menschen gezwungen sind, einen Arzt aufzusuchen. Die Symptome ähneln sich stark, und viele der Opfer haben eines gemein: Sie werden allein gelassen.

All das beschreibt jedoch allein die kurzfristigen Auswirkungen, die sich jetzt schon zeigen. Was langfristig noch auf uns zukommt, ist überhaupt nicht abzusehen. Die sogenannte Covid-Impfung wird von einigen Ärzten und Wissenschaftlern bereits als Biowaffe oder medizinische Atomwaffe bezeichnet, die in den kommenden Jahren bis zu 700 Millionen Menschen töten, und noch viel mehr dauerhaft schädigen könnte.

Doch auch, wenn die Dunkelziffer schwer einzuschätzen ist, so genügen bereits die offiziellen Daten, um ein lautes Alarmsignal auszulösen, das eine sofortige Rücknahme der Zulassung der Stoffe sowie eine eingehende Untersuchung nach sich ziehen müsste. Dies geht aus einem Bericht der Bürgerorganisation "World Council for Health" hervor.

Die Organisation stellte in allen öffentlich zugänglichen Datenbanken fest, daß die Zahl der Berichte über unerwünschte Wirkungen von Arzneimitteln bei den Genspritzen um den Faktor 10 bis 169 höher ist als bei vergleichbaren Produkten. Mehr als 40.000 Todesfälle bringt der Bericht mit den Spritzen in Verbindung, und die meisten der Meldungen betreffen schwerwiegende Schäden.

Alles in allem gibt es allein in den gemeldeten Daten genug Hinweise, die einen Produkt-rückruf auslösen müßten. Dafür wäre es nicht einmal notwendig, eine Kausalität zwischen Spritze und schwerwiegenden Folgen nachzuweisen. Allein die Möglichkeit einer solchen Verbindung macht einen Rückruf notwendig. Dies soll der Sicherheit von Patienten dienen.

Zu wenig, zu spät

Zaghafte berichten nun auch die öffentlich-rechtlichen Medien von den Impfkomplicationen, nachdem sie zuvor Wissenschaftler und Journalisten beschimpften, die vor diesen gewarnt hatten. Damit zeigt sich, daß auf diese Medien kein Verlaß ist. Seit Beginn der Corona-Erzählung haben sie sich hemmungslos gleichgeschaltet und jeden Kritiker beleidigt und diffamiert.

Nun, wenn der Schaden angerichtet ist, reiben sie sich verwundert die Augen und berichten über die Schädigungen, die hätten verhindert werden können, wären diese Medien ihrem Auftrag nachgekommen, anstatt mit aller Gewalt eine Ideologie durchzusetzen. Damit disqualifizieren sich diese sogenannten Journalisten selbst.

Zudem wird auch hier das ganze Ausmaß dieses, wie Naomi Wolf ihn nennt, Genozids klein-geredet und vertuscht. Statt schonungsloser Aufarbeitung wird nur das absolut Notwendigste eingeräumt, das wirklich überhaupt nicht mehr zu verheimlichen ist. Denn im Großen und Ganzen unterstützen die Medien die Verschleierung, indem sie beispielsweise berichten, daß die zunehmende Zahl der Thrombosen auf die Hitze zurückzuführen sei, oder indem sie von seltenen "Einzelfällen" reden. Damit wird das ganze Ausmaß der Katastrophe heruntergespielt.

Politik und Medien berichten derzeit von einer "Sommerwelle", und in der Tat sind die Krankenhäuser ungewöhnlich stark ausgelastet. Zudem kommt es auch zu einer extremen Steigerung von Rettungseinsätzen, so daß teilweise keine Rettungsfahrzeuge mehr zur Verfügung stehen. Grund dafür ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach kein Coronavirus, denn dieses zirkuliert im Sommer überhaupt nicht.

Statt dessen ist die Impfung der Auslöser für diese, sowie auch jede weitere "Welle". Denn die Spritze zerstört, wie dargelegt, das Immunsystem der Gespritzten, macht sie damit anfällig für alle möglichen Erkrankungen, und führt ihrerseits zu verheerenden Störungen und Erkrankungen, die oftmals Krankenhausaufenthalte notwendig machen. Die Wahl des Begriffes "Coronawelle" ist daher nichts als ein Versuch, die immensen Schäden durch die Spritze zu verschleiern.

Trotz der mittlerweile unübersehbaren Verheerung, welche die Genspritzen angerichtet haben und noch immer anrichten, unternehmen die Bundesländer Bayern, Hessen und Baden-Württemberg einen erneuten Anlauf, um die Impfpflicht auf Bundesebene durchzusetzen. Mit einem weiteren Versuch, dies zu tun, ist auch im Herbst wieder zu rechnen, wenn die nichtsagenden Inzidenzzahlen wieder zu einer "Welle" hochstilisiert werden. Da das Bundesverfassungsgericht die einrichtungsbezogene Impfpflicht abgesegnet hat, ist die Hemmschwelle dafür nun um einiges niedriger als noch im April.

Schon jetzt betont der "Expertenrat" der Bundesregierung, daß für den kommenden Herbst und Winter wieder verschärft auf die "Impfung" gesetzt werden müsse. Auch die EU deckt sich in großem Maßstab mit weiteren Dosen des Giftes ein, um sie großflächig zu verteilen - angesichts der offensichtlichen Schäden eine kriminelle Ankündigung von Mord, Totschlag und Körperverletzung in Millionen von Fällen.

Die Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitsbereich ist immer noch in Kraft, ebenso wie die Duldungspflicht für Soldaten nun gerichtlich abgesegnet wurde. Auch das ist Mord und Körperverletzung in Tausenden Fällen.

Gleichzeitig wird die Impfung von Kindern und Babys vorangetrieben, trotz erwiesener Wirkungslosigkeit und erwiesenem Schaden.

So gibt es bereits jetzt Meldungen von Enzephalitis, schwerwiegenden Blutungen, anaphylaktischen Schocks oder anderen mitunter tödlichen Folgen bei Babys nach Verabreichung einer "Impfung", obwohl diese überhaupt noch nicht für Babys zugelassen ist. Booster werden mancherorts nun schon an Kinder verteilt, obwohl diese Gruppe von Corona überhaupt nicht betroffen ist.

Es ist ein krimineller Akt gegen das Leben. Und obwohl nach Verabreichung des neuen "Impfstoffes" Novavax erwiesenermaßen 6-mal mehr Herzerkrankungen auftreten als bei jenen Probanden, die diesen Stoff nicht erhalten, steht der neue Giftstoff vor der Zulassung durch die FDA. Was nun anstelle von weiteren Einschränkungen und weiteren Zwangsmaßnahmen folgen müsste, wäre eine rechtliche Aufarbeitung.

Es müßten Verfahren eröffnet werden wegen Mordes, Totschlages, Körperverletzung und vieler weiterer Delikte gegen die verantwortlichen Politiker, Journalisten, Ärzte, Pharmakonzerne und Impfzentren-Mitarbeiter, die durch moralisierenden Druck, ökonomischen Zwang,

Betrug, Lügen oder durch Hetzkampagnen Menschen zu einer "Impfung" gedrängt haben, um eine Pandemie zu bekämpfen, die es nie gab. ...

Felix Feistel, Jahrgang 1992, schreibt in vielfältiger Weise über die Idiotie dieser Welt und auch gegen diese an. In einer auf Zahlen und Daten reduzierten Welt, die ihm schon immer fremd war, sucht er nach Menschlichkeit und der Bedeutung des Lebens. Er versucht, seine Kräfte und Talente für die Gestaltung einer lebenswerten Welt einzusetzen, indem er sich gegen Ungerechtigkeit und Zerstörung wendet. Trotz des überall grassierenden Wahnsinns ist er nicht bereit, den Glauben an das Gute im Menschen und sein Potential, den Planeten in ein Paradies zu verwandeln, aufzugeben. Er ist Mitglied der Rubikon-Jugendredaktion und schreibt für die Kolumne "Junge Federn".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 29/22" berichtete am 15. Juli 2022 (x1.387/...):

>>**Die Kampagne geht weiter**

Berlin bestellt für Milliarden Euro Hunderte Millionen Corona-Impfdosen: 2,5 Millionen Impfnebenwirkungen 2021 von Ärzten festgestellt

Björn Harms / Mathias Pellack

Unaufhörlich warnt Karl Lauterbach vor der bevorstehenden Corona-Herbstwelle. Deutschland müsse vorbereitet sein, schlägt der Gesundheitsminister Alarm, andernfalls drohen erneut massive Einschränkungen für die gesamte Bevölkerung. Vor allem die Impfung spielt in der Debatte wieder eine größere Rolle. "Wir brauchen jetzt eine breit angelegte Auffrischkampagne für die vierte Impfung", forderte in der vergangenen Woche der grüne Bundestagsabgeordnete Janosch Dahmen. "Nicht nur bei den über 70jährigen, sondern auch den Jüngeren", erklärte er und setzte sich damit sogar über die Empfehlung der Ständigen Impfkommission (Stiko) hinweg, die diese zweite Boosterung nur für Gefährdete und Menschen über 70 Jahren empfiehlt.

So viel Impfstoff, daß sich jeder achtmal impfen lassen könnte

Abhilfe schaffen soll unter anderem eine wiedererstartete PR-Kampagne der Bundesregierung. Im Bundeshaushalt 2022 wurde nicht zuletzt aufgrund der erlahmenden Impfbereitschaft in der Bevölkerung erstmals der Bereich "Öffentlichkeitsarbeit für Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie" geschaffen, für den immerhin 188 Millionen Euro eingeplant sind.

Noch im April erklärte das Bundesgesundheitsministerium (BMG) gegenüber der JUNGEN FREIHEIT, daß hierzulande auch weiterhin eine riesige Nachfrage bestehe: "Konservativ gerechnet gibt es in diesem Jahr einen Bedarf von 125 Millionen bis 165 Millionen Dosen", hieß es damals. Entsprechend ließ der Minister bei den Pharmakonzernen nachkaufen. Doch wie passen diese Zahlen zur Realität?

Das Impfdashboard des Robert-Koch-Instituts (RKI) liefert einen Überblick: Demnach wurden im ersten Halbjahr 2022 bislang rund 28,9 Millionen Corona-Impfungen verabreicht, mehr als zwei Drittel davon im Januar und im Februar. Danach ließ das Interesse stark nach. Auch kommen derzeit nur wenig Erstimpfungen hinzu. Die Lücke zu der angepeilten Zahl von 125 Millionen bis 165 Millionen verabreichten Impfungen im Jahr 2022 bleibt riesig. Kann sie im zweiten Halbjahr geschlossen werden? Oder droht wieder ein Verfall vieler Millionen Dosen?

Seit Pandemiebeginn listet das Impfdashboard alle Vakzin-Lieferungen des Bundes an Einrichtungen, in denen geimpft wird: Impfzentren, Apotheken, Arztpraxen etc. Die Zahl liegt derzeit bei etwa 205,5 Millionen Dosen. Dem steht eine Gesamtzahl von rund 183 Millionen verabreichten Impfungen seit Dezember 2020 gegenüber.

Übrig bleiben also knapp 22,5 Millionen Einzelimpfungen, die auf ihren Einsatz warten. Dazu lagern zahlreiche Bestellungen im zentralen Lager des Bundes. Mit Stand 30. Juni 2022 seien dies "insgesamt ca. 97,8 Millionen Covid-19-Impfstoffdosen", schreibt das Bundesgesund-

heitsministerium auf Nachfrage der JF. Sollten diese nicht verimpft werden, droht ein finanzielles Debakel.

Die ersten Einbußen gibt es bereits jetzt: Knapp vier Millionen Dosen verfielen zuletzt am 30. Juni. Daß es so kommt, war bereits im April bekannt, weshalb die Bundesregierung hektisch versucht hatte, die Haltbarkeit zu verlängern. Die Verlängerung genehmigen darf jedoch nur die EU-Kommission auf Antrag des jeweiligen pharmazeutischen Unternehmens bei Vorlage entsprechender Stabilitätsdaten. Doch die Daten reichten offenbar nicht aus, die Dosen sind nun unbrauchbar.

Viele Impfbargen, denen eventuell ebenfalls ein Verfall gedroht hätte, spendete die Bundesregierung ins Ausland. Mindestens 143 Millionen Impfdosen waren es bereits im März 2022. Das Problem: Schon seit geraumer Zeit will kaum ein Land die Spenden haben, weil sich immer weniger Menschen impfen lassen wollen. Die internationale Initiative Covax, hauptverantwortlich für die Verteilung von Impfstoffen in ärmeren Ländern, nimmt seit Monaten keine Lieferungen mehr an. Es mangle an "Logistik und Bedarf", gibt auch das BMG gegenüber der JF zu.

Gleichzeitig versuchen die Pharmaunternehmen, den Druck hoch zu halten. Für neue Omikron-Impfstoffe sollten im besten Fall die Hürden gesenkt werden. Der Hauptlieferant Deutschlands, das Mainzer Unternehmen Biontech, hatte mehrfach versucht, die erneute Zulassung des bereits entwickelten Produkts ohne weitere Studien zu erreichen. Ursprünglich hieß es, der für die noch aktuellen Omikron-Varianten angepaßte Impfstoff solle im Frühjahr einsatzbereit sein. Minister Lauterbach hatte sich daraufhin Millionen der Präparate gesichert. Ähnlich erging es auch dem zweiten mRNA-Vakzin-Lieferanten Moderna.

"Wenn die aufwendigen Zulassungsverfahren jetzt nicht vereinfacht werden, werden die aktualisierten Impfstoffe im Herbst zu spät kommen", warnt Biontech-Chef Ugur Sahin in der Financial Times durchaus in eigener Sache. Doch bisher besteht die Europäische Arzneimittelagentur auf den altbewährten Sicherheitsverfahren und sieht eine Zulassung bis September als realistisch an. Auch die amerikanische Zulassungsbehörde FDA setzt nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre lieber auf Sicherheit.

Insgesamt hat sich die Bundesregierung seit Pandemiebeginn eine stattliche Gesamtmenge von rund 677,4 Millionen Impfstoffdosen vertraglich gesichert. Somit könnte sich jeder einzelne in Deutschland mindestens achtmal impfen lassen. Über die Hälfte der Bestellungen ging beim Hersteller BionTech/Pfizer ein (375,3 Millionen). Die Finanzierung der Einkaufstour ist vom Parlament schon beschlossen.

Allein für die "Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen Sars-CoV-2" veranschlagt der Bund in seinem Haushalt 2022 knapp 7,1 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr waren es knapp 8,9 Milliarden Euro, womit sich der Betrag auf knapp 16 Milliarden Euro summiert. In einer kürzlich veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion heißt es jedoch: "Seit Pandemiebeginn hat die Bundesregierung rund 6,8 Milliarden Euro für Covid-19-Impfstoffe ausgegeben (Stand: 1. Juni 2022)." Wie kommt diese Differenz von knapp 9,2 Milliarden Euro zustande?

Ganz einfach: Im Haushaltsplan finden sich nur die "voraussichtlich zu leistenden Ausgaben", wie das BMG erklärt. "Die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgaben) ergeben sich nach Abschluß der Bücher." Das heißt: Zu den bislang ausgegebenen 6,8 Milliarden Euro könnten sich noch weitere finanzielle Mittel addieren.

Hohe Zahl von Todesfällen nach Impfung vom PEI heruntergespielt

Gänzlich ausgenommen von den Debatten rund um die Bestellung der Impfstoffe sind die Nebenwirkungen, über die immer mehr Menschen klagen und immer mehr Medien berichten. Zu mehr als einer Erwähnung des "Post-Vac-Syndroms" konnte sich der Minister aber bisher nicht aufrufen. Tausende Betroffene melden sich und suchen nach Hilfe und Anerkennung.

Müdigkeit, Erschöpfung, neurologische Ausfälle erkennt die Medizin inzwischen auch als Nebenwirkung der Impfung an. Symptome, die einer Infektion mit dem Virus sehr ähnlich sind, wenngleich es heißt, diese seien sehr selten.

Das Uniklinikum Marburg ist eines der wenigen Krankenhäuser in Deutschland, die sich mit den als "Post-Vac-Syndrom" zusammengefaßten Nebenwirkungen befassen. Dort warten inzwischen 3.000 Menschen auf eine ausführliche Untersuchung.

Der Kardiologe Bernhard Schieffer behandelt vor allem sportlich aktive Menschen und junge Frauen. Diese seien am häufigsten betroffen, sagt er vergangene Woche dem Bayerischen Rundfunk. "Sie haben Symptome, die wir alle heute als Long Covid kennen. Und wir sagen, es gibt diese Long-Covid-Symptome nach einer Corona-Infektion. Und es gibt sie in sehr, sehr geringem Maße auch infolge einer Corona-Impfung."

Dieses Jahr konnte die Klinik 250 Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz behandeln. Schieffer schätzt die Zahl solcher Nebenwirkungen auf 0,02 Prozent bei etwa 183 Millionen verabreichten Impfungen in Deutschland. Das wären immerhin über 36.600 mögliche Betroffene.

Leider steckt die Forschung darüber noch in den Kinderschuhen, obwohl bereits einige Daten vorhanden sind. Diese wurden aber nicht verknüpft. Das für die Sicherheitskontrolle der Impfungen zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) erklärte Anfang Juni vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, daß umfangreiche Patientendaten von den Kassenärztlichen Vereinigungen dem PEI "nach wie vor nicht zur Verfügung gestellt" würden.

Beim Institut seien derzeit nur etwa 290.000 Meldungen über Nebenwirkungen nach Impfungen in Deutschland eingegangen, von denen rund 30.000 schwerwiegend gewesen seien, erläuterte Dirk Mentzer, im PEI für die Überwachung der Arzneimittelsicherheit zuständig, dem Gericht. Bei den gut 2.800 Todesfällen, die mit der Impfung in Verbindung gebracht wurden, sei eine genauere Aufklärung versucht worden. Daraus hätten sich aber keine Risikosignale ergeben, die als Warnung vor einem Impfstoff gewertet werden könnten, so Mentzer.

Wenige Wochen später erhielt der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Sichert von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) eine Antwort auf seine Frage nach den Nebenwirkungen der Corona-Impfungen im Jahr 2021. Die Frage hatte er bereits drei Monate zuvor gestellt. Demnach gab es 2.487.526 Nebenwirkungen, welche die Vertragsärzte der KBV gemeldet und abgerechnet hätten. Diese umfassen allerdings auch Nebenwirkungen aller anderen in Deutschland verabreichten Impfungen.

Im Jahr 2020 waren es noch 76.332 Impfnebenwirkungen, und die Impfungen beliefen sich je nach Quelle auf 30 Millionen (KBV) bis 47 Millionen (Arzneimittel-Atlas). Die große Mehrzahl der Impfungen im Jahr 2021 stellen demnach die Corona-Impfungen dar. Wer nun die Zahl der Impfnebenwirkungen vor der Pandemie mit der Zahl der Impfungen ins Verhältnis setzt, erhält zwischen 0,25 (laut KBV) oder 0,16 Prozent (laut Arzneimittel-Atlas).

Verglichen mit den Corona-Impfungen und den Nebenwirkungen steigt dieser Wert 2021 auf 1,67 Prozent. Würden noch weitere 50 Millionen andere Impfungen hinzukommen, läge der Wert mit 1,25 Prozent immer noch deutlich über dem Normal-Vorjahr. Die Corona-Impfung hat also die Zahl aller Nebenwirkungen pro Impfung in Deutschland mindestens vervierfacht, möglicherweise sogar verachtfacht.

Wie kann es sein, daß diese fast 2,5 Millionen Nebenwirkungen, die offenbar schwer genug waren, um die Betroffenen zum Arzt zu führen, nicht schwer genug waren, um die Ärzte dazu zu bewegen, sie gemäß der Meldepflicht an das PEI weiterzureichen? Schließlich gingen dort nur 290.000 Meldungen ein.

Ein Grund ist die geringere Schwere der Leiden. Daß dies der einzige Grund ist, daran haben schon mehrfach Statistiker und Ärzte erhebliche Zweifel geäußert, dauere doch eine solche Meldung zwischen zehn und dreißig Minuten und bringe dem Arzt keine adäquate finanzielle

Entschädigung. So erklärt sich auch eine weitere Aussage von Experte Mentzer vor dem Bundesverwaltungsgericht. 90 Prozent der Nebenwirkungsmeldungen zur Covid-Impfung, die beim PEI eingingen, kämen bisher von betroffenen Personen oder deren Angehörigen, nur zehn Prozent von Ärzten.

Von seiten der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) heißt es dagegen: Das Angebot der GKV, "ihre enormen Datenbestände" zur Verfügung zu stellen, habe bisher niemand angenommen. Eine Anfrage der JF ließ das PEI bis Redaktionsschluß unbeantwortet. Sowohl PEI und RKI als auch GKV und KBV sind der Aufsicht des Bundesgesundheitsministeriums unter Karl Lauterbach unterstellt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. Juli 2022: >>**Impfärztin bringt sich um - Krokodilstränen in der Politik**

Von *Karel Meissner*

Eine österreichische Impfärztin beging Selbstmord. Angeblich wegen zahlreicher Drohungen. Politiker und Mainstream erheben die Verstorbene zur Märtyrerin. Dabei sind sie die wahren Schuldigen.

Die Spaltung der Gesellschaft, angezettelt durch diktatorische Corona-Maßnahmen, hat einen traurigen Höhepunkt erreicht. Die in Seewalchen am Attersee (Oberösterreich) tätige Impfärztin Lisa Maria Kellermayr hat vor Tagen Selbstmord begangen. Kurz zuvor mußte sie ihre Praxis schließen.

In Interviews mit österreichischen Medien nannte sie als Grund: seit sieben Monaten beschössen Impf-Kritiker sie mit Beschimpfungen ("Massenmörderin") und Morddrohungen. Eine tägliche Polizeistreife biete zu wenig Schutz, also rüstete sie ihre Praxis mit Sicherheitstechnik auf und engagierte einen privaten Wachschutz.

Allerdings überstiegen diese Maßnahmen (100.000 Euro) Kellermayrs Budget. Die 36jährige schloß ihre Ordination. Fortan erhielt sie Unterstützung durch den Staatsschutz, während Hackergruppen beim Aufspüren der Drohbrieffschreiber halfen. Ihr Ziel: Die Wiedereröffnung der Praxis. Jetzt plötzlich der Selbstmord.

Für die Mainstream-Medien ein gefundenes Fressen. Endlich hat die Impf-Lobby ihre Märtyrerin: "Von Impfgegnern bedrohte Medizinerin nimmt sich das Leben", schlagzeilte die dpa. Gäbe es eine Heuchel-Hitparade, Österreichs grüner Gesundheitsminister Johannes Rauch käme als Anwärter für den Spitzenplatz in Frage. Auf Twitter schrieb er:

"Morddrohungen gegen sie und ihre Mitarbeitenden waren brutale Realität. Haß gegen Menschen ist unentschuldig. Dieser Haß muß endlich aufhören."

Natürlich ist Frau Kellermayrs Suizid eine Katastrophe. Natürlich sind die Haß- und Droh-Mails an sie ein No go. Ebenso wie Haß-Attacken und Drohungen gegen Oppositionelle und Querdenker, die vom Mainstream und den Machthabern mit stillem Grinsen geduldet werden. Auffallend ist, daß die Drohwelle gegen Frau Kellermayr vor sieben Monaten startete. In jener Zeitspanne, als in Österreich die allgemeine Impfpflicht beschlossen wurde:

Der Besuch beim Impfarzt sollte nicht länger aus freiem Entschluß, sondern unter Zwang erfolgen. Dieses Gesetz machte Impfärzte wie Frau Kellermayr aus der Perspektive der Impfskeptiker zu Kollaborateuren, zu Vollstreckern, zu Henkern.

Tatsächlich forderte die Österreichische Ärztekammer seit längerem den Schutz von Impfärztinnen. An ihnen tobt sich der Haß aus, der eigentlich der Regierung gilt, die unter dem damaligen Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein das barbarische Gesetz beschloß. Auch nach dessen Aufhebung wird nur langsam Ruhe einkehren. Die Machthaber haben ihre faschistoide Fratze gezeigt. Hier liegt die Ursache für die Spaltung, den Haß und den Suizid von Frau Kellermayr.

Ihre Abschiedsbriefe sollen übrigens nicht veröffentlicht werden. Warum eigentlich nicht? Es scheint, daß sie für Staatspropaganda nicht geeignet sind. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 33/22" berichtete am 12. August 2022 (x1.387/...): >>>Dieses Gesetz muß fallen!

Corona: Der neue Entwurf des Infektionsschutzgesetzes dokumentiert die völlige Ignoranz der Regierung

Michael Paulwitz

Und wieder grüßt der Lauterbach. Zum dritten Mal steht ein Winter der Freiheitsberaubung vor der Tür. Deutschland bleibt auch in der Corona-Politik der mitleidig belächelte Geisterfahrer Europas. Der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und Bundesjustizminister Marco Buschmann vorgelegte Entwurf einer abermaligen Novellierung des Infektionsschutzgesetzes ist ein Dokument der Ignoranz und Bürgerverachtung, eine Kampfansage an Realität und wissenschaftliche Evidenz, an Freiheit, Bürgerrechte und gesunden Menschenverstand.

Die Geringschätzung des Staatsbürgers und seiner verfassungsmäßigen Rechte steckt schon in der infantilen Terminologie. "Winterreifen" und "Schneeketten" sind eine kindische Verniedlichung weitreichender Eingriffe in Freiheits- und Persönlichkeitsrechte. Ganz so, als seien die Bürger bloße Vehikel obrigkeitlicher Willkür, denen die Staatsgewalt nach Belieben eine Gesichtsvermummung wie einen Autoreifen überziehen kann.

Und es bleibt ja nicht bei der Neuauflage des so aufwendigen wie fragwürdigen Masken- und Testzwangs. Der Bund schreibt die FFP2-Maskerade für Zug- und Flugreisende, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen vor, die Länder können sie im ÖPNV, in Innenräumen inklusive Einzelhandel anordnen und werden das fraglos auch tun.

Besonders perfide: In Restaurants, Kultur- und Freizeiteinrichtungen kann sich vom Maskenzwang freikaufen, wer einen "frischen" Nachweis der Genesung oder Impfung vorlegt. Deren Gültigkeit wird beiläufig auf drei Monate herabgesetzt. Auch Gutgläubige, die sich mit drei Spritzen bereits auf der sicheren Seite wähnten, sind damit ab 1. Oktober per Federstrich wieder "ungeimpft" und dürfen sich die vierte, fünfte oder gar sechste Injektion abholen. Das "Impfabo" ist offenkundig die nächste Verschwörungstheorie, die wahr wird.

Für Gastronomie, Kultur und Veranstaltungsbranche ist das ein neuer Nackenschlag, den viele nicht überleben werden. Praktisch umzusetzen ist diese absurde Regelung nämlich nicht. Wirte und Veranstalter könnten ihre Gäste doch je nach Status mit "Aufklebern" markieren, rät allen Ernstes das vorgeblich von einem "Liberalen" geführte Bundesjustizministerium. Aber das ist gar nicht nötig, die Maske selbst wird in diesem Szenario schon zum Stigma für "Ungeimpfte".

Gegen jede wissenschaftliche und praktische Erkenntnis stellt die Neuregelung Schüler mit "vulnerablen Personen" in Pflegeeinrichtungen gleich. Den Schulen droht ebenfalls wieder der Belagerungszustand mit Masken- und

Testregime. Dabei ist gerade diese Bevölkerungsgruppe am wenigsten durch das Virus gefährdet, dessen aktuelle Varianten generell eine geringere Bedrohung mit schweren Krankheitsverläufen darstellen.

Donnernder als FDP-Justizminister Marco Buschmann, der noch im letzten Oktober ein "absolutes Ende aller Maßnahmen" am 20. März dieses Jahres versprochen hatte, kann man kaum umfallen. Auch von Buschmanns erklärter Absicht, die künftige Corona-Politik an der Evaluierung der bisherigen Maßnahmen durch eine Expertenkommission auszurichten, ist wenig übriggeblieben.

Der monomanische und menschenfeindliche Fanatismus des Karl Lauterbach, der wissenschaftliche Erkenntnisse nur dann gelten läßt, wenn sie seine eigenen Vorurteile zu stützen scheinen, hat sich auf breiter Front durchgesetzt. Daß der Gesetzesentwurf die Zuständigkeit für die meisten Zumutungen den Ländern zuweist, ist ärmliche Gesichtswahrungskosmetik für das klägliche Einknicken des FDP-Ministers.

Die Evaluierungskommission hätte sich ihre Arbeit sparen können. Erkenntnisse, die ihrem Corona-Furor zuwiderlaufen, ignorieren die Autoren des Regierungsentwurfs oder verkehren sie mit haltlosen Behauptungen ins Gegenteil: Buschmann erklärt die "Wirksamkeit" des Maskenzwangs evidenzlos für "unbestritten", während Lauterbach das Votum der Ständigen Impfkommission wegwischt und penetrant eine Viertimpfungs-Empfehlung auch für Jüngere einfordert. Kassenärzte-Chef Andreas Gassen charakterisiert den Quasi-Impfzwang ohne wissenschaftliche Grundlage bündig als "unärztlich".

Im Lauterbachschen Corona-Bunker merkt niemand, daß im übrigen Europa reihum die letzten Maßnahmen fallen, daß Länder ohne strenges Corona-Regime wie Schweden sogar leichter durch die Krise gekommen sind, daß die Maßnahmenverlängerung durch einige Bundesländer im Frühjahr keinen Unterschied gemacht und der Sommer gezeigt hat, wie Infektionswellen auch ohne rigide Einschränkungen vorüberziehen können.

Die Warnungen von Verfassungsrechtlern, die pauschale Masken- und Kontrollpflichten auf spekulativer Grundlage für verfassungswidrig halten, kommen dort ebensowenig an wie der steigende Unmut der Bürger. Maskenpflichten sind eben nicht "harmlos", sondern massive Verletzungen von Persönlichkeitsrechten. Insbesondere Schüler fünf Tage in der Woche unter die Maske zu zwingen, die ihnen die Mimik raubt, sie am Lernen und an normalem Sozialverhalten hindert, grenzt an Kindesmißhandlung.

Um rationale Argumente oder gar Gesundheitsfragen geht es aber schon lange nicht mehr. Der eine Minister, Buschmann, will Koalitionskrach durch Kompromisse auf Kosten von Bürgerrechten vermeiden, der andere, Lauterbach, klammert sich an sein Aufsteiger-Thema, um nicht wieder in der Versenkung zu verschwinden oder sich um die wahren Ursachen der Überlastung des Gesundheitssystems kümmern zu müssen. Als geübter Pharnalobbyist wirbt er für Impfungen um jeden Preis, um den Schaden für den Steuerzahler durch hemmungslose Impfstoff-Überbestellungen zu vertuschen.

Zu sehr haben sich die Regierenden in Bund und Ländern an die staatliche Übermacht gegenüber dem in Dauerpanik versetzten und bevormundeten Bürger gewöhnt. Zu den "Schneeketten", die der Gesetzentwurf den Bürgern anlegen möchte, gehört auch die Wiedereinführung von Maskenpflicht und Abstandsgeboten im Freien bei "Außenveranstaltungen".

Ein simples Mittel, um absehbare Proteste gegen explodierende Energiepreise, Inflation und Verarmung - von Regierungsvertretern vorsorglich als "rechts" und "Querdenkere" einsortiert - schon im Keim ersticken zu können. Es reicht folglich nicht, dem breiten Widerspruch gegen den Gesetzentwurf mit einigen Retuschen zu begegnen. Die ganze Novelle muß fallen, damit der Mißbrauch des Infektionsschutzes für einen unerklärten Ausnahmezustand endet. Es ist die letzte Ausfahrt vor dem permanenten Maßnahmenstaat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. August 2022: >>**Janichs Welt _ Der endgültige Beweis**

Ist denn das böse Märchen nie zu Ende? Jetzt hat also selbst eine von der Regierung eingesetzte Kommission bescheinigt, daß es keinerlei Beweise dafür gibt, daß irgendeine Corona-Maßnahme nennenswerten Nutzen gebracht hat. Trotzdem schürt Bundesklabauterbach weiterhin Panik und fordert wieder die gleichen diktatorischen Anordnungen für den Herbst wie bei seinem letzten Manöver.

Jenseits von allem, was der Mainstream so kolportiert oder ignoriert, ist der Bericht des Sachverständigenausschusses erstaunlich deutlich: "Insgesamt ist ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Inzidenz und der Maßnahmenstärke nicht erkennbar." Und weiter: "Die Wirksamkeit der Impfung als Maßnahme zur Bekämpfung des Sars-CoV-2 kann aus Gründen der Komplexität nicht behandelt werden, dies schließt auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht ... mit ein."

Die Experten beklagen sich über die mangelnde Datenerhebung, allerdings gibt es genügend Fakten aus aller Herren Länder. Das erschütternde Ergebnis ist überall das gleiche: mehr Impfungen, höhere Inzidenzen, mehr Tote. Die immensen Impfschäden, die jetzt sogar hin und wieder im Mainstream behandelt werden, umschifft der Bericht mit obigem Statement feige. COMPACT hat oft genug darüber berichtet, wie auch erneut in dieser Ausgabe (siehe "Die Horror-Bilanz der Corona-Impfungen"). ...

Die eigentliche Frage lautet nun: Was muß noch alles passieren, damit eine offensichtlich durch und durch korrupte Politikerkaste endlich einlenkt? Es gibt darauf nur eine Antwort: Sie muß die Folgen ihres Handelns spüren. Eigentlich wäre ein internationales Menschenrechts-tribunal zuständig, aber das ist weit und breit nicht in Sicht. Denn natürlich sind alle Instanzen, die das durchführen könnten und müßten, unter der Kontrolle der Globalisten und der ihnen angeschlossenen Pharmaindustrie.

Wenn einer unter uns jemals Zweifel daran gehegt hat, daß eine weltweite Verschwörung gegen die Interessen der Völker existiert - jetzt ist diese eindeutig bewiesen. Tausende kritische Mediziner und Forscher versuchen seit zwei Jahren ohne Erfolg, sich Gehör zu verschaffen - Presse und Fernsehen sind folglich integraler Bestandteil dieser Verschwörung.

Das ist für Aufgewachte wenig überraschend. Es ist leicht nachweisbar, daß sich die großen Medien in jedem Land in den Händen einiger weniger befinden. Wenn es, wie in der BRD, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten gibt, die angeblich als Gegenpol zu privaten Medienkonzernen funktionieren sollten, ist die Propaganda noch weit heftiger als in Ländern ohne nennenswerten Staatsfunk.

In starkem Kontrast zu diesem Phänomen stehen natürlich unabhängige Medien wie COMPACT oder freie Journalisten im Internet, in dem aber die zentralistisch-globalistische Kontrolle über die großen Netzwerke wie Youtube, Facebook und Co. nahezu total ist. Einer, der das versucht aufzubrechen, ist mit Elon Musk ausgerechnet der prominenteste Vertreter des Transhumanismus.

Die Proteste auf der Straße sind mit den zwischenzeitlichen Lockerungen leider etwas eingeschlafen. Jetzt gilt es, sich bereits auf Themen vorzubereiten, die die nächsten Jahre dominieren werden, wie zum Beispiel die ausufernde Inflation und der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems.

Nicht nur vor diesem Hintergrund ist zu hoffen, daß der Ukraine-Konflikt so bald wie möglich beendet wird, damit die Medien sämtliche Probleme nicht weiterhin auf Putin schieben können. Das dürfte mit ein Grund dafür sein, warum die Globalisten gar nicht so sehr an einer Beendigung, sondern vielmehr an einer Eskalation des Krieges interessiert sind.

Eine gute Chance wäre, wenn Prominente, deren Familien vom "plötzlichen Todessyndrom" - sprich von den Folgen der Giftspritze - befallen worden sind, endlich einmal in einer Live-sendung, von denen es vermutlich kaum noch echte gibt, den Mund aufmachen würden.

_ Oliver Janich, lange Jahre Autor bei "Focus Money" und wegen seiner Recherchen zu 9/11 in Ungnade gefallen, lebt heute auf den Philippinen und hat eine große Fangemeinde in den digitalen Netzwerken.

Investigativ-Journalist und Star-Vlogger Oliver Janich wurde (am 17.08.2022) in seiner Wahlheimat, den Philippinen, verhaftet. Ihm droht die Auslieferung nach Deutschland, wo man ihm zwei Online-Aussagen zur Last legt. Eins davon läßt sich bereits als Satire einordnen. ... Aus diesem Anlaß veröffentlicht COMPACT-Online Oliver Janichs Kolumne aus der aktuellen COMPACT 08/2022<<<

Die AfD veröffentlichte am 26. August 2022 folgende Stellungnahme des AfD-Bundesvorstandes zum Entwurf des geänderten Infektionsschutzgesetzes: >>1. Keine Impfpflicht durch die Hintertür

Gesundheitsminister Lauterbach drängt die Bürger, sich immer wieder gegen Covid-19 impfen zu lassen. Der Nutzen bleibt unklar. Die AfD lehnt ein lebenslanges Impf-Abo ab. Das gilt ganz besonders, da es sich um nur bedingt zugelassene Impfstoffe handelt, deren Wirkmechanismen nicht in Gänze verstanden sind, die aber bisher zu unzähligen von Gesundheitsschäden geführt haben.

Wohlweislich haben sich die Impfstoffhersteller daher von der Produkthaftung befreien lassen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Impfstoffhersteller müssen verpflichtend den Nachweis erbringen, daß gravierende Nebenwirkungen nahezu ausgeschlossen bzw. der Schwere der Krankheit angemessen und damit vertretbar sind.

Vor diesem Hintergrund lehnt die AfD jede Diskriminierung von Personen ab, die auf weitere oder jegliche Impfungen gegen Covid-19 verzichten wollen. Das gilt auch für den Einsatz neuer und wenig erprobter Impfstoffe, die einem weiteren Experiment am lebenden Menschen gleichkommen.

Obwohl mittlerweile eine Vielzahl von Impfnebenwirkungen und -schäden belegt sind, werden sie von staatlichen Stellen ignoriert und heruntergespielt. Deshalb brauchen wir zwingend eine Aufklärungskampagne über Impfschäden, damit Ärzten und Patienten endlich die Augen geöffnet werden.

2. Keine unsinnige Masken- und Testpflicht

Wir lehnen jegliche Masken- und Testpflicht ab. Diese würde eine erneute Nötigung zur Impfung darstellen. Masken schützen erwiesenermaßen nur unzureichend vor Infektionen - das gilt für den Träger wie für das Umfeld. Dafür enthalten sie Inhaltsstoffe, die den Träger bei Dauergebrauch massiv schädigen können.

Das gilt auch und ganz besonders für Kinder und Jugendliche, die durch das dauerhafte Tragen von Masken in ihrer psychosozialen Entwicklung beeinträchtigt werden. Übrigens darf laut Arbeitsrecht eine FFP2-Maske ohnehin nur maximal 75 Minuten am Stück getragen werden. Jeder soll das Recht haben, eine Maske tragen zu dürfen - allerdings nur, wenn er über Risiken und Gefahren vorab aufgeklärt wird. Die AfD wendet sich auch gegen verpflichtende Coronatests bei Menschen ohne Symptome.

Diese Tests sind epidemiologisch und infektiologisch unsinnig. Sie dienen einzig den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber von Testzentren, laden zu Betrug ein und verschlingen dabei Steuergelder und Krankenversicherungsbeiträge. Hinzu kommt: nach wie vor wird ein positiver PCR-Test fälschlicherweise mit einer Infektion gleichgesetzt.

3. Keine willkürlichen Abstandsregeln

Abstandsregeln scheinen vor allem dem Verbot von legitimen Demonstrationen zu dienen. Im Entwurf zum neuen Infektionsschutzgesetz greift Lauterbach auf Begriffe wie "Winterreifen- und "Schneeketten-Phasen" zurück. Diese dokumentieren eine hochgradig infantilisierte und ideologisierte Politik, die den Menschen die Alternativlosigkeit der Regierungspläne vorgaukeln soll und diese harmlos darstellt. Tatsächlich gibt die Gesetzesänderung den Ländern freie Hand bei der Wahl möglicher totalitärer Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger.

Sogar der Evaluationsbericht des Bundesgesundheitsministeriums legt schonungslos offen, daß es keine belastbaren Daten und Fakten gab, die die gravierenden Corona-Maßnahmen hätten rechtfertigen können. Der Bericht bestätigt damit die Positionen der AfD.

4. Lauterbach muß zurücktreten

Das neue Infektionsschutzgesetz will die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ohne Masken nur noch frisch Geimpften ermöglichen und ist somit nichts weiter als der Versuch, die im

Bundestag mit klarer Mehrheit - unter Federführung der AfD - abgeschmettete Impfpflicht doch noch über die Hintertür einzuführen.

Offenbar geht es unter anderem auch darum, die in grenzenloser Verantwortungslosigkeit für Milliarden von Steuergeldern eingekauften Impf-Seren an bzw. in die Bürger zu bringen. Unsere Forderung: Karl Lauterbach muß als Minister umgehend zurücktreten. Er hat sich immer wieder nicht nur als unfähig, sondern aufgrund seines Impf -Fanatismus auch als gefährlich erwiesen.

Das Gesundheitswesen war zu keiner Zeit in Gefahr, überlastet zu werden. Hier knüpft die Regierung wieder an eine alte Lüge an: Wenn es zu wenig Krankenhausbetten gibt, dann nur, weil ein Abbau der Betten vom Staat subventioniert wird.

5. Im Zweifel für die Freiheit

Die Entscheidungskompetenz und Verfügungsgewalt über unsere Gesundheit liegen zunächst bei jedem einzelnen Bürger. Allenfalls unsere nationalen Behörden und Ministerien sollen hier zu unserem Schutz eingreifen dürfen. Eine Verlagerung auf supranationale Organisationen (z.B. WHO) ohne eine demokratische Legitimierung durch unsere Bürger kommt für uns nicht in Frage.

Die AfD möchte alle Mitbürger vor einem Experiment mit ungewissem Ausgang warnen und bewahren und statt dessen die Freiheit und Selbstbestimmung wieder herstellen - was in unseren europäischen Nachbarländern längst erfolgt ist.

Berlin, 26. August 2022<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. August 2022:

>>Impfkonzern: Herzrhythmusstörung ist die neue Epidemie

Von *Karel Meissner*

Der Pharma-Riese Johnson & Johnson erklärt das Vorhofflimmern zur neuen Epidemie. Ein neuer Markt mit den Nebenwirkungen der Corona-Impfbrühe?

Kennen Sie schon die Epidemie der Zukunft? Nein, die Affenpocken sind (wahrscheinlich) aus dem Rennen. Aber was dann? ... Sie kommen nicht darauf. Aber der Pharmakonzern Johnson & Johnson weiß es. Aus diesem Grunde hat er eigens eine Stellenanzeige aufgegeben. Lesen Sie selbst:

"Vorhofflimmern - die neue Epidemie! Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Menschen mit Vorhofflimmern voraussichtlich um bis zu 70 Prozent ansteigen und das Schlaganfallrisiko erhöhen. Möchten Sie mithelfen, Herzrhythmusstörungen zu heilen und etwas zu bewirken? Dann werden Sie Teil unseres Biosense Webster-Teams bei Johnson & Johnson!"

Anmerkung: Besagter Geschäftsbereich Biosense Webster ist laut J & J "weltweit als führend auf dem Gebiet der Diagnose und Behandlung von Herzrhythmusstörungen anerkannt und ist einer der am schnellsten wachsenden Geschäftsbereiche innerhalb der Johnson & Johnson MEDICAL GmbH."

Halten wir fest: der am schnellsten wachsende Geschäftsbereich von J & J liegt im Bereich der Herzrhythmus-Störungen. Und diese Erkrankung soll in acht Jahren (so die Prognose) epidemische Ausmaße angenommen haben? Richtig. Nun gehören Herzrhythmusstörungen eindeutig zu den Nebenwirkungen der Corona-Impfbrühe. Und die stiegen laut Konzern-Auskunft bis zu 70 Prozent an. Entwickelt J & J also jetzt Mittel und Behandlungsmethoden gegen die Nebenwirkungen seines eigenen Impfstoffes?

Nicht ganz. Laut dem Paul Ehrlich Institut traten Schlaganfälle und Vorhofflimmern in einer Gruppe von 26 Personen nur bei Patienten auf, die - bis auf zwei unbekannte Ausnahmen - mit Comirnaty (der mRNA-Brühe) traktiert wurden. Der Impfstoff von Johnson & Johnson basiert jedoch auf der Vektoren-Technik.

Auch der Epidemiologe Timo Ulrichs empfahl einem Zuschauer auf n-tv, der nach zweifacher Impfung an Vorhofflimmern litt, sich anstelle einer dritten mRNA-Impfung lieber einen Vektoren-Booster von J & J reinzuziehen.

Kurzum, nicht die Vektoren-Brühe, sondern die Gen-Impfung gefährdet nach aktuellem Forschungsstand den Herz-Rhythmus. Und J & J schaufelt künftig seine Milliarden nicht mit der Reparatur von Schäden, die seine eigene Vektoren-Brühe, sondern die der Biontech-Impfstoff angerichtet hat. Wenn das kein Teamwork ist.

Aber Vorsicht: nur weil J & Js Vektoren-Brühe womöglich keine Herzrhythmusstörungen auslöst, ist sie keinesfalls harmlos. Zu den potentiellen Nebenwirkungen zählt das Guillain-Barré-Syndrom, eine entzündliche neurologische Erkrankung, die zu Muskelschwäche und Lähmungen führen kann. Braucht man auch nicht unbedingt, oder? ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im August 2022 im COMPACT-Spezial Nr. 35 über die totalitären Corona-Maßnahmen (x372/47-48): >>Endphase

_ von Manfred Kleine-Hartlage

Corona hat offengelegt, wie tief das System BRD in Teufelskreise verstrickt ist, durch die es zwanghaft immer neue Probleme produziert, zu deren Scheinlösung es in immer totalitäre Praktiken flüchtet. Der Staat des Grundgesetzes steht vor dem Scheitern.

"Merkel hatte dem Lande nichts zu bieten als Armut, Trübsinn, Freiheitsbeschränkung und die Versicherung, daß etwas Besseres nicht zu haben sei. Allenfalls noch die Aufforderung zu einer stoischen Haltung. Aber sie war eine zu karge Natur, um auch nur dieser Aufforderung eindrucksvolle Worte zu verleihen. Sie warf keine Idee, keinen Appell ins Land. Sie warf nur einen Schatten von Freudlosigkeit darüber. ... Es gab ständige politische Diskussionen, unfruchtbar und erbittert, überall. ... Was es nicht mehr gab, waren Lebensfreude, Lebenswürdigkeit, Harmlosigkeit ... und Humor. Die Luft in Deutschland war rapide stickig geworden."

So könnte ein künftiger Historiker die Gemütsverfassung der Deutschen im Jahr 2021 beschreiben. Tatsächlich aber stammt der zitierte Text (in dem ich "Brüning" durch "Merkel" ersetzt habe) aus Sebastian Haffners *Geschichte eines Deutschen* und bezieht sich auf die Jahre 1930 bis 1932, also die letzte Phase vor der Errichtung der totalitären Diktatur.

"Selbst die Einzelheiten waren ähnlich", schreibt Haffner und meint damit ähnlich wie 1939, aber es liest sich, als spräche er von heute: "... das langsame Näherkommen des Furchtbaren, die Zerfahrenheit der Abwehrkräfte, ihr hoffnungsloses Festhalten an den Spielregeln, die der Feind täglich brach, der einseitig geführte Krieg, der Schwebezustand zwischen "Ruhe und Ordnung" und "Bürgerkrieg"."

Gefahr aus der Mitte

Gewiß gibt es nicht nur Parallelen, sondern auch Unterschiede, aber diese Unterschiede lassen die aktuelle Lage eher noch düsterer erscheinen als selbst die Ära Brüning. Der Totalitarismus droht heute nicht von einem Angriff der politischen Peripherie auf das Zentrum, sondern aus dem Zentrum selbst. Mochte Brüning auf seine seltsame Art die Republik noch verteidigen, so laufen die Verfassungsbrüche der heutigen politischen Klasse alle auf ihre Zerstörung hinaus: von der Überfremdung des Landes über die Opferung seiner Rechte und seines Reichtums auf den Altären der Götzen EU und Klima bis hin zu einer Corona-Politik, die man nur als das Werk von Irren - oder eben als Probelauf für die Errichtung eines totalitären Staates - verstehen kann.

Was die etablierten Politiker zur Führung eines Staates disqualifiziert, ist nicht erst ihre Illoyalität, sondern bereits die Tatsache, daß sie (und ihre Claqueure in den Massenmedien) mit Staunen erregendem Starrsinn an rein ideologisch motivierten Konzepten festhalten, die zur Lösung vorhandener Probleme nichts beitragen, dafür aber sogar die bloße Verwaltung dessen erschweren, was klügere Vorgängergenerationen erreicht haben.

Kaum eines der Projekte, mit denen sie uns in den letzten 20 Jahren traktiert haben, war die Antwort auf irgendein drängendes Problem: Praktisch niemandem geht es dadurch besser (aber vielen schlechter), daß der Euro eingeführt, Migranten in Millionenstärke ins Land gelassen, Zensurgesetze, Atomausstieg und Auslandseinsätze der Bundeswehr, Lockdown und De-facto-Impfzwang befohlen wurden, von Gender Mainstreaming, E-Autos und surrealistischen Datenschutzvorgaben selbst für Kleinstunternehmen ganz zu schweigen.

Die Politiker der BRD verheddern sich in Problemen, die sie teils selbst herbeigeführt oder herbeigeredet, teils aufgebauscht oder erfunden haben: Migrationsströme, Fachkräftemangel, "menschengemachter" Klimawandel, Rassismus, Rechtsextremismus, Corona. ...

Die unvermeidliche Kritik an ihrer Destruktivität und Unfähigkeit kontern sie demgemäß nicht mit Argumenten, schon gar nicht mit konstruktiven Taten, sondern durch Flucht in autoritäres Auftrumpfen: Kritik buchstäblich niederzuknüppeln, den verblendeten linken Mob gegen die Opposition aufzuhetzen und die Verfassung auszuhebeln - dafür reicht ihre Tatkraft noch!

Treppe abwärts

Niemand hätte sich zu Zeiten Helmut Schmidts eine Bundesregierung vorstellen können, die so kopflos agiert wie die gegenwärtige. Politiker vom Format eines Schmidt, Brandt, Strauß oder Adenauer bringt das politische System der BRD nicht hervor - und hat es noch nie getan, denn keiner der Genannten ist in der BRD sozialisiert worden.

Mit jeder neuen Politikergeneration aus dem BRD-System aber sinkt das Niveau; unter anderem deshalb, weil die jeweils etablierten Politiker instinktiv Nachfolger bevorzugen, die schwächer sind als sie selbst. Betrachten wir etwa die CSU: Strauß zog Stoiber heran, Stoiber Söder. Die Generationenfolge mutet an wie eine Kellertreppe, die so steil ist, daß man schnell hinunter, aber nie wieder hinaufkommt. Das politische System der BRD scheitert mithin an einer Aufgabe, die jedes politische System bei Strafe seines Untergangs meistern muß: nämlich fähigen Führungsnachwuchs heranzuziehen.

Das Dilemma der Opposition

Allen Theorien der Politologen zum Trotz kostet diese Degeneration die Parteien aber nicht die Macht. Warum? Weil sie die Korrekturmechanismen des demokratischen Systems durch kartellartige Verflechtungen sabotiert haben: Nicht nur die Parteien, ganze Systeme, die einander kontrollieren sollen (Politik, Medien, Wissenschaft, Justiz), haben sich zu einem Macht-Moloch verfilzt, der seine strukturellen Lern- und Korrekturblockaden teufelskreisartig immer weiter vertieft und verfestigt. Naturgemäß produziert dieser Machtkomplex immer neue Probleme, die ihm als vermeintliche Lösung nur die Flucht in immer totalitärere Praktiken lassen. Lange Zeit haben Oppositionelle sich an die Hoffnung geklammert, das System sei gut, nur die Politiker seien schlecht und müßten deshalb ersetzt werden. Allmählich dämmert ihnen, daß diese Politiker selbst das Produkt des Systems sind, das mithin aus sich selbst heraus keine Alternativen hervorbringen kann (selbst alternative Parteien lassen sich kooptieren, wie die Grünen bewiesen haben), sondern uns in einen Strudel reißt, in dem zuerst die demokratische Verfassung, dann das ganze Land ertrinkt.

Was in zehn Jahren noch vom Staat des Grundgesetzes übrig sein wird, wird mit dem Original ungefähr die Ähnlichkeit haben, die zwischen den heutigen Grünen und denen von 1980 besteht - also die Ähnlichkeit eines Zombies mit dem ursprünglichen lebenden Menschen. Die Zweite Republik befindet sich in der Endphase: im Übergang zu einem Totalitarismus, der die Probleme nicht löst, sondern voraussichtlich so lange durch Repression kaschiert, bis ihre kumulative Wirkung in einen gesellschaftlichen Totalzusammenbruch mündet.

Rettung ist nicht in Sicht. Sie kann praktisch nur von einem Deus ex Machina kommen, also aus einem unvorhersehbaren Ereignis resultieren. Frankreich steckte am Ende der Vierten Republik in einer vergleichbaren Staatskrise. Es hatte einen Charles de Gaulle, der das kompro-

mittierte System beseitigte, die Demokratie als solche aber rettete. Die DDR hatte ein Volk. Was hat das heutige Deutschland?

Freiheit!

"Wenn es noch etwas zu erinnern gilt, dann: daß das höchste Gut, der höchste Wert des demokratischen Rechtsstaates, nicht die Gesundheit und nicht das Leben ist, auch nicht die "Würde", sondern einzig und allein die Freiheit, die der Würde des Menschen und seinem Leben erst den konkreten Inhalt gibt, der von jedem Einzelnen auf seine Weise erzeugt oder verfehlt wird. Oberste Staatsaufgabe ist deshalb der Schutz der Freiheit. ...

Der Schutz vor Infektionen gehört nicht zu den Staatsaufgaben, im Gegenteil: Wie aller angemäße Schutz beraubt er die menschliche Freiheit ihrer konstitutiven Selbstgefährdung, in der allein sich das menschliche Freiheitsbewußtsein ausbildet und seine Verwirklichung in Rechtsverhältnissen erlangt. ... Ein Staat, der sich anmaßt, den Menschen vor dem Negativen seines Seins zu "schützen", ist selbst nichts anderes als eine totalitäre Anmaßung, die alle Freiheit in totalitärer Herrschaft vernichtet."<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 23. September 2022 (x1.198/...):

>>Das Sterben geht los - Dramatische Übersterblichkeit in Impfländern

Dramatische Übersterblichkeit in Impfländern in Mainstream-Medien angekommen

Und einmal mehr sollen die "Verschwörungs-Theoretiker", "Covidioten" und "Corona-Leugner" recht behalten: Das von ihnen vorhergesagte Sterben aufgrund der experimentellen "Schutzimpfungen" geht los. Von den in Sachen "Pandemie" gleichgeschalteten Mainstream-Medien, die als erste einsahen, daß das Leugnen der Übersterblichkeit nicht mehr möglich ist, preschte die BILD-Zeitung vor. Anfang Mai des heurigen Jahres erschien dort eine Artikel unter der Überschrift:

"Corona-Zeugnis der WHO - So schlecht ist Deutschland durch die Pandemie gekommen"

Damals noch mit vergleichbar zu jetzt noch "harmlosen Daten" zu der sich abzeichnenden Übersterblichkeit in Europa. Wir zitieren daraus einige Sätze. So konnte man dort lesen:

"Deutschlands Pandemie-Politik war im weltweiten Vergleich zwar streng, aber nicht besonders erfolgreich."

"Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Übersterblichkeit. Demnach sind in Deutschland pro 100 000 Einwohner 116 Menschen mehr gestorben als erwartet (im Vergleich zur statistisch erwarteten Sterblichkeit)."

"Unsere Nachbarn Dänemark (32), Schweiz (47), Frankreich (63), Österreich (66), Belgien (77) und die Niederlanden (85) - sie alle hatten 2020 und 2021 eine deutlich geringere Übersterblichkeit."

Schweden, das Land, das von Anfang an den Corona-Disziplinierungswahn nicht mitgemacht hat schneidet hervorragend ab, anders als die Parade-Impfländer Spanien und Portugal! Bild dazu:

"Ebenso das Anti-Lockdown-Land Schweden (56). Selbst Portugal (100), Großbritannien (109) und Spanien (111) schneiden besser als Deutschland ab."

Lauterbach als Lügner entlarvt

Bild dazu:

"Das ist das Gegenteil von dem, was Gesundheitsminister Karl Lauterbach (59, SPD) wieder und wieder behauptet hatte: Nämlich, daß Deutschland im Vergleich mit unseren Nachbarländern beim Thema Sterblichkeit besonders gut durch die Pandemie gekommen sei - zuletzt beim Ludwig-Erhard-Gipfel Ende April."

Eine BILD-Anfrage an das Bundesgesundheitsministerium, auf welchen Daten oder Studien sich der Minister bei seiner Behauptung stützt, blieb damals unbeantwortet.

Aktuelle Lage katastrophal

Jetzt, Monate später, schaut es noch weit dramatischer aus. Wir befinden uns in einer Situation, wo die Justiz eingreifen müßte, um noch Schlimmeres zu verhindern. Aktuelle Zahlen belegen eine geradezu erschütternde Bilanz der Folgen dieses Jahrhundertverbrechens.

Unzensuriert.de schreibt dazu:

"Die jüngsten Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat zeigen, daß seit einigen Monaten viel mehr Menschen sterben, als zu erwarten gewesen wäre. Und zwar auch deutlich mehr als im ersten Corona-Jahr, als das Coronavirus in seiner stärksten Variante grassierte, aber eine Übersterblichkeit von "nur" drei Prozent erreichte.

"Ungewöhnlich hoher Wert" für einen Juli

Das ist heuer ganz anders. Seit dem Frühjahr liegt die Übersterblichkeit bei sieben Prozent. Im heurigen Juli erreichte die Sterblichkeit schließlich einen "ungewöhnlich hohen Wert für einen Juli" und lag im europäischen Durchschnitt bei plus 15,8 Prozent im Vergleich zu den Jahren 2016 bis 2019, also vor Corona.

Österreich lag darüber, hier betrug die Übersterblichkeit 17,5 Prozent, auf Island sogar plus 55,8 Prozent, in Spanien 36,9 Prozent, auf Zypern 32,9, in Griechenland 31,2 und in Portugal 28,8 Prozent!

Erklärung hält Überprüfung nicht stand

Brav erklärten Eurostat und alle Mainstream-Medien, daß die sommerliche Hitze im Juli dafür verantwortlich gewesen sei.

Auf Island? Dort erreicht die Temperatur im Juli keine 20 Grad Celsius! Oder in Irland? Dort zeigte das Thermometer im Juli nur an einem einzigen Tag eine Temperatur von 25 Grad Celsius, sonst nur darunter, meist unter 20 Grad. Und dennoch lag die Übersterblichkeit bei 55,8 bzw. 16,3 Prozent.

Nachbarländer mit extremen Temperaturunterschieden?

Mit der sommerlichen Hitze läßt sich auch schwer erklären, daß Griechenland eine der höchsten Übersterblichkeiten aufweist, das benachbarte Bulgarien aber so gut wie keine (1,4 Prozent). An den Temperaturen im Juli kann es also nicht gelegen haben.

Doch was haben diese Länder denn sonst gemeinsam? Strenge Corona-Maßnahmen und hohe bis sehr hohe Corona-Impfquoten - aber das Offensichtliche gilt weiterhin als Tabu." (soweit unzensuriert.de)

Inzwischen steht fest, daß Bulgarien (das Land mit der geringsten Übersterblichkeit) die geringste Impfquote in Europa aufweist!<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 4. Oktober 2022 (x1.216/...): >>Ärzte für Aufklärung fordern sofortiges Impf-Moratorium!

Die "Ärzte für Aufklärung", eine interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft von Ärzten und anderen Wissenschaftlern, fordern die sofortige Aussetzung der Impfungen gegen das Corona-Virus. Ein massiver Geburtenrückgang, deutliche Übersterblichkeit und immer mehr schwere und schwerste Nebenwirkungen ließen dies dringend notwendig erscheinen, um die Ursachen von unabhängigen Wissenschaftlern klären zu lassen. –

Wir veröffentlichen nachfolgend den Aufruf wegen der fundierten Begründungen zur Information für die Leser. Er schließt sich an bereits vorangegangene Aufrufe anderer internationaler Ärzte- und Wissenschaftlergruppen an. Es ist zu hoffen, daß der wachsende Druck der Wahrheit auf die korrupten Behörden endlich Wirkung zeigt. (Herbert Ludwig)

ÄRZTE für AUFKLÄRUNG <https://www.aerzte-fuer-aufklaerung.de/>

Für ein sofortiges Impfmoratorium

Aufgrund

- 1.) des dringenden Verdachtes, daß die Impfungen Ursache des seit Beginn des Jahres aufgetretenen massiven Geburtenrückgangs sind,
- 2.) des festzustellenden über weite Strecken nahezu parallelen Verlaufs der Sterbekurve über

dem Mittelwert mit der Anzahl der verabreichten Impfungen, was auch für die zur Zeit propagierte zweite Auffrischungsimpfung (4. Impfung) gilt und

- 3.) von immer mehr bekannt gewordenen schweren und schwersten Nebenwirkungen wird als ein Gebot der Vorsicht und der Vernunft eine sofortige Aussetzung der Impfungen gegen das Corona-Virus gefordert, zumindest solange bis die Ursachen der ersten zwei genannten Punkte von unabhängigen Wissenschaftlern geklärt sind und sicher ausgeschlossen werden kann, daß es die Impfungen sind. Die Forderung beinhaltet eine sofortige Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Dazu kommt, daß

- 4.) die Impfungen ganz und gar nicht das halten, was bei ihrer Einführung versprochen wurde (95 % Wirksamkeit, Eindämmung der Ausbreitung der Corona-Infektionen, Rückkehr zum "normalen" Leben),

- 5.) es bewährte Alternativen der Schul- und der alternativen Medizin gibt, die mindestens genauso gut gegen eine Covid-Erkrankung schützen bzw. genauso hilfreich gegen die Erkrankung sind wie die Impfungen und keine oder nur sehr geringe Nebenwirkungen haben.

Im Einzelnen:

Zu 1.) In den ersten sechs Monaten 2022 (weitere Daten liegen noch nicht vor) wurde ein beispielloser Geburtenrückgang von über 8 % festgestellt in Deutschland, ähnlich hoch in vielen anderen Ländern. Dieser Geburtenrückgang setzte etwa 9 Monate nach Beginn der Impfungen an Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter ein. Der Höhepunkt des Rückgangs (15 %) liegt 9 Monate nach dem Höhepunkt der verabreichten Impfdosen.

Dazu kommt eine Vielzahl von Berichten über Fehlgeburten, Menstruationsstörungen, Todesfällen bei Neugeborenen, Komplikationen während der Schwangerschaft etc., so daß ein dringender Verdacht besteht, daß die Impfungen Ursache oder zumindest Mitursache des alarmierenden Geburtenrückgangs sind. Eine sofortige Untersuchung der Ursache(n) durch eine oder mehrere Kommissionen unabhängiger Ärzte und Wissenschaftler, in denen kritische Ärzte und Wissenschaftler gleichberechtigt vertreten sind, ist erforderlich.

Zu 2.) Der Verlauf der Sterbekurve über dem Mittelwert geht seit kurz nach Anstieg der Anzahl der verabreichten 2. Auffrischungsimpfungen etwa Anfang März 2022 bei höheren Imp fzahlen fast parallel mit der Anzahl dieser Impfungen. In der Summe geht es dabei bisher um rund 10.000 zusätzliche Todesfälle. Ein ähnlicher Anstieg wurde auch bei der 1. bis 3. Impfung festgestellt, dem von offizieller Seite leider nie ernsthaft nachgegangen wurde. Die Statistik kann selbstverständlich auch hierbei keinen kausalen Zusammenhang nachweisen, doch liefert sie ein sehr ernstes Alarmsignal, welches umgehend von unabhängigen Wissenschaftlern (siehe zu 1.)) untersucht werden muß.

Zu 3.) Mehr oder weniger seit Beginn der Impfungen wird im Internet über schwere Nebenwirkungen berichtet. In der letzten Zeit kommt das auch zumindest etwas in den mainstream-Medien an. Die vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI), welches zuständig für die Erfassung der Impfschäden ist, veröffentlichten Fallzahlen sind offenkundig deutlich zu niedrig. Hierfür nur wenige Beispiele, die Liste ließe sich lange fortsetzen:

a) Von den Krankenkassen wurden etwa 2,5 Millionen Impfschäden abgerechnet.

b) Die schweren Impfnebenwirkungen, die unter dem Begriff Postvac geführt werden, betreffen nach Experteneinschätzung 0,02 bis 0,2 Prozent der Geimpften. Bei 66 Millionen Geimpften sind das 13.200 bis 132.000 Betroffene. Beim PEI waren zu dem Zeitpunkt 136 Fälle bekannt (Stand etwa 01.06.22)!! Das wirft ein bezeichnendes Licht darauf, daß bei der zuständigen Stelle nur ein Bruchteil der Impfnebenwirkungen bekannt sind oder von ihr zugegeben werden.

c) Darüber hinaus liegen zahlreiche Meldungen über Myokarditis und über plötzliche Todesfälle bei jüngeren Menschen, vor allem Sportlern, nach Impfungen vor.

Zu 4.) Und was steht den massiven Schäden als Nutzen der Impfungen gegenüber?

Wurde die Wirksamkeit von 95 % erreicht, die zu Beginn der Impfkampagne versprochen wurde? Konnte die Übertragung der Krankheit effektiv vermindert werden? Haben die Impfungen die Rückkehr zum normalen Leben ohne Masken, Tests und Einschränkungen ermöglicht?

Gemessen an den Versprechungen kann man, sofern man die Augen nicht völlig verschließt, die Impfungen nur als krassen Mißerfolg bezeichnen.

Weiterhin liegt auch nach mehr als 20 Monaten Durchführung von Impfungen an einem Großteil der Bevölkerung mit nach wie vor nur vorläufig zugelassenen Substanzen keinerlei Nachweis dafür vor, daß der Nutzen höher ist als der angerichtete Schaden.

Auch hier gilt, daß dringend eine Kosten-/Nutzen-Analyse durch eine Kommission unabhängiger Ärzte und Wissenschaftler erforderlich ist. Die Analyse hat nach Altersgruppen getrennt zu erfolgen. Bereits jetzt ist bekannt, daß in der Altersgruppe der 12- bis 17-jährigen die Nebenwirkungen zu deutlich mehr Intensivstationsfällen führen, als durch die Impfung vermieden werden.

Zu 5.) Alternativen zur Impfung - Hier ist zuerst die wichtigste Präventionsmaßnahme zu nennen, nämlich die Stärkung unseres eigenen natürlichen Immunsystems. Dies bewirkt z.B. die tägliche Einnahme von Vitamin C, Zink und Vitamin D. Bei Durchführung dieser Prävention in Alten- und Pflegeheimen kam es gerade bei den Ungeimpften äußerst selten zu einer schwerwiegenden Infektion.

Bei eingetretener COVID-Erkrankung bestehen medizinische Behandlungsoptionen mit bekannten, weltweit verfügbaren, günstigen Substanzen. Bitte informieren Sie sich und sprechen Sie bei Bedarf mit einem Arzt Ihres Vertrauens.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/22" berichtete am 14. Oktober 2022 (x1.387/...): >>"Nicht wissenschaftlich geprüft"

Haben die Coronaimpfstoffe von Pfizer und Moderna häufiger schwerwiegende Nebenwirkungen als gedacht?

Mathias Pellack

Einer der 44.000 Probanden bekam die Covid-mRNA-Impfung verspätet. Das nahm Biontech zum Anlaß, die für April zugesagte Veröffentlichung der Rohdaten der Zulassungsstudien um neun Monate aufzuschieben. Auch Moderna verschob die Veröffentlichung auf Dezember. "Ich bleibe bei meiner Meinung: Keine Daten, keine Wissenschaft - und auch von 'wissenschaftlich geprüft' kann keine Rede sein", schimpft Peter Doshi in der Welt. Der Amerikaner ist kein Verschwörungstheoretiker, sondern Pharmazieprofessor an der Universität von Maryland und Mitherausgeber des British Medical Journal (BMJ).

Doshi veröffentlichte mit sechs Kollegen eine aufsehenerregende Metastudie, die eine erhöhte Zahl an "schwerwiegenden Nebenwirkungen" bei beiden mRNA-Impfungen findet. Der Berliner Klinikdirektor für Infektiologie an der Charité, Leif Erik Sander, hält die Schlußfolgerungen für unzulässig. Die Berechnung basiere auf "kraß manipulativer Statistik", schrieb er auf Twitter.

Leider läßt sich bisher nicht exakt überprüfen, welche Aussagen korrekt sind, denn die Pharmariesen halten die Patientendaten weiter zurück. Doshi fordert allerdings seit Jahren von den Pharmakonzernen mehr Transparenz. 2009 ging es um das Grippemedikament Tamiflu vom Schweizer Hersteller Roche. Das BMJ bemühte sich jahrelang um die Rohdaten, weil es keine unabhängig finanzierte Studie über das Mittel gab.

Aus der 2013 veröffentlichten detaillierten Dokumentation des Schriftverkehrs zwischen dem BMJ und Roche ging dann hervor, daß sich weltweit Gesundheitsbehörden "mit unvollständigen Unterlagen des Pharmakonzerns begnügt" hatten und "für Milliarden Steuergelder Tamiflu" auf Vorrat eingekauft hatten.

Genauso verfährt auch Karl Lauterbach (SPD). Der Gesundheitsminister habe "bei der Impfstoffbestellung jedes Maß und Ziel verloren", ätzte Stephan Pilsinger, Arzt und CSU-Bundestagsabgeordneter. Derzeit seien insgesamt 101 Millionen Impfstoffdosen eingelagert. Grundlage für diese Einkaufspolitik ist aber eine Verordnung des früheren Gesundheitsministers Jens Spahn (CDU), der schon im Mai 2020 den Weg für den Masseneinkauf ebnete. Sogar die angegebenen Verfallszeiten darf das Ministerium damit außer acht lassen.

Weiter bestimmt die jüngst verlängerte Verordnung eine Beweislastumkehr. Im Normalfall müssen Pharma-Hersteller beweisen, daß ihre Medikamente einen konkret aufgetretenen Schaden nicht verursacht haben. Dank Spahn muß aber nun der Impfling belegen, daß ein Schaden Nebenwirkung einer konkreten Impfung ist. Die Publikation der Rohdaten würde solch eine Überprüfung erheblich zugunsten der Bürger vereinfachen.<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 21. Oktober 2022 (x1.211/...): >>**Erneut nachgewiesen: "mRNA-Impfstoffe" gegen COVID ursächlich für viele Todesfälle**

Von *Herbert Ludwig*

Nach den renommierten Pathologen Prof. Arne Burkhardt, Prof. Walter Lang und dem Chef-Pathologen der Uni Heidelberg, Prof. Peter Schirmacher hat nun auch Dr. Michael Mörz, Oberarzt am Institut für Pathologie des Städtischen Klinikums Dresden, in einer am 1. Oktober 2022 veröffentlichten wissenschaftlichen Studie nachgewiesen, daß nicht Covid-19, sondern die genbasierten COVID-Impfstoffe Herzmuskel- und Gehirnentzündungen verursachen, die zum Tod führen. - Man weiß nicht, was noch passieren muß, bis das für die Impfsicherheit zuständige Paul-Ehrlich-Institut endlich sein kriminelles Schweigen bricht, diese Todes-Impfungen sofort untersagt und breite Untersuchungen anordnet.

Bisherige Erkenntnisse

Bereits am 1. August 2021 war schon ein dpa-Artikel durch einige Medien gegangen, der Chef-Pathologe der Uni Heidelberg, Prof. Peter Schirmacher, dränge auf viel mehr Obduktionen von Menschen, die im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung gestorben seien. Er warnte danach gar vor einer hohen Dunkelziffer an Impftoten und beklagte:

Von den meisten Patienten, die nach und möglicherweise an einer Impfung sterben, bekämen die Pathologen gar nichts mit. Mehr als 40 Menschen habe man bereits obduziert, die binnen zwei Wochen nach einer Impfung gestorben seien. Schirmacher ging davon aus, daß 30 bis 40 Prozent davon an der Impfung gestorben sind. Die Häufigkeit tödlicher Impffolgen werde aus seiner Sicht unterschätzt. - Doch nichts passierte.

Am 20. September 2021 traten nach monatelangen Untersuchungen die beiden renommierten Pathologen Prof. Arne Burkhardt und Prof. Walter Lang in einer 1. Pathologie-Konferenz in Reutlingen an die Öffentlichkeit, weil sie ihre Zwischenergebnisse als sehr besorgniserregend ansahen. Sie hatten alarmierende Veränderungen in menschlichen Organen gefunden, die Verstorbene nach einer Gen-basierten Impfung entnommen wurden.

Es seien Erscheinungen selbstzerstörerischer Prozesse, die zu schwerer Krankheit bis hin zum Tode führten und in den allermeisten der untersuchten Fälle mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Impfung zurückzuführen seien. Sie kündigten die Präsentation ihrer Endergebnisse auf noch vor Weihnachten an.

Am 4. Dezember 2021 präsentierten sie in einer 2. Pathologie-Konferenz in Berlin ihre schockierenden Endergebnisse. Am 10. Dezember 2021 fand darüber ein internationales Symposium in englischer Sprache statt, an dem auch der weltweit renommierte Prof. Sucharit Bhakdi, bis zu seiner Emeritierung 2012 Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, teilnahm. Prof. Bhakdi und Prof. Burkhardt legten wissenschaftliche Beweise vor, die einen sofortigen Stopp der Verwendung von COVID-19-Impfstoffe auf Genbasis verlangen.

Sie legten auch dar, warum diese Impfstoffe nicht vor einer Virusinfektion schützen können. Es könne keinerlei positiver Effekt erwartet werden. Sie zeigten, daß die Vakzine vielmehr selbstzerstörerische Prozesse auslösen können, die zu schwerer Krankheit bis hin zum Tod führen.

Prof. Burkhardt lieferte eine Zusammenfassung seiner neuesten histopathologischen Erkenntnisse nach der Untersuchung von 15 Patienten, die innerhalb weniger Tage bis Monate nach der Impfung starben. Er beschrieb eine auffällige und einzigartige lymphozytäre Infiltration, die in den Blutgefäßen zentriert ist, aber viele Organe befällt, allen voran Herz und Lunge. Für Bhakdi und Burkhardt sind diese Befunde "eindeutige Beweise für eine vakzininduzierte autoimmunähnliche Pathologie". Es sei zu erwarten, daß solche selbstzerstörerischen Prozesse Myriaden von Nebenwirkungen bei allen Geimpften, insbesondere nach Booster-Impfungen, haben werden. - Doch nichts passierte. -

Am 16. März 2022 forderten Prof. Burkhardt und seine Forschungsgruppe in einem ersten Schreiben das Paul-Ehrlich-Institut auf, sämtliche betroffenen Arzneimittel unverzüglich zurückzurufen und die bedingten Zulassungen auszusetzen. Das Handlungsermessen sei auf Null reduziert, da eine dringende Gefahr für Leib und Leben, ein unmittelbares Todesrisiko sämtlicher Menschen bestehe, die eine mRNA-basierte Injektion erhalten.

Sie forderten die verantwortlichen Leiter des PEI, Herrn Prof. Dr. Cichutek und Frau Dr. Keller-Stanislawski, auf, ihnen aufgrund der immensen Gefahr für die öffentliche Gesundheit, Leib und Leben der Menschen kurzfristig bis 18. März 2022 Kopien der erlassenen Bescheide zuzusenden.

Zur Erklärung schrieben sie u.a.:

"In allen Organgeweben u.a. Gefäßsystem, Herz und Gehirn von Menschen, die in zeitlichem Zusammenhang mit der "Impfung" gegen SARS-CoV-2 plötzlich, überwiegend nicht im Krankenhaus und ohne Therapie verstorben sind, zeigen sich übereinstimmend Schäden, wie sie sonst bei toxischen Einwirkungen beobachtet werden und von ungewöhnlichen Entzündungsreaktionen als Beweis eines intravitalem Schadens begleitet werden. ...

In diesen Läsionen (Funktionsstörungen) und den begleitenden entzündlichen Bereichen, vor allem an Blutgefäßen, ist mit Hilfe der hochspezifischen Immunhistochemie eine deutliche Expression von Spike-Protein nachweisbar (das für die Entzündungen und Läsionen von Gefäßen verantwortlich ist). Dieses stammt nachweislich von der "Impfung" und nicht von einer Infektion durch das Virus SARS-CoV-2.

Zur sicheren Zuordnung der Herkunft des gefundenen Spike-Proteins wurde ein Antikörper verwendet, der spezifisch gegen die Untereinheit 1 des Spike SARS-CoV-2 Wuhan-Variante hergestellt wurde, die Basis der Impfungen ist. Parallel dazu wurde eine Färbung für das Nukleokapsid von SARS-CoV-2 durchgeführt, welche im positiven Fall das komplette Virus anzeigen würde. Dieses wurde in den beschriebenen Geweben jedoch nicht gefunden.

Wenn die Läsionen im Gewebe von einer Infektion mit einem SARS-CoV-2 Virus stammen würden, müßten alle Komponenten des Virus nachweisbar sein, hier entsprechend neben dem Spike-Protein auch das Nukleokapsid-Protein.

Wenn ausschließlich das Spike-Protein ohne Nukleokapsid nachweisbar ist, kann dieses nur von der Injektion mit den betreffenden Arzneimitteln stammen, welche körpereigene Zellen mittels mRNA zur massiven Produktion der Spike-Proteine anregt."

Wie ernst es Prof. Burkhardt und seinen Kollegen war und ist, zeigt, daß er am 24.3.2022 erneut an das PEI schrieb und eindringlich ihnen mitzuteilen bat, welche Maßnahmen sie ergreifen hätten, um die Gefahr für Leib und Leben, die von dem mRNA- und Vektor-basierten COVID-19- Impfstoffen ausgehe, abzuwenden. - Doch wieder folgte keinerlei Reaktion.

Die Ergebnisse von Dr. Michael Mörz

In seiner auf Englisch erschienen Arbeit kommt der Pathologe Dr. Michael Mörz zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

"Der aktuelle Bericht stellt den Fall eines 77-jährigen Mannes mit Parkinson-Krankheit dar, der drei Wochen nach seiner dritten COVID-19-Impfung im Januar 2022 starb. Der Patient wurde erstmals im Mai 2021 mit dem ChAdOx1 nCov-19-Vektorimpfstoff geimpft, gefolgt von zwei weiteren Dosen mit dem BNT162b2-mRNA-Impfstoff im Juli und Dezember 2021. Die Familie des Verstorbenen beantragte eine Autopsie aufgrund der ambivalenten klinischen Merkmale, die vor dem Tod festgestellt wurden.

Die Grunderkrankung (Parkinson-Krankheit) wurde durch Autopsie bestätigt. Es wurden jedoch keine Anzeichen für ein blumiges COVID-19 entdeckt. In der Zwischenzeit zeigte die immunhistochemische Färbung des Gehirns und des Herzens zuvor nicht diagnostizierte Zustände. Das Gehirn zeigte eine multifokale nekrotisierende Enzephalitis (Gehirnentzündung mit mehreren Krankheitsherden und lokalem Gewebstod einhergehend) mit massiven entzündlichen Lymphozyteninfiltraten.

Darüber hinaus zeigte das Herz Anzeichen einer schweren Myokarditis. Schließlich zeigte die immunhistochemische Färbung, daß das SARS-CoV-2-Spike-Protein in den untersuchten Geweben nachgewiesen war. Basierend auf diesen immunhistochemischen Befunden scheint es, daß die entzündlichen Veränderungen im Hirngewebe des Patienten höchstwahrscheinlich das Ergebnis immunologischer Prozesse sind. Gleichzeitig wurde das Fehlen des SARS-CoV-2-Nukleokapsid-Proteins nachgewiesen, was darauf hindeutet, daß das nachgewiesene Spike-Protein nicht mit einer SARS-CoV-2-Infektion zusammenhängt.

Wäre eine solche Infektion die Ursache des Spike-Proteins, wäre auch das SARS-CoV-2-Nukleokapsidprotein nachweisbar. Folglich mußte das bestätigte Vorhandensein des Spike-Proteins auf die vorherige Impfung mit dem BNT162b2-mRNA-Impfstoff zurückgeführt werden, die der verstorbene Patient erhalten hatte."

In einer Rund-Mail des "Neue Medien Portals" der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V." (MWGFD e.V.) vom 8. Oktober 2022 heißt es dazu:

"Das Wunder ist geschehen. Wir sind erleichtert und überglücklich', kommentieren Prof. Scharit Bhakdi und Dr. Karina Reis die bahnbrechende Entdeckung, die Dr. Michael Mörz gemacht hat. Es besteht keine Möglichkeit mehr, den Tod nach Impfung einer Infektion zuzuschreiben!

Sowohl eine Erkrankung durch SarsCov-2 als auch Covid-Injektionen verursachen Spike-Protein im Körper. Doch entsteht im Falle einer natürlichen Infektion auch das sogenannte Nukleokapsid-Protein. Bei einem 77-jährigen Verstorbenen konnte im Herz, im Gehirn und in den Endothelzellen (Zellen, welche die kleinen Blutgefäße auskleiden) das Spike-Protein, jedoch kein Nukleokapsid-Protein nachgewiesen werden. So steht die "Impfung" als Ursache für die toxischen Proteine fest.

Die Autopsie an dem 77-jährigen Mann zeigte unter Anderem nekrotisierende Enzephalitis und Myokarditis - die bekannten "Klassiker" nach der Gen-basierten Injektion - und bestätigte somit die Befunde der Pathologen um Prof. Arne Burkhardt. ..."

Was macht Lauterbach?

Trotz dieser klaren wissenschaftlichen Beweislage initiierte der Pharma-Lobbyist und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am 14. Oktober 2022 eine neue Impfkampagne mit dem Titel "Ich schütze mich". Dabei behauptete er, wie tagesschau.de eifrig berichtet, durch eine Corona-Infektion steige für ein Jahr auch die Wahrscheinlichkeit an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung zu sterben. "Derjenige, der jetzt Corona gehabt hat und sechs Monate später an einem Herzinfarkt stirbt, der kommt nie in die Corona-Statistik", erklärte Lauterbach. "Die müßten aber eigentlich auch gezählt werden, weil der Mensch ohne die Infektion nicht gestorben wäre."

Es gebe zudem eine "erhebliche Dunkelziffer" bei Corona-Infektionen. Viele Menschen ließen einen positiven Schnelltest nicht durch einen PCR-Test bestätigen. Daher müsse man damit rechnen, daß die Gesamtzahl der Corona-Infektionen drei bis vier Mal so hoch sei, wie zur Zeit mit 100.000 gemeldet.

Es ist offensichtlich, daß er damit von den schweren Impf-Nebenwirkungen ablenken und diese zu Nachwirkungen einer Corona-Infektion, zu Long-COVID, erklären will. Der angebliche Wissenschaftler Lauterbach ignoriert bewußt die ihm mit Sicherheit bekannten vielfachen wissenschaftlichen Nachweise, daß die mRNA-Injektionsstoffe die Ursache für die vielen tödlichen Herz- und Gehirnentzündungen sind, und behauptet einen kausalen Zusammenhang mit den Corona-Infektionen, ohne ihn aber wissenschaftlich nachzuweisen.

Der Epidemiologe und frühere Amtsarzt Dr. Friedrich Pürner sagte zu den Äußerungen Lauterbachs, er habe erhebliche Zweifel an seinem medizinischen Sachverstand. "Jemanden in die Statistik aufzunehmen als Corona-Toten, nur weil er ein halbes Jahr vor einem Herzinfarkt eine Corona-Infektion hatte, ohne jeden Beleg für einen Zusammenhang, das entbehrt jeder statistischen und wissenschaftlichen Grundlage. Da fallen mir Wörter ein, aber meine Höflichkeit verbietet mir, diese auszusprechen."

Doch deutet alles neben einem sicher auch berechtigten Zweifel am fehlenden medizinischen Sachverstand auf eine gezielte Absicht hin. Die schweren bis tödlichen Wirkungen der "Impfungen" sollen offensichtlich weiterhin mit allen Mitteln vor der Bevölkerung verborgen gehalten werden, und die Impfungen werden, geschehe, was da wolle, noch weiter vorangetrieben. -

Wenn das so ist: Um was für eine gigantische Kriminalität handelt es sich hier eigentlich? <<
[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23941"](https://www.klagemauer.tv/23941) berichtete am 22. Oktober 2022 ([x1.165/...](#)): >>>**Was haben Corona und der Ukraine-Krieg gemeinsam?**

In den letzten zweieinhalb Jahren haben sich mit der sog. Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg zwei Krisen ereignet, die anscheinend keine Gemeinsamkeiten haben. Der international renommierte Propaganda-Spezialist und Psychologe Dr. Roman Braun erkannte im Ablauf beider Ereignisse die Anwendung weltweit koordinierter Manipulationstechniken. Er schloß daraus, daß beide Krisen gezielt inszeniert wurden.

Wie er zu dieser Einschätzung kam und mit welchen Fakten er seine These untermauern konnte, hat er am 21.3.2022 in einem Interview auf dem YouTube-Kanal FPÖ TV dargelegt. Seine Erkenntnisse werfen ein völlig neues Licht auf die Ereignisse der letzten Jahre - und sie beantworten die unweigerlich aufkommende Frage, warum derartige Krisen herbeigeführt werden. Hier ist die Zusammenfassung seiner Interpretation der jüngsten Geschichte:

Mitte 2019 habe die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erkannt, daß das Finanzsystem infolge ausufernder Spekulationen und ständiger Erhöhungen der Geldmenge kurz vor dem Zusammenbruch stand. Der BIZ sei klar geworden, daß das aktuelle Problem deutlich gravierender war als das der letzten Weltfinanzkrise. Während 2008 einige hundert Milliarden zur Rettung einzelner Banken erforderlich waren, müßten nun Billionen zur Stützung des gesamten Systems eingesetzt werden.

Die am 25.8.2019 in Jackson Hole in Wyoming in den USA eilig versammelten Zentralbanker aus aller Welt teilten die Einschätzung, daß das globale Finanzsystem damals an einem Wendepunkt stand und daß die beginnende Finanzkrise nicht mehr mit herkömmlichen Instrumenten der Geldpolitik gelöst werden könne.

Deshalb hätten die Zentralbanker den Vermögensverwalter BlackRock mit der Entwicklung einer Lösung beauftragt, die dieser dann auch in seinen sog. "Working Papers" vom August 2019 lieferte. Laut Dr. Roman Braun handelte es sich hierbei um folgenden Plan: Bei der Einspeisung von Billionen in das Finanzsystem müsse zur Vermeidung einer Hyperinflation gleichzeitig der Weltwirtschaftsmotor gedrosselt werden.

Am 18. Oktober 2019 fand in New York eine Pandemie-Simulation mit dem Namen "Event 201" statt. Die von der Bill & Melinda Gates-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum - WEF) und dem Johns Hopkins Center for Health Security initiierte Übung behandelte den fiktiven Fall einer von China ausgehenden weltweiten Pandemie.

Im Dezember 2019 kam es dann in China, in der Millionenmetropole Wuhan, zu mehreren Fällen einer unbekanntes Lungenkrankheit, die auf ein neuartiges Coronavirus zurückgeführt wurde. Bis zum 3. Januar 2020 wurden der WHO aus China 44 Erkrankte gemeldet. Der erste Corona-Tote wurde in China am 11. Januar 2020 verzeichnet.

Anfang Januar 2020 stellte Prof. Dr. Christian Drosten auf Grundlage eines Computermodells des neuartigen Virus das erste PCR-Nachweisverfahren fertig, welches danach weltweit in den von der Firma TIB MOLBIOL hergestellten Diagnostiktests zur Erkennung von Infektionen eingesetzt wurde.

Die Fallzahlen explodierten, die Medien begannen ihre Angst-Propaganda, die WHO rief am 11. März 2020 die Pandemie aus, die Corona-Krise nahm ihren Lauf - und die US-Notenbank (Fed) stellte im März 2020 mehrere Billionen Dollar an Liquidität für die Banken zur Verfügung, während in den Industrieländern Lockdowns verhängt wurden.

An diesem Punkt erkannte der Psychologe Dr. Roman Braun zum ersten Mal die Umsetzung des BlackRock-Plans, da hier nach seiner Auffassung die geplante Einspeisung der Rettungsgelder bei gleichzeitig gebremstem Wirtschaftsmotor geschah. Die gleiche Störung der Weltwirtschaft konnte er später auch beim Lockdown des international wichtigen Wirtschaftsstandortes Shanghai im Frühjahr 2022 oder der Sperrung des für den globalen Schiffsverkehr bedeutsamen Suezkanals durch den Tanker Ever Given im März 2021 sehen.

Aus Sicht des Propaganda-Spezialisten wurde das zur Angstmache verwendete Narrativ mit dem Beginn des Ukraine-Konfliktes am 24. Februar 2022 ausgewechselt, nachdem sich die Corona-Angst bei den Menschen infolge der ausbleibenden Gefährlichkeit der Covid-19-Erkrankung nicht länger aufrechterhalten ließ.

Für ihn waren die hohen Militärausgaben zur Unterstützung der Ukraine die Fortführung der hohen Ausgaben zur Anschaffung von Impfstoffen: Beides schuldenfinanzierte Finanzspritzen, die zunächst über die Pharmaindustrie und dann über die Waffenindustrie in das Wirtschaftssystem gepumpt wurden. Und auch hier erkannte er durch die kriegsbedingte Trennung der Warenströme und den durch Sanktionen ausgelösten Versorgungsnotstand eine künstlich herbeigeführte Störung im Sinne eines gedrosselten Wirtschaftsmotors.

Der Psychologe Dr. Roman Braun beschreibt im genannten Interview beide Krisen als Ereignisse, die durch den internationalen Konzernkapitalismus bewußt geplant und zielgerichtet umgesetzt wurden. Auf den Einwand, daß die Akteure dann ja den Tod vieler Menschen in Kauf genommen hätten, antwortete er, daß die Leute, die angeblich unsere Gesundheit schützen und fremde Kriegsoffer retten, z.B. täglich 15.000 Kinder an Hunger sterben lassen. Das sei aber nichts Neues, da sich die gleichen Kräfte in diversen vergangenen Kriegen und Konflikten nie für den Tod der einfachen Menschen interessiert hätten.

Auf die Frage, wem denn die aktuellen Entwicklungen nützen würden, antwortete der Propaganda-Experte, daß für ihn die Corona-Krise und der Ukrainekrieg ein gemeinsames Ziel hätten:

Durch das Aufstauen eines Finanz-Tsunamis solle der nicht zu verhindernde Crash in eine langsame Zerstörung der Weltwirtschaft umgewandelt werden. In deren Verlauf geschehe die Umverteilung von Land und Produktionsmitteln zu den Akteuren im Hintergrund. Diese bezeichnet er als Machtelite.

Das Ende des alten kapitalistischen Systems würde letztlich in die Einführung eines Neofeudalismus münden, in dem die mittellosen Menschen komplett von der alles besitzenden

Machtelite abhängig wären. Diese Abhängigkeit würde durch die Einführung eines globalen digitalen Zentralbankgeldes (Central Bank Digital Currency, CBDC) realisiert. Über dieses digitale Geld käme die geplante zentralistische Weltregierung dann zur lückenlosen Überwachung und Kontrolle der gesamten Menschheit.

Handelt es sich bei der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg also nur um zwei aktuelle Propagandamaßnahmen in einer langen Reihe von Menschheitsmanipulationen? Für diese Sichtweise könnte Folgendes sprechen: Obwohl die Ereignisse scheinbar sehr verschieden sind, sind die Reaktionen darauf sehr ähnlich. Zur Lösung der jeweils medial dargestellten Probleme wurden vorrangig neue schuldenfinanzierte Ausgaben herangezogen, während die Beseitigung der Ursachen ignoriert wurde.<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 25. Oktober 2022 (x1.211/...): >>**53 schwere Erkrankungen werden von 160 Studien als COVID-19-Impfschäden nachgewiesen**

Von Herbert Ludwig

Der Wissenschaftsblog ScienceFiles stellt seit Monaten wissenschaftliche Studien zusammen, die eine Kausalität zwischen schweren Erkrankungen und der vorausgehenden COVID-19 Genterapie-Impfung nachweisen. Er hat jetzt eine ausführliche Liste von 53 schweren Krankheiten veröffentlicht, die von bisher insgesamt 160 wissenschaftlichen Studien als Covid-19-Impfschäden belegt werden.

Darin wird zugleich die erschütternde Geschichte der Menschen erzählt, "deren Leben durch die COVID-19 Impfung / Genterapie komplett verändert, wenn nicht beendet wurde." - Mit dieser verdienstvollen Veröffentlichung werden die in unserem vorigen Artikel aufgeführten Beweise zu "mRNA-Impfstoff" verursachten Herz- und Gehirnentzündungen gewaltig erweitert.

ScienceFiles weist darauf hin, daß allein die Datenbank der WHO, VigiAcces, die unglaubliche Menge von mehr als 4,5 Millionen Nebenwirkungen verzeichnet, diese aber nur ein Bruchteil der Nebenwirkungen sind, die überhaupt bekannt werden.

Daneben gibt es noch weitere große Datenbanken, die unter anderem bei der US-Amerikanischen CDC, der europäischen EMA oder der britischen MHRA unabhängig voneinander und mit anderen "Fällen" geführt werden und ebenfalls nur Bruchteile der tatsächlichen Fälle enthalten.

Wenn man dies alles bedenkt, "dann kann man nicht anders, als den derzeit laufenden Versuch am lebenden Menschen als eine der größten Gesundheitskatastrophen der Menschheitsgeschichte anzusehen. Das will etwas heißen. Im Mittelalter gab es die Pest."

Dieser gigantische gentechnische Menschenversuch ist ja nicht nur eine Katastrophe, die wie ein Naturereignis hereingebrochen wäre; er ist global gezielt und hartnäckig herbeigeführt, so daß ihn Prof. Andreas Sönnichsen in Wien als "den größten Medizinskandal aller Zeiten" bezeichnet.

"Seit Monaten", schreibt ScienceFiles, "lesen wir Studien, die eine Kausalität zwischen einer schweren Erkrankung und der vorausgehenden COVID-19 Impfung / Genterapie herstellen. Seit Monaten sammeln wir die schweren Erkrankungen, für die belegt ist, daß sie sich als Folge von COVID-19 Impfung / Genterapie einstellen.

Seit Monaten stellen wir unseren Lesern eine ständig auf den neuesten Stand gebrachte Datei zur Verfügung, die voller Einzelfälle, voller menschlicher Schicksale ist, voller menschlichem Leid, das von den Herstellern der COVID-19 Spritzbrühen verursacht wurde. Es schert sie nicht die Bohne. Sie kassieren und versuchen, noch mehr zu kassieren, die Kuh zu melken, solange sie Milch gibt."

Aber das wäre alles nicht möglich, wenn es nicht von den Regierungen und willfährigen Mediziner mit Hilfe einer gewaltigen Medienmacht suggestiv als lebensrettend propagiert und

durchgeführt würde.

"Wir sammeln in diesem Post", betont ScienceFiles, den wir regelmäßig auf den neuesten Stand bringen, nicht nur wissenschaftliche Belege für schwere, lebensverändernde, lebensbeendende Nebenwirkungen, deren URSACHE eine COVID-19 Impfung / Getherapie ist.

Wir wollen mit dieser Sammlung die medizinische Geschichte derer, deren Leben durch die COVID-19 Impfung / Getherapie komplett verändert, wenn nicht beendet wurde, erzählen, sie darstellen, wie sie sich in wissenschaftlichen Beiträgen findet, in Beiträgen geschrieben von Medizinern und Wissenschaftlern, die bekanntmachen wollen, daß der Mensch, über den sie schreiben, als Folge seiner COVID-19 Impfung / Getherapie verstorben ist, daß er - ohne COVID-19 Impfung / Getherapie noch leben würde, zumindest noch länger gelebt hätte, daß er schwer erkrankt ist, daß sein Leben eine Veränderung erfahren hat, eine Wendung zum Schlechten genommen hat, die ohne die COVID-19 Impfung / Getherapie nicht erfolgt wäre. Es sind dies nüchterne, medizinisch gehaltene Fallbeschreibungen, die gerade weil sie sachlich gehalten sind, eine ungeheure Wirkung auf denjenigen, der sie liest, ausüben. Deshalb benötigen Sie ein dickes Fell."

Der allgemeine öffentliche Druck auf kritische Wissenschaftler ist so groß, daß ScienceFiles zu den in Fachzeitschriften veröffentlichten wissenschaftlichen Beiträgen konstatieren muß:

"KEINER, wirklich KEINER dieser Beiträge kommt ohne den Kniefall vor dem Idioten, der zum herrschenden Zeitgeist geworden ist, aus. In jedem dieser Texte findet sich dieser Kniefall als Hinweis darauf, daß die Nebenwirkungen nach COVID-19 Impfung / Getherapie ja wirklich so selten, so ganz furchtbar selten sind und die Wirkung, der Schutz, das Heil, das diese Spritzbrühen bringen, um ein Vielfaches diese Kosten übersteigt.

Und wenn die Autoren den politisch korrekten Teil, den sie offenkundig schreiben müssen, um überhaupt gedruckt zu werden, hinter sich gebracht haben, dann berichten sie von den haarigsten Formen schwerer Nebenwirkung, von menschlichen Leidensgeschichten, die von der COVID-19 Spritzbrühe verursacht wurden, die oft genug mit dem Tod des Betreffenden geendet haben.

Ganz so, als wären sie nun auf einer anderen Baustelle aktiv."

Es gibt ja Politik-Darsteller, die nicht nur die wissenschaftlichen Beweise für die verheerenden Impf-Nebenwirkungen ignorieren oder verleugnen, sondern sogar diese selbst mehrfach abgestritten haben, als gäbe es Medikamente ohne Nebenwirkungen.

Dabei stellen sich selbst bei den harmlosen unter den Medikamenten unerwünschte Nebenwirkungen ein.

"Bei COVID-19 Impfstoffen / Getherapien ist das nicht anders, nur sind COVID-19 Impfstoffe / Getherapien keine harmlosen Medikamente. Sie bringen selbst in den Fällen, in denen die Nebenwirkung als "mild" bezeichnet wird, mindestens Kopfschmerzen und Übelkeit, häufig begleitet von Erbrechen, in vielen Fällen Fieber und Durchfall mit sich. Neben diesen millionenfach auftretenden "milden" Nebenwirkungen, gibt es eine Vielzahl schwerer, lebensverändernder, zuweilen auch lebensbeendender Nebenwirkungen."

Allein in der Datenbank der WHO sind rund 4,5 Millionen Nebenwirkungen erfaßt, 340.000 davon schwer (ohne Dunkelziffern).

"Derzeit ist für 53 schwere Erkrankungen belegt, daß sie sich als Folge einer COVID-19 Impfung / Getherapie einstellen.

Die Belege finden sich in 160 Studien, die Grundlage dieses Posts sind.

Die Studien basieren auf den Fallstudien von 224 Menschen, die entweder nach COVID-19 Impfung / Getherapie schwer erkrankt oder verstorben sind."

Dann folgt auf ScienceFiles die Auflistung der 53 Erkrankungen, die jeweils einzeln zu den entsprechenden Studien und Fallbeschreibungen verlinkt sind. Ein Studium lohnt sich.

Siehe: 160 Studien, 53 schwere Erkrankungen: Die Liste der nachweislichen COVID-19-

Impfeschäden wird länger - SciFi (sciencefiles.org)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/22" berichtete am 28. Oktober 2022 (x1.387/...): >>**Wenn der Postmann nicht mehr klingelt ...**

bleiben die Briefkästen leer: Beschwerden über die Postzustellung häufen sich / Das Unternehmen verweist auf Engpässe beim Personal

Christian Schreiber

Corona oder Chaos? Dieser unangenehmen Frage sieht sich die Deutsche Post derzeit ausgesetzt. Quer durch die Republik häufen sich Beschwerden über verspätet zugestellte Briefe. Regionale Radiostationen senden Anrufe von erbosten Bürgern, die tagelang einen leeren Briefkasten öffnen.

Beispiele gefällig? Im Kreis Konstanz am Bodensee in Baden-Württemberg stöhnen die Bürger seit Monaten über massive Probleme bei der Postzustellung. Die Briefe kommen teils Tage oder Wochen verspätet an. Zeitschriften-Abonnenten erhalten ihre Ausgabe erst, wenn sie schon wieder veraltet ist. Rechnungen kommen nach der Zahlungsfrist an. Und ob die Wahlunterlagen der anstehenden Bürgermeisterwahlen rechtzeitig zugestellt werden, weiß auch keiner.

Ähnliche Berichte gibt es auch aus vielen anderen Teilen Deutschlands wie in Osthessen, ländlichen Gebieten in Bayern oder dem Saarland. In der dortigen Landeshauptstadt Saarbrücken berichtete ein Unternehmer, daß Angebote oder Rechnungen teilweise mehr als eine Woche unterwegs sind. Ein Kunde erzählte ihm von einem Brief, der sechs Tage nach Versand im Briefkasten war - bei einer Distanz von sieben Kilometern. Trockener Kommentar des Handwerkers: "Ich würde die Briefe besser zu Fuß austragen. Dann wüßte ich wenigstens, daß sie ankommen."

Wie groß der Frust ist, zeigt auch ein Blick auf das Verbraucherportal der Bundesnetzagentur, die auch für die Einhaltung der vorgegebenen Standards bei der Post zuständig ist. Bereits im Sommer beschwerten sich dort viele Menschen über die schlechte Briefzustellung, vereinzelt betraf dies auch Pakete. Seit September scheint die Zahl der Eingaben aber deutlich zuzunehmen.

Fast täglich liest man dort von Beschwerden über die Post, teilweise sogar mehrfach. "Leider müssen wir Probleme, vor allem in der Briefzustellung, in manchen Regionen Bayerns einräumen", erklärt Jasmin Derflinger, Pressesprecherin der Deutschen Post in München. Grund seien in erster Linie deutlich höhere Personalausfälle aufgrund von Corona-Infektionen. Da die Lage auf dem gesamten Arbeitsmarkt derzeit angespannt sei, könne man diese Ausfälle kaum kompensieren.

Doch es gibt auch übereinstimmende Berichte über internes Chaos bei der Post. In mehreren Bundesländern erklärten Arbeitssuchende, daß sie Bewerbungen an die Post versandt hätten, stets ohne eine Antwort zu erhalten. Ob die Briefe denn tatsächlich angekommen sind, darüber kann freilich nur spekuliert werden. Den Frust der Bürger bekommen in aller Regel auch die Kommunalpolitiker ab, die allerdings nur begrenzten bis gar keinen Einfluß haben.

Da Beschwerden bei der Post und der Bundesnetzagentur keine Besserung brachten, haben einige Bürgermeister aus Baden-Württemberg kürzlich einen Brandbrief an das Bundeswirtschaftsministerium geschrieben. "Nach einem halben Jahr erwarten wir Bürgermeister natürlich schon, daß man sich mal grundsätzlich und strukturell Gedanken macht, wie man das Problem in den Griff bekommt", sagte Holger Mayer, Bürgermeister der Gemeinde Hilzingen und einer der Verfasser des Schreibens, gegenüber dem SWR.

Corona-Notfallkonzept sieht Zustellung jeden zweiten Tag vor

Die Bundesnetzagentur verzeichnete allein im dritten Quartal bundesweit 11.500 Post-Beschwerden. Das ist fast so viel wie im gesamten Jahr 2021, als es 15.100 Beschwerden gab. Im Unterschied zu früheren Zeiten, in denen oft über verspätet zugestellte Pakete berichtet

wurde, betrifft das Problem derzeit ganz überwiegend die Briefzustellung.

Die Deutsche Post hat mittlerweile reagiert und an Standorten mit besonders hohen Personalausfällen ein Corona-Notfallkonzept eingeführt: "Um Zustellausfälle über mehrere Tage zu vermeiden, wenden wir an Standorten mit besonders hohen Personalausfällen das sogenannte Corona-Notfallkonzept an. Dieses sieht unter anderem vor, daß - bei einer werktäglichen Zustellung - die Haushalte nur jeden zweiten Werktag Briefe erhalten.

Das Konzept führt zwar zu längeren Brieflaufzeiten, verhindert aber Zustellausfälle über längere Zeiträume. Eine werktägliche Zustellung an alle Haushalte kann dann wieder durchgeführt werden, wenn hierfür ausreichendes Personal vorhanden ist. Dies ist wiederum im wesentlichen vom Infektionsgeschehen und von der Personalrekrutierung am Arbeitsmarkt abhängig", teilte das Unternehmen mit.

Generell sei das Problem gefühlt größer als es die Zahlen belegen würden, behauptet die Post allerdings. Im Schnitt könnten gerade an einem Werktag in rund 100 der bundesweit über 50.000 Zustellbezirke keine Briefe zugestellt werden, sagte Thomas Schneider, Betriebschef des Post- und Paketgeschäfts in Deutschland, der Bild am Sonntag. Die Zustellung verzögert sich laut Schneider aber in aller Regel nur um einen Tag. Nach dem eigenen Anspruch sollen 90 Prozent der innerhalb Deutschlands verschickten Briefe am nächsten Werktag zugestellt werden. Die Post betonte, daß das derzeit bei mehr als 80 Prozent weiterhin der Fall sei, was im europäischen Vergleich immer noch ein hoher Wert sei.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x372/79) = Politische Verfolgung. Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen. COMPACT-Spezial Nr. 35, Seite 79.

x372	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Verfolgung</u> . Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen. COMPACT-Spezial Nr. 35. Werder (Havel) 2022.
------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Internet

x1.073	https://www.kla.tv - März 2022
x1.085	https://www.kla.tv - März 2022
x1.123	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/15/impfpflicht-die-totalitare-uberwältigung-des-menschen/#more-8908 - April 2022
x1.124	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/06/kritische-richter-und-staatsanwalte-mit-impfpflicht-totet-der-staat-vorsatzlich-menschen/#more-9048 - April 2022
x1.125	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/07/die-verleugnung-der-gewaltigen-impfnebenwirkungen-ist-das-paul-ehrlich-institut-ehrlich-oder-kriminell/#more-8826 - April 2022
x1.132	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/21/die-staatlich-gelenkte-gesellschaft-als-maschine/#more-9121 - April 2022
x1.138	https://www.kla.tv - April 2022
x1.140	https://www.kla.tv - Mai 2022
x1.149	https://www.nachdenkseiten.de/?p=85746 - Juli 2022
x1.153	https://www.rubikon.news/artikel/gift-aus-der-spritze - September 2022
x1.198	https://unser-mitteuropa.com/jahrhundertverbrechen-fliegt-gerade-auf-teil-11-das-sterben-geht-los-dramatische-uebersterblichkeit-in-impfländern/ - Dezember 2022

x1.211	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/10/25/53-schwere-erkrankungen-werden-von-160-studien-als-covid-19-impfschaden-nachgewiesen/#more-10399 - Dezember 2022
x1.216	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/10/04/arzte-fur-aufklarung-fordern-sofortiges-impf-moratorium/#more-10273 - Dezember 2022
x1.306	https://melezyprzikap.wordpress.com/2022/06/27/von-vollidioten-begangene-verbrechen/ - Oktober 2023
x1.387	https://jungfreiheit.de/archiv/ - Juli 2024